



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
Main Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2016

---

**”(Self-)Empowerment der Italianità”. 70 Jahre Anerkennungsbemühungen an der Bündner Kantonsschule. Erörterung dreier Emanzipationsphasen an der Bündner Kantonsschule im kantonalen Empowermentprozess der Italianità**

Sala, Sabrina

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-125190>

Scientific Publication in Electronic Form

Published Version

Originally published at:

Sala, Sabrina (2016). ”(Self-)Empowerment der Italianità”. 70 Jahre Anerkennungsbemühungen an der Bündner Kantonsschule. Erörterung dreier Emanzipationsphasen an der Bündner Kantonsschule im kantonalen Empowermentprozess der Italianità. Zürich: Institut für Erziehungswissenschaft.

## "(Self-)Empowerment der *Italianità*"

70 Jahre Anerkennungsbemühungen an der Bündner Kantonsschule

Erörterung dreier Emanzipationsphasen an der Bündner Kantonsschule im kantonalen Empowermentprozess der *Italianità*

Sabrina Sala

Schriftenreihe Historische Bildungsforschung und Bildungspolitikanalyse

Lucien Criblez, Lukas Lehmann und Karin Manz (Hrsg.)

Nr. 5

Zürich, Juli 2016

Sabrina Sala

"(Self-)Empowerment der *Italianità*"

Diese Arbeit erörtert emanzipatorische (Selbst-)Bestärkungsbemühungen einer kantonalen, sprachlich-kulturellen Minderheit (*Italianità*) im institutionellen Rahmen der Bündner Kantonsschule und bettet diese in einen kantonalen Empowermentkontext ein. Die historische Auseinandersetzung konzentriert sich über sieben Jahrzehnte hinweg auf die Italienische Sprache und ihre Sprecher/innen und untersucht deren Fortentwicklung innerhalb der Bündner Kantonsschule. Es stehen sprachemanzipatorische Gegebenheiten im Vordergrund, welche sich anlässlich jahrzehntelanger und fortwährender Anerkennungs- und Bestärkungsbemühungen verschiedener Akteure innerhalb der im Kanton sehr bedeutenden Schule abgespielt haben und direkten Einfluss auf den gesamtkantonalen Empowermentprozess der Sprache genommen haben. Anhand des aus Archivalien, Korrespondenzschriften, politischen Stellungnahmen und medialen Berichterstattungen bestehenden Quellenkorpus sind im Zeitraum von 1850 bis 1920 drei relevante Emanzipationsphasen (1. Einführung des Muttersprachenunterrichts, 2. das Proseminar Roveredo und die Sezione italiana, 3. die Pro Grigioni Italiano und das neue Selbstverständnis) herausgearbeitet worden, welche den Empowermentprozess der *Italianità* in Graubünden mitgestaltet und umrahmt haben.

Schlagworte: Bündner Kantonsschule / *Italianità* / Pro Grigioni Italiano / Empowerment

Die vorliegende Arbeit wurde von der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich im Frühjahrssemester 2015 als Masterarbeit angenommen.

Die Schriftenreihe Historische Bildungsforschung und Bildungspolitikanalyse wird vom Lehrstuhl Historische Bildungsforschung und Steuerung des Bildungssystems des Instituts für Erziehungswissenschaft der Universität Zürich geführt (<http://www.ife.uzh.ch/research/hbs.html>). Sie dient der Veröffentlichung von Arbeiten wissenschaftlicher Mitarbeitenden des Lehrstuhls sowie von hervorragenden studentischen Abschlussarbeiten. Die darin vertretenen Positionen und geäußerten Meinungen liegen jedoch in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Autorenschaft und gelten nicht als offizielle Standpunkte des Lehrstuhls.

Sämtliche Beiträge der Schriftenreihe HBS sind verfügbar unter: <http://www.uzh.ch/blog/ife-hbs/category/publikationen/>

ISSN: 2297-3095

## Inhaltsverzeichnis

<b>1 Einleitung</b>	<b>5</b>
1.1 Fragestellung und Erkenntnisinteresse	8
1.2 Forschungsstand	9
1.3 Aufbau der Arbeit	10
<b>2 Theorie</b>	<b>11</b>
2.1 Begriffseingrenzungen	11
2.1.1 Emanzipationsbegriff	11
2.1.2 Zum Begriff sprachlicher Minderheiten und ihrer rechtlichen Stellung	13
2.1.3 Zum Begriff der <i>Italianità</i>	18
2.1.4 Empowerment	19
2.2 Macht- und Anerkennungstheoretische Argumentation	22
2.2.1 Kultur- und sprachsoziologische Perspektiven	22
2.3 Institutionentheorie	25
2.3.1 Historischer Institutionalismus	25
2.3.2 Akteurzentrierter Institutionalismus	26
<b>3 Methode</b>	<b>27</b>
3.1 Methodologie	27
3.2 Quellenmaterial und Zugang	29
<b>4 Historischer Kontext</b>	<b>30</b>
4.1 Die Sprachenverteilung Graubündens	30
4.2 Wirtschaftliche Perspektiven in Italienischbünden	32
4.3 Schulische Perspektiven in Italienischbünden	33
4.4 Die Ära Zandralli – Prolog	37
4.4.1 Die Pro Grigioni Italiano	38
4.4.2 Die Pro Grigioni Italiano	40
<b>5 Die Bündner Kantonsschule – eine Fallstudie</b>	<b>42</b>
5.1 Die Vereinigung der evangelischen und katholischen Kantonsschule	42
5.1.1 Die <i>Italianità</i> vor der Vereinigung	47
5.1.2 Die <i>Italianità</i> nach der Vereinigung	48
5.1.3 Die betroffene Stimme der <i>Italianità</i>	50
5.2 Das Lehrerseminar an der BKS	51
5.3 Erste Emanzipationsphase – Einführung des Muttersprachenunterrichts	54
5.3.1 Stundendotationen, Schülerzahlen, Lehr- und Lerninhalte	56
5.3.2 Lehrkörper	58

5.4 Zweite Emanzipationsphase – Das Proseminar und die <i>Sezione italiana</i>	59
5.4.1 Das Proseminar Roveredo	59
5.4.2 Einführung der italienischen Abteilung	63
5.4.3 Stundendotationen, Schülerzahlen, Lehr- und Lerninhalte	64
5.4.4 Fremdsprachenunterricht	67
5.4.5 Lehrkörper	68
5.4.6 Das Ende des Proseminars	69
5.5 Dritte Emanzipationsphase – Die PGI und das neue Selbstverständnis	70
<b>6 Abschliessende Betrachtung und Ausblick</b>	<b>77</b>

*„Nel serto dell’Elvezia  
ci son quattro vallate,  
da Dio furon create  
coi monti della Rezia.*

*Popoli ci affratella  
l’italica favella.*

*Giù da San Bernardino  
fra monti boschi e prati,  
la Mesolcina ai lati  
chiusa, s’apre al Ticino.*

*Il treno del Bernina,  
roteante falco, scende,  
in basso glauca splende  
la Valle Poschiavina.*

*In Calanca la rocca  
Suona, svetta la frasca:  
Passa la Calancasca  
e nella Moesa sbocca.*

*Al balcon del Maloggia,  
Bregaglia si affaccia,  
tende al Ladin le braccia  
e i pie’ in Italia poggia.“*

Leonardo Bertossa<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Dieses von Leonardo Bertossa komponierte Volkslied war jahrzehntelang die Erkennungsmelodie der wöchentlichen Informationssendung *Voci del Grigionitaliano* der *Radio della Svizzera italiana* (RSI), vgl. Bornatico 1956, S. 10.

## 1 Einleitung

Drei genuine Sprachen – Bündnerdeutsch, Rätoromanisch und Italienisch – prägen die Eigenart des Kantons Graubünden und lassen ihn unter anderen Schweizer Kantonen aus sprach- und soziohistorischer Perspektive als einzigartig hervortreten.<sup>2</sup> Diese Drei- bzw. Vielsprachigkeit ist tief mit den historisch-kulturellen Wurzeln Graubündens verwoben, betrifft bis heute gelebter Realität im Kanton und ist mithin ein über die Jahre fortwährender Gegenstand des öffentlichen gesellschaftspolitischen Diskurses. Gerade innerhalb der Bildungs- bzw. Schulpolitik des Kantons erscheint der Umgang mit dem heimischen Plurilinguismus als ein kontinuierendes und herausforderndes Diskussionsthema.<sup>3</sup>

Die italienischsprachigen Südtäler Graubündens – das Puschlav, das Bergell, das Misox und das Calancatal – sind vom übrigen Kanton durch hohes Gebirge getrennt und sehen sich seit jeher zur Orientierung nach Norden – ins Kantonsinnere – verpflichtet. Auch unter sich sind die Talschaften von Bergen und ausländischem Gebiet getrennt (vgl. Schmid 1945, S. 13). Der Stadt Chur, als Hauptstadt des Kantons und ihren Bildungsinstitutionen, kommt bezüglich sprachlicher Kohäsion seit jeher eine besondere Rolle zu. Heute wird die kantonale Dreisprachigkeit von der Mehrheit der Bündner Bevölkerung als ästimmten und schützenswerten kulturellen Reichtum angesehen und den beiden kantonalen Minderheitensprachen – Romanisch und Italienisch – wird eine besondere Berücksichtigung – auch innerhalb von Bildungsinstitutionen – zugesprochen. Die Kultivierung eines egalitären Neben- und Miteinanders der drei Kantonssprachen innerhalb der Bündner Bildungseinrichtungen war nicht immer schon schulische Alltagspraxis. Vielmehr ist es die Hervorbringung Jahrhunderte währender Anerkennungs- und Bestärkungsbemühungen seitens verschiedener Akteure.

Die Bündner Kantonsschule Chur (BKS) nahm im Hinblick auf eine soziale, konfessionelle, sprachliche und kulturelle Annäherung der unterschiedlichen Bündner Regionen, eine

<sup>2</sup> Verfeinert man den Blick im Zusammenhang mit der Sprachlandschaft Graubündens, so erscheint die Ausgangslange weitaus heterogener. Romanisch wird in fünf verschiedenen Idiomen gesprochen (Vallader, Puter, Sutsilvan, Surmiran und Sursilvan) und das Italienische kennt für jedes der vier italienischsprachigen Täler eine eigene Dialektform (Pus’ciavin, Bargajot, Mesolcines, Calanchin) (vgl. PGL <http://www.pgi.ch/index.php/il-grigionitaliano/lingua-e-cultura/> [6. Juni 2015]).

<sup>3</sup> Die aktuellste politische Bewegung in sprachlichem Zusammenhang betrifft die am 27. Nov. 2013 eingereichte kantonale Volksinitiative „Nur eine Fremdsprache in der Primarschule“. Dabei sollte das Gesetz für die Volksschulen des Kantons Graubünden so abgeändert und ausgestaltet werden: „In der Primarschule ist nur eine Fremdsprache obligatorisch, je nach Sprachregion ist dies Deutsch oder Englisch“ (vgl. BR 18. November 2014, Heft Nr. 10/2014-2015, S. 587ff.). Die Initiative wurde vom Grossen Rat aus Gründen der Bundesrechtswidrigkeit für ungültig erklärt (vgl. GRV, <http://www.gr.ch/DE/institutionen/parlament/protokolle-/2015/April/04/> [14.6.2015]).

determinierende Rolle ein und steht deshalb im Zentrum des Forschungsinteresses dieser Masterarbeit (vgl. Iseppi 2004, S. 153). Die Gründung der BKS, welche bis heute eine für den Kanton bedeutende Schule darstellt, geht auf die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück.

Die BKS ist eine der ältesten Bildungsinstitutionen, welche noch heute, in derselben Funktion wie damals – als staatliche Schule für mittlere und höhere Bildung – weitergeführt wird. Beschäftigt man sich mit der Geschichte der BKS, so wird deutlich, dass die sprachlich-kulturelle Realität des Kantons von Beginn an eine eminente Herausforderung für die Schule dargestellt hat. Ihrem Auftrag nachzukommen – ein Ort höherer Bildung für alle Zöglinge des Kantons zu sein – konnte die BKS nicht von Anbeginn ihrer Existenz erfüllen. Die italienischsprachige Schülerschaft bspw. war aus sprachlicher Perspektive über Jahrzehnte mit inferioren Bildungsmöglichkeiten an der Schule konfrontiert. Lange Zeit blieb die sprachliche Heterogenität der eintretenden Schülerschaft unberücksichtigt bzw. wurde ihr nicht ausreichend Rechnung getragen. Um die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts resultieren erste deutlich formulierte Stellungnahmen, welche auf ein Bewusstsein für die sprachliche Problematik an der BKS schliessen lassen:

*„An der grossen Schwierigkeit, so mannigfaltige und disparate Zwecke gleichzeitig zu erfüllen, ist es noch nicht genug. Es kommt hinzu die fast durchgängig mangelhafte und sehr ungleiche Vorbildung der eintretenden Schüler und vor allem die Vielheit der Sprachen, die im Lande gesprochen werden (Deutsch, Romanisch in mehreren Dialekten, Italienisch) – Umstände, deren lähmendes Gewicht, schon für sich allein genommen, nur der richtig zu schätzen weiss, der dagegen anzukämpfen gehabt hat“* (Schällibaum 1858, S. 41).

Von den Schwierigkeiten bezüglich der sprachlichen Heterogenität der Schülerschaft abgesehen, stellte in den Anfangsjahren auch die Führung mehrerer Abteilungen mit unterschiedlichen Ausbildungszwecken eine herausfordernde Aufgabe für die BKS dar. Bis Anfang der Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts hatte die BKS auch das kantonale Lehrerseminar inne und war damit seit ihrer Existenz die einzige öffentliche und vom Kanton subventionierte Bildungsinstitution, in welcher ein kantonales Primarlehrdiplom erworben werden konnte. Insofern überrascht es nicht, dass sich Forderungen, welche aufgrund des prekären Lehrermangels in den italienischsprachigen Talschaften erhoben wurden, nach Chur bzw. an die BKS richteten. Die BKS nahm in ihrer Rolle als einzige staatliche Schule für mittlere und höhere Bildung seit jeher eine essentielle Bedeutung für die kantonale Sprachkohäsion ein. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts lebten sowohl auf kantonaler als auch auf nationaler Ebene Diskurse auf, welche auf die Bedeutsamkeit der Anerkennung von Minderheitensprachen aufmerksam machten (vgl. QGI 2005, S. 13).

Zu dieser Zeit bildete sich auch erstmals ein Bewusstsein heraus, das die Zugehörigkeit zu einer Minderheitensprache nicht als Angriff auf politische Kohäsion verstand, sondern deren stärkenden Wert realisierte (ebd.).

Diese Masterarbeit erörtert emanzipatorische (Selbst-)Bestärkungsbemühungen einer kantonalen, sprachlich-kulturellen Minderheit im institutionellen Rahmen der BKS in Chur und bettet diese in einen kantonalen Empowermentkontext ein.

Betrachtet man die Geschichte der Italienischen Sprache an der BKS in den ersten sieben Jahrzehnten ihrer Existenz, so manifestieren sich im Verlaufe der Jahrzehnte drei relevante Entwicklungen. Das Augenmerk dieser Arbeit liegt insofern auf dem ersten Jahrhundert des Bestehens der BKS als vereinigte Kantonsschule (1850-1920). Die Fallstudie erörtert drei bedeutsame Emanzipationsphasen für die *Italianità*<sup>4</sup> innerhalb der untersuchten sieben Jahrzehnte. Darin soll einerseits auf die Anerkennungsforderungen und -bemühungen der *Italianità* an der BKS eingegangen werden. Andererseits werden auch die dazugehörenden bildungspolitischen Zusammenhänge zu rekonstruieren versucht, welche für den kantonalen Empowermentprozess der *Italianità* während diesen Emanzipationsphasen eine bedeutende Rolle gespielt haben. Es gilt eingehend zu illustrieren, wie sich die Position der Italienischen Sprache innerhalb der BKS und dem Lehrerseminar über die Jahrzehnte verändert hat. Ebenso wird in kontinuierlichen Bezügen zu analysieren versucht, inwiefern die Geschehnisse an der Schule in einem Zusammenhang mit dem kantonalen Empowerment-prozess der *Italianità* stehen. Bedeutsame Akteure mit teilweise unterschiedlichen Interessen haben den Anerkennungs- und Bestärkungsprozess dieser kantonalen Minderheit umrahmt und geformt und finden deshalb ebenso Eingang in die analytischen Auseinandersetzungen.

Die folgende Masterarbeit erhebt nicht den Anspruch den gesamten kantonalen Empowerment-prozess der *Italianità* zu rekonstruieren, sondern legt vielmehr den Fokus auf ausgewählte Entwicklungen bestimmter Jahrzehnte, welche diesen Prozess in bedeutender Weise beeinflusst und modelliert haben. Die BKS wird in der Analyse als ein möglicher Emanzipationsort für die *Italianità* diskutiert, insofern ist die gesamte Fallstudie in ihren institutionellen Kontext gebettet.

<sup>4</sup> Italianità bezeichnet die kulturellen und sprachlichen Merkmale der Svizzera italiana, zu welcher der Kanton Tessin und Italienischbünden gehört. Zum Begriff der Italianità wird unter Kap. 2.1.3 ausführlich berichtet.

### 1.1 Fragestellung und Erkenntnisinteresse

Die Entwicklung der Fragestellung leitet sich von einem aktuellen gemeinsamen Forschungsprojekt der Pädagogischen Hochschule Graubünden und des Instituts für Kulturforschung Graubünden „Zur historischen Dimension der Mehrsprachigkeit in Graubünden“ ab. Ziel dieses Forschungsprojektes ist es, in der geplanten Publikation einen gesamtkantonalen Überblick über die Genese und Reichweite der bündnerischen Dreisprachigkeit in ihrer epistemologischen, historischen und begrifflichen Erfassbarkeit anzubieten. Einen bedeutenden Teil des Forschungsinteresses bilden auch bildungshistorische Perspektiven, worin die Rolle verschiedener relevanter Institutionen wie Schulen oder Kirchen untersucht werden.

Diese Masterarbeit legt den Fokus auf die Institution der BKS – als eine der ältesten Bildungsinstitutionen des Kantons. Die historische Auseinandersetzung konzentriert sich ausschliesslich auf die Italienische Sprache und ihre Sprecher/innen und untersucht deren Fortentwicklung innerhalb der BKS. Angesichts des Rahmens dieser Arbeit ist von einer Gesamtübersicht des Empowermentprozesses der *Italianità* abzusehen, da dieser über zwei Jahrhunderte bis in die heutige Zeit fort dauert und nicht nur innerhalb der BKS stattfand. Die Anerkennungsforderungen der *Italianità* entfalten ab Ende der 1920-Jahre ihren Höhepunkt und sind unter dem Begriff *Rivendicazioni Grigionitaliane* ausgedehnt untersucht worden (vgl. bspw. BK 1938 oder vgl. auch QGI 1938). Erste Auflehnungsbewegungen nahmen ihren Anfang aber schon viel früher, anfangs der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (vgl. Tschärner 2000, S. 204). Insofern interessieren vorwiegend die initialen emanzipativen Entwicklungen der *Italianità* im Zusammenhang mit der Entstehung und den ersten sieben Existenzjahrzehnten der vereinigten Kantonsschule. Es galt eine entsprechende zeitliche Eingrenzung auf die – im ersten Jahrhundert der Existenz der BKS – für die Emanzipation der italienischen Sprache relevanten Geschichtsjahre zu treffen. So sind drei – für die *Italianità* bedeutende – Emanzipationsphasen an der BKS im Zeitraum zwischen 1850 bis 1920 eruiert worden. Diese sind – in chronologischer Reihenfolge geordnet – erstens die Einführung eines Muttersprachenunterrichts für italienischsprachige Schüler/innen anfangs siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts, zweitens die Gründung des Proseminars Roveredo im Jahr 1888 und die Implementierung der *Sezione italiana* innerhalb der Lehrerseminarausbildung der BKS 1891 und drittens die Herausbildung eines gemeinsamen Selbstverständnisses Italienischbündes nach der Gründung der *Pro Grigioni Italiano* ab 1918. Besondere Aufmerksamkeit richtet sich auf institutionsimmanenten Entwicklungen, auf die einschlägige Bildungspolitik dieser Jahrzehnte und auf das Wirken involvierter Akteure.

### 1.2 Forschungsstand

Die Aufarbeitung der Geschichtsschreibung der Italienischen Sprache an der BKS ist bis heute ausschliesslich anlässlich summarischer Jubiläumspublikationen und Festschriften der Schule bearbeitet worden, welche für die vorliegende Masterarbeit relevante Kontextinformationen liefern können, aus wissenschaftlicher Perspektive jedoch Forschungsdesiderate hinterlassen müssen. So schreibt bspw. der emeritierte Italienisch- und Geschichtslehrer der BKS, Fernando Iseppi, anlässlich der Zweihundertjahrfeier der BKS einen Artikel zu 200 Jahren *Italianità* an der BKS (vgl. QGI 2005). Diese Publikation stellt eine dienliche Gesamtübersicht der Geschehnisse im Zusammenhang mit der italienischen Sprache dar, deutet auf relevante historische Zeitpunkte hin, bezieht sich aber nur am Rande auf emanzipative Fortentwicklungen. In dieser Hinsicht kann für die *Italianità* in Graubünden auf keine wissenschaftlich fundierte Literatur zurückgegriffen werden. Auch die hier vorgeschlagene analytische Auseinandersetzung mit emanzipativen Herausforderungen einer kantonalen sprachlichen Minderheit mittels macht- und anerkennungstheoretischer Perspektiven und der Empowermentkonzeption stellt – für den Fall der BKS – Forschungsneuland dar.

Der Akteur Arnoldo Marcelliano Zandralli ist als eine der Schlüsselpersonen innerhalb des hier gewählten Zeitraums und im Kontext des Empowerments der *Italianità* an der BKS bzw. innerhalb des Kantons anzusehen. Im Rahmen der dritten Emanzipationsphase (vgl. Kap. 5.5) soll demnach eingehend auf sein Wirken und seine Rolle als bedeutender Akteur Bezug genommen werden. Ab den 1870er-Jahren machen der *Italianità* nahestehende Akteure und später Zandralli in diversen Stellungnahmen, Berichten und Publikationen auf die schulisch-kulturellen und ökonomischen Schwierigkeiten Italienischbündens aufmerksam. Diese beziehen sich unter anderem auf den im Kanton herrschenden Lehrermangel in den italienischsprachigen Talschaften, die unzureichende Ausbildung italienischsprachiger Lehrerseminaristen an der BKS und die damit zusammenhängende prekäre edukative Ausgangslage dieser Talschaften. Zandralli gewinnt 1918 schliesslich auch als Gründer der politisch-kulturellen Vereinigung *Pro Grigioni italiano* (PGI) an Bedeutung. Die Vereinigung fungiert heute noch im selben Rahmen wie damals als politische Stimme für die *Italianità* in Graubünden. Diese Arbeit setzt den Fokus – anders als bisherige Publikationen – vor allem auf frühe sprachemanzipatorische Gegebenheiten, welche sich anlässlich jahrzehntelanger und fortwährender Anerkennungs- und Bestärkungsbemühungen verschiedener Akteure innerhalb der BKS abgespielt haben und direkten Einfluss auf den kantonalen Empowermentprozess der Sprache genommen haben. Da sich die bündnerische Dreisprachigkeit auch auf nationaler Ebene als einzigartiges Spezifikum präsentiert, kann für diese Arbeit von einer Einzelfallstudie ausgegangen werden.

### 1.3 Aufbau der Arbeit

Nach einem ersten – ins Forschungsvorhaben einführenden – Kapitel sollen innerhalb des Theorieteils vorerst begriffliche und politisch-rechtliche Eingrenzungen vorgenommen werden, welche für das Verständnis der theoretischen Argumentation relevant sind. Anhand dieses Hintergrundwissens gilt es darauffolgend die Argumentation mittels macht- und Anerkennungstheoretischer Perspektiven zu entfalten. Kapitel 2 dient folglich der Theoriediskussion, wobei die theoretische Konzeption des *Empowerments* und die kultur- und sprachsoziologische Perspektive Pierre Bourdieus als Ansatz zur Bearbeitung bestehender Benachteiligungen diskutiert werden und vor dem Hintergrund des historischen Institutionalismus weitere Legitimation finden. Im dritten Kapitel wird spezifisch auf das methodische und systematische Forschungsvorgehen eingegangen. In einer – dieses dritte Kapitel abschliessenden – Betrachtung wird ausserdem der Zugang zu den Forschungsmaterialien vorgestellt und begründet. Kapitel 4 gibt Einblick in die historische Ausgangslage der Sprachenverteilung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts innerhalb Graubündens und thematisiert sprachliche, schulische und ökonomische Perspektiven in den italienisch-bündnerischen Talschaften. Anhand einer Beschreibung der schulisch-educativen Realität der Südtäler Graubündens wird deren defizitäre Bildungsausgangslage nochmals stringent verdeutlicht. Zur Entfaltung der in Kapitel 5.5 folgenden dritten Emanzipationsphase wird mittels eines Prologes (vgl. Kap. 4.4) – schon in Kapitel 4 – einleitendes Kontextwissen zum signifikanten Akteur Arnolfo Marcelliano Zandrilli und der Vereinigung PGI erarbeitet. Kapitel 5 und 6 beziehen sich schliesslich auf die faktischen Fallzusammenhänge der BKS Chur und bilden damit den Hauptteil dieser Masterarbeit. In Kapitel 5 wird eine analytische Darstellung der historischen Geschehnisse bezüglich der schulischen Alltagspraxis an der BKS im Zusammenhang mit der *Italianità* expliziert, welche akkurat die drei relevanten Emanzipationsphasen in den Blick nimmt. Wenn immer möglich, werden Bezüge zum umfassenden Empowermentprozess der *Italianità* im Kanton hergestellt. Im 6. und letzten Kapitel wird die Fallstudie nochmals in einen grösseren Kontext gestellt. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden abschliessend bewertet und mit Aussicht auf fortdauernde Entwicklungen reflektiert.

## 2 Theorie

Die theoretische Fundierung dieser Masterarbeit bilden – in Anlehnung an sozialtheoretische Perspektiven – macht- und Anerkennungstheoretische Ansätze zur Erklärung und Bearbeitung hegemonieller Gesellschaftsstrukturen. Es wird dabei von einem demokratischen Bildungsverständnis ausgegangen, innerhalb welchem Teilhabemöglichkeiten an gesellschaftlichen Strukturen und Prozessen für alle in gleichem Masse gesichert sein sollten. Ein solches Bildungsverständnis steht aber stark im Widerspruch zur empirischen Praxis von Bildungsinstitutionen, welche innerhalb gesellschaftlicher Machtverhältnisse reproduziert wird und damit Unterscheidungen, Zuweisungen von Positionen und Ungleichheiten verstärken kann. Pierre Bourdieus kultur- und sprachsoziologische Perspektive diskutiert ebensolche gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse im Zusammenhang mit Sprache und reflektiert dabei die Rolle von Bildungsinstitutionen als Orte der Machtstabilisierung. Die Darlegung Bourdieus Argumentationsgangs wird vor dem Hintergrund des Konzepts des historischen Institutionalismus weiter theoretisch legitimiert. Empowerment – im Sinne von (Selbst-)Bestärkung – umrahmt die macht- und Anerkennungstheoretische Argumentation dieser Masterarbeit und strukturiert die Entwicklungen der Fallstudie in Form prozessualer Genese. Empowerment bezieht sich – als übergeordnetes theoretisches Konzept – auf die (Selbst-)Bearbeitung gegebener struktureller Benachteiligungen und fokussiert Verschiebungen in der Machtverteilung. Bevor ein Bezug der Theorien zum vorliegenden Forschungsinteresse hergestellt werden kann, gilt es im Folgenden auf die hierfür relevanten Begriffsverständnisse einzugehen. Auf dieser Grundlage lässt sich nachfolgend die Auswahl der theoretischen Rahmensetzung wirksamer begründen.

### 2.1 Begriffseingrenzungen

#### 2.1.1 Emanzipationsbegriff

Emanzipation ist in den Sozialwissenschaften zu einem vieldeutigen Schlüsselbegriff geworden und gerade die Pädagogik bemüht den Begriff in unterschiedlichen Kontexten (vgl. Greiffenhagen 1973, S. 250). Einer schlüssigen Argumentation wegen, gilt es vorerst den verwendeten Emanzipationsbegriff genauer zu konturieren, denn innerhalb der erziehungswissenschaftlichen Diskussion lassen sich zwei Perioden mit einem differierenden Gebrauch des Begriffs festmachen. In ersterer Rezeption ist die Suche nach einer inhaltlichen Bestimmung und einer theoretischen Legitimation des Begriffs kennzeichnend. Emanzipation wird hier aus der Perspektive der Kritischen Erziehungswissenschaft abgeleitet und ist im Sinne Habermas oder später auch Mollenhauers und Lemperts zu verstehen (ebd.).

Nach Habermas Rezeption ist Emanzipation als ein Prozess sozialer Entwicklung zu verstehen: „*Ein Akt der Selbstreflexion der ein Leben ändert, ist eine Bewegung der Emanzipation*“ (Habermas 1968, S. 261). Laut Mollenhauer wird Emanzipation beschrieben als „*die Befreiung des Subjekts [...] aus Bedingungen, die seine Rationalität und das mit ihr verbundene Handeln beschränken*“ (Mollenhauer 1970, S. 11). Lempert bekräftigt folgend: „*Das emanzipatorische Interesse ist das Interesse des Menschen an der Erweiterung und Erhaltung der Verfügung über sich selbst. Es zielt auf die Aufhebung und Abwehr irrationaler Herrschaft, auf die Befreiung von Zwängen aller Art*“ (Lempert 1972, S. 483). Ende der 1960er-Jahre zeichnen sich tiefgründige terminologische Klärungsversuche ab, welche schliesslich die zweite Periode im Begriffsgebrauch einleiten. Darin wird die Habermas'sche sozialwissenschaftliche Begriffsrezeption kritisiert. Die Ohnmacht, den „*wahren*“ Inhalt des Begriffs zu finden, manifestiert sich in der Forderung nach dem Verzicht dessen in der wissenschaftlichen Analyse (vgl. Greiffenhagen, S. 252). In Anlehnung an Lempert lässt der etymologische Rückblick die allgemeinste Bedeutung des Emanzipationsbegriffs erkennen. Emanzipation als „*Aufhebung menschlicher Fremdbestimmung*“ (vgl. Lempert 1973, S. 217). Es gehe darum, vorherrschende einseitige soziale Abhängigkeitsverhältnisse, Benachteiligungen und Ungleichheiten abzubauen oder nach Möglichkeit ganz zu beseitigen. So seien die historischen Emanzipationsbewegungen besonders gegen soziale Abhängigkeiten gerichtet gewesen und insofern seien alle Emanzipationstendenzen egalitär (vgl. Lempert, S. 219). Emanzipation bedeute aber „*nicht nur die technische und politische Erweiterung objektiver Handlungsspielräume [...] sondern auch die pädagogische Steigerung der subjektiven Fähigkeiten, diese Spielräume und Chancen*“ (a.a.O., S. 221) besser nutzen zu können. In seinen Schlussfolgerungen macht Lempert deutlich, dass die emanzipative Wissenschaft keine Patentrezepte anzubieten hat. Vielmehr ergebe sich Emanzipation aus dem Zusammenwirken vieler theoretischer und praktischer Aktivitäten. Der Weg bis zur Emanzipation sei schwierig und der Erfolg ungewiss. Deren Erreichung könne man nur über die kommunikative Erfahrung nachlassenden Leidens festmachen (a.a.O., S. 226). Diese Masterarbeit geht – in Anlehnung an Lempert – von einem Emanzipationsbegriff aus, welcher im Sinne der Bearbeitung sozialstruktureller Benachteiligung, mittels (Selbst-)Bestärkungs- und Anerkennungsbemühungen benachteiligter Menschen verstanden werden soll. Die Benachteiligung bzw. Ungleichheit manifestiert sich im Kontext dieser Forschungsarbeit in der Zugehörigkeit zu einer kantonalen sprachlich-kulturellen Minderheit und deren einhergehenden nachteiligen Ausgangslage innerhalb von Bildungsprozessen an der Institution der BKS. Die Benachteiligung an der BKS bildet sich vor dem Hintergrund einer deutschsprachigen Mehrheit heraus, wobei der deutschen Sprache eine besondere Vormachtstellung zukommt.

## 2.1.2 Zum Begriff sprachlicher Minderheiten und ihrer rechtlichen Stellung

Der Begriff einer Minderheit ist völkerrechtlich nicht eindeutig definiert und weist deshalb nicht nur sprachliche, sondern auch weitgehend politische Implikationen auf (vgl. Neumann 2009, S. 8ff.). Als bezeichnende Merkmale werden in der entsprechenden Forschungsliteratur bspw. die numerische Inferiorität, die Nicht-Dominanz, die Staatsangehörigkeit<sup>5</sup>, die individuelle Charakteristik der Sprache oder deren Selbsterhaltungswillen<sup>6</sup> als relevant gesetzt. Die Zuordnung zur einer Regional- bzw. Minderheitensprache muss aber stets in Relation zu ihrem Kontext gesehen werden und ist jeweils von Fall zu Fall neu zu beurteilen. Insofern kommen verschiedene mitbestimmende Dimensionen zum Tragen, welche für eine spezifische Sprache präzise herausgearbeitet und bewertet werden müssen. So spielen neben der historischen und geografischen Dimension ebenso kulturell oder sozial bedingte Faktoren eine Rolle für die Bestimmung einer Sprache (a.a.O., S. 9ff.). Die Schweiz kennt in diesem Sinne keine Regional- oder Minderheitensprache nach Artikel 1a der Charta<sup>7</sup>, denn sowohl das Italienische als auch das Rätoromanische gelten als offizielle Amtssprachen der Schweiz. Trotzdem kann ihnen – unter Berücksichtigung der abnehmenden Sprecherzahl<sup>8</sup> im Gegensatz zum Französischen – eine Minderheitsposition zugeschrieben werden. Der Begriff einer sprachlichen Minderheit ist insofern deutlich, als dass er als wichtigstes Unterscheidungsmerkmal einer Minderheit gegenüber der Mehrheit – die Sprache – impliziert. Aufgrund des Zusammenhangs einer Sprache mit unterschiedlichen kulturellen Traditionen, drängt sich im Kontext dieser Arbeit eher die Bezeichnung einer sprachlich-kulturellen Minderheit auf (vgl. Dörig & Reichenau 1982, S. 8). Ein Individuum ist von Anbeginn in natürlichster Weise, Mitglied einer Nation, einer Sprachgemeinschaft und evtl. einer Religionsgemeinschaft. Diese Tatsache verknüpft sich so stark mit der Lebensgeschichte des Individuums, dass ein späterer Ersatz dieser natürlichen Gegebenheit durch eine andere Sprache nicht ohne bleibende Resterfahrung geschehen kann. Insofern erscheint es heute eher eingängig zu sein, dass die Werte einer Gemeinschaft als erhaltenswürdig erachtet werden und deren Abbau bzw. Verlust hingegen als etwas, ihr Selbstverständnis Verletzendes, rezipiert wird.

<sup>5</sup> Ob die Angehörigen einer Minderheit auch die Staatsangehörigkeit ihres Aufenthaltsstaates besitzen müssen, um Anspruch auf Minderheitenschutz zu haben, ist in der Forschungsliteratur sehr umstritten. Im Völkerrecht kann aber ein stetiger Trend gegen das Staatsbürgerschaftsmerkmal festgestellt werden (vgl. Neumann, S. 10).

<sup>6</sup> Eine schützenswerte Minderheit liegt nur dann vor, wenn die betroffenen Menschen an der Erhaltung ihrer individuellen Identität bzw. ihrer Eigenart festhalten wollen (vgl. Neumann, S. 11).

<sup>7</sup> Die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen ist ein Vertrag zum Schutz sprachlicher Minderheiten in Europa (vgl. Willwer 2006, S. 74).

<sup>8</sup> Vgl. VZG, [www.bfs.admin.ch/](http://www.bfs.admin.ch/) (2.1.2015).



Eine sprachlich-kulturelle Minderheit ist als jene soziale Gruppierung zu betrachten, welche unabhängig von ihrer Grösse, für sprachlich-kulturelle Werte eintritt, die nicht jenen der Mehrheit entsprechen (a.a.O., S. 5ff.).

Aus historischer Perspektive entstanden die Diffizilitäten in Bezug auf Minderheiten vor allem dadurch, dass eine dominante Gruppe die Besonderheiten einer sozialen Minderheit als störend und unerwünscht empfand und sie entweder durch Assimilierung oder durch Verweigerung der Partizipation zu überwinden versuchte (a.a.O., S. 7). Historische Erfahrungen im Zusammenhang mit sprachlich-kulturellen Minderheiten dokumentieren sogar, dass deren Angehörige den Niedergang ihrer Sprache bzw. Kultur selber verstärken können, wenn sie den Anspruch aufgeben, die Bedeutung ihrer Sprache in allen Lebenszusammenhängen erhalten zu wollen (a.a.O., S. 9).

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass gerade das Bildungswesen bzw. Bildungsinstitutionen zentrale Instrumente assimilatorischer staatlicher Sprachpolitik darstellen können. Bestimmte politische Entscheidungen vollziehen sich bspw. in legislativen bzw. administrativen Akten, welche entsprechend die Praxis einer Schule beeinflussen und mitbestimmen. Für das Entwicklungspotenzial einer Minderheitensprache ist es von tiefgründiger Bedeutung, ob und in welchem Umfang das Bildungssystem eines Staates sie berücksichtigt und welche Ausgestaltung bzw. welche Pflege sie innerhalb einer Institution findet (vgl. Neumann, S. 45ff.). Diese Ausführungen weisen auf die Bedeutsamkeit der Berücksichtigung bildungspolitischer Prozesse für die Analyse benachteiligender Aspekte hin. Die Entwicklungen der bündnerischen Bildungspolitik nahmen im Empowermentprozess der *Italianità* eine substanzielle Stellung ein und sollen insofern auch im Rahmen dieser Masterarbeit besondere Aufmerksamkeit erhalten.

### 2.1.2.1 Rechtliche Grundlagen auf Bundesebene

Obgleich sich eine gemeinsame Sprache – historisch begründet – als eine der signifikantesten Kräfte zur Bildung einer Nation herausgebildet hat, präsentiert sich die Schweiz – mit stark föderalistischem Staatsgedanken – in diesem Zusammenhang als andersartig (vgl. Dörig & Reichenau, S. 17). Die Kodifizierung der Vielsprachigkeit und des damit zusammenhängenden Minderheitenschutzes erfolgte auf Bundesebene schrittweise. Zwar sind schon in der Bundesverfassung von 1848, Deutsch, Französisch und Italienisch als Nationalsprachen des Bundes verankert worden, jedoch verzichteten die Verfasser des damaligen Entwurfs darauf, einen in diesem Sinne verpflichtenden Minderheitenschutz in die Verfassung miteinzubeziehen (a.a.O., S. 29).

In diesem Zusammenhang ist anzunehmen, dass die eidgenössische Vielsprachigkeit zwar schon seit längerem anerkannt war, aber noch kein Bewusstsein für sprachliche Dominanzverhältnisse bestand, welches eine solche Zusatzbestimmung erforderlich gemacht hätte (vgl. Kägi-Diener 2012, Komm. BV zu Art. 18 Nr. 2). Diesbezüglich änderte sich auch mit der 1874 vorgenommenen Revision der BV nichts.

In der Schweiz ist der Plurilinguismus heute in Art. 70 Abs. 1 der BV verankert. In Art. 69 BV wird die Rücksichtnahme auf die kulturelle und sprachliche Vielfalt des Landes als eine Aufgabe des Bundes festgeschrieben. Die Schweiz ist somit seit 1848 auch konstitutionell durch Mehrsprachigkeit geprägt (vgl. Art. 109a BV 1948). Sprachliche Vielfalt und individuelle Mehrsprachigkeit gelten gegenwärtig im Hinblick auf die Pluralisierung der Gesellschaft als förderungswürdig. Dieses Selbstverständnis wird in den an den Bund gerichteten Förderungs- und Unterstützungsaufträgen deutlich (vgl. Art. 70 Abs. 3-5 BV 1999). Hinzu kommt die in Art. 18 BV grundrechtlich geschützte Sprachenfreiheit (vgl. Glaser 2014, S. 39). Die heute geltende Sprachenfreiheit nach Art. 18 BV wurde auf Verfassungsebene erst mit der Totalrevision der Bundesverfassung im Jahre 1999 verankert. Auf Gesetzebene gilt seit 2010 ein Erlass, welcher unter anderem darauf abzielt, die Viersprachigkeit als Wesensmerkmal der Schweiz zu stärken. Insbesondere sollen die italienische und die rätoromanische Sprache als Landessprachen gefördert werden (vgl. Art. 2 lit. a SpG 2010).

Diese Ausführungen machen deutlich, dass die Mehrsprachigkeit zwar schon lange zum Selbstverständnis der Schweizer/innen gehört, ihr tatsächlicher Schutz und die damit zusammenhängende Rechtsicherheit für die nationalen Minderheitensprachen hingegen auf eine weniger lange Tradition zurückblicken kann.

### 2.1.2.2 Rechtliche Grundlagen auf Kantonsebene

Der Kanton Graubünden kann als dreisprachiger Sonderfall verstanden werden.<sup>9</sup> Im Zusammenhang mit der Entwicklung des Minderheitenschutzes gilt es vorausgehend auf die damalige Rolle der Bündner Gemeinden einzugehen.

<sup>9</sup> Heute gewährt die Kantonsverfassung Graubündens (KV/GR) keine besondere Sprachenfreiheit. Sie verweist diesbezüglich in Art. 7 auf die eidgenössische BV. Allerdings enthält Art. 3 der KV/GR in Bezug auf die Sprachen verschiedene Zweck- und Aufgabenbestimmungen. Der Kanton Graubünden hat 2006 ausserdem ein Sprachengesetz erlassen, welches zum Zweck hat, die Dreisprachigkeit als kantonales Wesensmerkmal zu stärken. Dieses Gesetz trat 2007 in Kraft.

Die Gerichts- und Politgemeinden des Kantons Graubünden genossen seit jeher eine grosse Autonomie. Auch heute noch wird ihnen eine gewisse, in der Schweiz einzigartige, Staatlichkeit zugesprochen (vgl. Rathgeb 2003, S. 213). Die KV/GR von 1854 sicherte den Gemeinden das Recht zu, ihr Schul- und Niederlassungswesen sowie das Polizeirecht selbst bzw. autonom zu bestimmen. Es gab insofern kein kantonal koordiniertes Aufsichtsrecht (vgl. Rathgeb 2002, S. 110). Neben der Ausübung staatlicher Funktionen stellten die Gemeinden auch die sprachlich-kulturellen Grenzen dar, insofern stellte sich die Frage nach einem sprachlichen Minderheitenschutz bis dahin noch gar nicht. Die KV/GR von 1880 war in diesem Zusammenhang hingegen ausschlaggebend. Sie hatte eine Erweiterung der demokratischen Rechte zur Folge. Insbesondere wurde das Initiativrecht auf kantonomer Ebene eingeführt. Der Grosse Rat erlangte damit die Kompetenz, im Bereich des Polizei- und Schulwesens Landesverordnungen zu erlassen. Letztere galten im Anschluss an den Erlass für den ganzen Kanton. Ebenso wurde ein Aufsichtsrecht des Kantons über das kantonale Erziehungswesen eingeführt. Demzufolge ergab sich eine Zentralisierung der Staatsaufgaben auf kantonomer Ebene. Mit dieser Zentralisierung wurde die Thematisierung der Gewährung der Landessprachen aufgegriffen. Die über Jahre fortwährende Selbstverständlichkeit der Sprachenvielfalt des Kantons wurde gerade durch diese Zentralisierung bedeutsamer Aufgaben in Frage gestellt. Es wurden schliesslich sprachgrenzüberschreitende Regelungen erlassen, welche das Bedürfnis der Verankerung der drei Landessprachen in der Verfassung aufkommen liessen.

Schon im Jahre 1794 hatte die Standesversammlung die in Graubünden gesprochenen Sprachen, das Deutsche, das Italienische und die beiden wichtigsten romanischen Idiome, als Landessprachen anerkannt, wobei dem Deutschen eine klare Vormachtstellung zukam. Diese manifestierte sich unter anderem darin, dass die Beschlüsse des Grossen Rates bei allen rechtsrelevanten Akten in deutscher Sprache verkündet wurden. Auch in Art. 1 der Verordnung von 1877 über die „Abstimmungen in Landessachen“ (Metz 1991, S. 240) war noch festgehalten, dass „der deutsche Text als gesetzliche Vorschrift“ (ebd.) zu gelten habe.

Die Verfassung von 1854 legte zwar fest, dass Verhandlungsprotokolle des Grossen Rates in deutscher Sprache verfasst würden, dafür stehe jedem Grossratsmitglied frei, in welcher der drei Sprachen er sich aussprechen wolle (a.a.O., S. 238). Obwohl die Dreisprachigkeit einer immer schon bestehenden Kantonsrealität entsprach, erfolgte deren Kodifikation – aufgrund der oben ausgeführten Gründe – auf Verfassungsebene erst am 23. Mai 1880, als der Kanton Graubünden eine neue Verfassung erliess. Unter Art. 50 wurde festgeschrieben:

*„Die drei Sprachen des Kantons sind als Landessprachen gewährleistet“* (KV/GR 1880, Art. 50).

Es gilt nun zu verstehen, was die Gesetzgeber damals mit Art. 50 der Kantonsverfassung unter „Gewährleistung der drei Landessprachen“ verstanden, denn aus dieser Bestimmung können weder individuelle Rechte noch ein besonderer Minderheitenschutz abgeleitet werden. Es bleibt offen, inwiefern sich eine „Gewährleistung als Landessprachen“ inhaltlich manifestierte. Der Bildungshistoriker Peter Metz geht in diesem Kontext davon aus, dass die damaligen Gesetzgeber praktisch erfahrene Politiker gewesen seien, welche sich bestens in der bündnerischen politisch-kulturellen Landschaft auskannten und sich der Beständigkeit des kantonsimmanenten sprachlichen Wandels sehr bewusst waren. Zu vermuten sei, dass sie mit diesem Gesetzesartikel nichts anderes vorsahen, als den Artikel aus der herkömmlichen Verfassung von 1854 neu zu verankern (vgl. Metz, S. 239ff.).

In Bezug auf die Handhabung im Rahmen amtlicher Begebenheiten konnte die genannte „Gewährleistung“ wohl nicht den Sinn gehabt haben, dass tatsächlich eine Gleichstellung der drei Sprachen protegiert wurde. Die gegebenen politischen Umstände nahmen wohl eher eine ungleichheitsverstärkende Rolle ein, denn sämtliche Verhandlungen, Kommissionsberichte, Botschaften und Protokolle vollzogen sich – wie erwähnt – in deutscher Sprache. Wer sein Recht in einem anderssprachigen Gericht geltend machen wollte, musste sich den dortigen sprachlichen Gepflogenheiten unterstellen (vgl. Metz, S. 241).

Art. 50 der Bündner KV von 1880 ist demzufolge keinem Zufall zuzusprechen, sondern ist als direkte Folge der Machtverschiebung der Gemeinden auf den Kanton anzusehen.<sup>10</sup> Nichtsdestotrotz bestand schon zu dieser Zeit ein gewisses Bewusstsein dafür, dass der Staat nicht nur politisch-volkswirtschaftlich denken dürfe, sondern sich auch um die Erhaltung kultureller Güter – bspw. der Sprachen – bemühen müsse (a.a.O., S. 241ff.).

Dieselbe Kantonsverfassung regelte im Übrigen zum ersten Mal auch das kantonale Erziehungswesen (KV/GR 1880, Art. 45).

<sup>10</sup> Bezüglich der legislativen Machtverschiebungen lässt sich auch auf Bundesebene ein Parallelismus mit der Bündner Entwicklung konstatieren. Der Bundesvertrag zwischen den 22 Kantonen vom 17. August 1815 sah ebenso keine Festschreibung der Landessprachen vor. Ein Grund dafür war, dass der Schweizerischen Eidgenossenschaft beinahe keine Kompetenz zugesprochen wurde. Die Mehrsprachigkeit der Schweiz wurde erst in den Bundesverfassungen von 1848 und 1874 verankert, insofern ist anzunehmen, dass die dem Bund neu zugesprochenen weitgehenden Kompetenzen eine Rolle dafür gespielt haben.

### 2.1.3 Zum Begriff der *Italianità*

Der Begriff der *Italianità* geht auf das 14. Jahrhundert zurück und findet seinen Ursprung in den Werken dreier Koryphäen der italienischen Klassik. So wurden von Dante, Petrarca und Boccaccio die Archetypen eines italienischen Wesens und erstmals die italienische Identität vorgezeichnet (vgl. Hardt 2003, S. 291). Der politisch geprägte Begriff der *Italianità* entsteht erst viel später mit der ersten Epoche des *Risorgimento*<sup>11</sup> und befördert eine Intensivierung der Diskussionen um Italien und die *Italianità* (ebd.).

Auf den schweizerischen Kontext übertragen bezeichnet *Italianità* „die kulturellen und sprachlichen Merkmale des Kantons Tessin und Italienischbündens. In den Diskussionen um die Identität der *Svizzera italiana* in der 1. Hälfte des 20. Jh. ist die *Italianità* besonders im Tessin in verschiedener Weise entweder als etwas mit dem Helvetismus Verbundenes oder als etwas zu diesem Gegensätzliches gesehen worden“ (vgl. Gilardoni 2006).<sup>12</sup>

Im Hinblick auf den bündnerischen Kontext kann diesbezüglich auf wenig fundierte Sekundärliteratur zurückgegriffen werden. Es wird in dieser Masterarbeit davon ausgegangen, dass sich *Italianità* auf eine kantonale verstandene Identität bezieht, die nur vor dem Hintergrund bestimmter historischer und kultureller Entwicklungen des Kantons Graubünden verständlich wird. Der Begriff der *Italianità* wird unter dem Aspekt der Zuschreibung und als Mittel der Ab- bzw. Ausgrenzung diskutiert. Relevant dabei erscheint vor allem die Selbsteinschätzung und Selbstzuschreibung der italienischsprachigen Gemeinschaft. Das kulturelle Unterschiedlichsein an sich steht damit nicht im Vordergrund der Analyse. Vielmehr soll die inhaltliche Thematisierung dieser Differenzen bzw. das Ziehen von Grenzen näher betrachtet werden. Damit ist gemeint, dass die Zuordnung zu einer bestimmten Gruppe – hier der *Italianità* – immer über die Abgrenzung zu einer anderen erfolgt<sup>13</sup>.

<sup>11</sup> Als *Risorgimento* (italienisch für Wiedergeburt bzw. Wiederauferstehung) bezeichnet Falanga die Zeitspanne vom Wiener Kongress 1815 bis hin zur Gründung des Einheitsstaates 1861. Das Zeitalter der grossen Ideale und ein Ensemble politischer und sozialer Bewegungen (vgl. Falanga 2010, S. 30ff.).

<sup>12</sup> Anlässlich des schweizerischen Nationalfeiertags hält Bundespräsident G. Motta 1937 eine Rede, in welcher er sich auf die Verbundenheit zwischen dem Kanton Tessin und Italienischbünden, als eine geteilte Identität von *Svizzera italiana*, bezieht: „Vom 19. Jahrhundert an übernimmt der Tessin, in Sprachverbundenheit mit den bündnerischen Tälern Poschiavo, Bregaglia und Mesolcina, den Namen, das Wesen und die Würde einer italienischen Schweiz“ (Motta 1937 In: BK 1938, S. 6). Von der realen Existenz einer solch harmonischen Verbundenheit zwischen dem Tessin und Italienischbünden kann für das 19. Jahrhundert aber noch abgesehen werden.

<sup>13</sup> Unter *Italianità* sind auch emigrierte Italiener/innen im Kanton zusammenzufassen. Für den vorliegenden Forschungskontext ist dieser Teil der bündnerischen *Italianità* aber nicht berücksichtigt worden.

Im Kanton Graubünden existieren insofern zwei angestammte – zahlenmässig minoritäre – sprachlich-kulturelle Identitäten (Romanisch und Italienisch), welche einer gesamtkantonalen deutschsprachigen Vormachtidentität subordiniert sind.

*Italianità* muss in diesem Zusammenhang folglich zwingend zweideutig verstanden werden; zum einen gilt es den Begriff als das „Gefühl der Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Gruppe mit gleicher Sprache und Kultur“ (vgl. Riehl 2003, S. 115ff.), bspw. der *Poschiavini* oder der *Bregagliotti*, zu rezipieren, andererseits gibt es aber auch „bestimmte Kriterien von *Habitus*<sup>14</sup> und Verhaltens- und Denkweisen“ (ebd.) bzw. Mentalitäten, welche als relevant gesetzt werden müssen und die sich von einer Identität der italienischen Staatsbürger/innen abgrenzt. Die differierende historische Ausgangslage Italienischbündens zum restlichen Kanton nimmt damit stark Einfluss auf die kantonale Identifikation und auf die Bestimmung einer eigenen Identität in den verschiedenen italienischsprachigen Talschaften (Riehl, S. 119). Die Identitätskonstruktion italienischsprachiger Bündner/innen ist insofern problematisch, als dass sie sich selbst über lange Zeit – innerhalb der vier Talschaften – nicht als solidarische Gemeinschaft rezipierten und sich auch von einer Identifikation mit dem Tessin oder Italien abgrenzten. Zudem ist für sie – aus sprachlich-kultureller Perspektive – eine Integration der eigenen Identitätskonstruktion in die ebensolche einer deutschsprachigen bzw. romanisch-sprachigen Bevölkerung nicht realisierbar.

### 2.1.4 Empowerment

Der Begriff Empowerment (wörtlich übersetzt: „Bemächtigung“) „bezeichnet Entwicklungsprozesse in der Dimension der Zeit, in deren Verlauf Menschen die Kraft gewinnen, derer sie bedürfen, um ein nach eigenen Massstäben“ (vgl. Herriger 2014, S. 13) besseres Leben zu führen. Der Empowermentbegriff ist ein postmodernes Konstrukt, das mit unterschiedlichen Haltungen, Wertüberzeugungen und moralischen Konnotationen besetzt ist und im wissenschaftlichen Diskurs bis anhin noch nicht verbindlich definiert werden konnte. Die Interdisziplinarität und Multidimensionalität des Empowermentkonzepts schlagen sich in ihrer unterschiedlichen geschichtlichen Verwurzelung nieder.

<sup>14</sup> Der Begriff des *Habitus* geht auf Pierre Bourdieu zurück und impliziert „eine allgemeine Grundhaltung gegenüber der Welt und meint bestimmte kollektive Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata“ (vgl. Burzan 2011, S. 130).

Bedeutende Stimuli zur Theorieentwicklung sind auf Paulo Freires *Pädagogik der Unterdrückten*<sup>15</sup>, die US-amerikanische Bürgerrechtsbewegung, den Feminismus und die Selbsthilfebewegung zurückzuführen (vgl. Seckinger 2015, S. 358). Der Diskurs um Empowerment konkretisiert sich vor allem darin, dass die Machtverteilung innerhalb einer Gesellschaft substantiell zur Entstehung und Reproduktion von sozialen Ungleichheiten und menschlichem Leid beiträgt. Dabei wird der stringente Zusammenhang zwischen Individuum, sozialer Gruppe und Gesellschaft hervorgehoben (a.a.O., S. 357).

*„Empowerment-Prozesse vollziehen sich in der Regel im Kontext eines solidarischen Unterstützungszusammenhangs, der die potentielle Einsamkeit überwindet, in dem Erfahrungen mit adäquaten Bewältigungs- und Normalisierungsstrategien ausgetauscht werden können, in dem ein Stück Unabhängigkeit von der übermächtigen Expertenseite, Vertrauen in die eigene Stärke und Kompetenz gewonnen werden kann“* (vgl. Keupp 1992, S. 149ff.).

Empowerment wird hier als ein Prozess der Selbstbemächtigung verstanden, innerhalb welchem sich Menschen in kollektiver politischer Selbstorganisation aus eigener Kraft bestärken. Angestrebt werden dabei die Umverteilung von Einfluss- bzw. Entscheidungsmacht und die Korrektur sozialer Ungleichheit (vgl. Herriger, S. 16). Hur (2006) rezipiert den prozesshaften Charakter von Selbstbemächtigungsbemühungen als Zusammenfassung aller bestehenden Konzeptualisierungen von Empowerment. Er schlägt in seiner Rezeption des Konzepts eine Typologisierung vor, welche in einen fünfstufigen Prozess des Empowerments mündet. Der Prozess beginnt mit einer bestehenden sozialen Störung, dem Ausgegrenztsein Einzelner oder ganzer Gruppen. Darauf folgt in einem zweiten Schritt die Bewussterwerden der bestehenden sozialen Ungleichheit. In der dritten Phase werden die gemeinsamen Interessen mobilisiert, um an den als unbefriedigend erkannten Verhältnissen etwas zu ändern. Durch die gemeinsame Aktion mit anderen wächst der Einfluss auf das eigene Leben. In der vierten Phase findet der Umschwung von gemeinsamer Aktion in eine Veränderung der Umstände statt. Die abschliessende Prozessphase verändert die Praxis bestehender Institutionen, Benachteiligungen werden abgebaut und eine neue soziale Ordnung entsteht (vgl. Hur 2006, in Seckinger, S. 359). Eine solche Prozesshaftigkeit mag möglicherweise eine gewisse Linearität – im Sinne einer Erfolgsstory – implizieren. Davon ist im Zusammenhang mit Empowerment-

<sup>15</sup> Das Ziel der „Pädagogik der Unterdrückten“ ist es, durch Bewusstmachung und durch befreiende Erziehung, durch Einheit von Reflexion und Aktion eine Veränderung der bestehenden Wirklichkeit zu erreichen (vgl. Feldhendler, 1992, S. 26). Freire kritisiert das konventionelle Bildungssystem und sieht das grösste Übel darin, dass die vorherrschende Unterrichtsmethodik das eigenständige Denken der Lernenden hemme (vgl. Dalhoff 2011, S. 33).

prozessen dezidiert abzusehen. Prozesse des Empowerments können fortlaufende und wiederkehrende Diskontinuitäten aufweisen, welche mit Brüchen, Regressionen und möglicherweise Entmutigungen einhergehen (vgl. Herriger, S. 75).

Damit eine inhaltlich-theoretische Auseinandersetzung mit dem Empowermentkonzept für die Fragestellung dieser Masterarbeit überhaupt substantiiert erscheint, gilt es den Fokus des Begriffs auf den verschiedenen Ebenen noch genauer zu konturieren. Herriger schlägt hierfür vier unterschiedliche Zugänge zu Empowerment vor.

Im ersten Zugang wird das Begriffselement *Power*, womit „politische Macht“ gemeint ist, als zentrale Perspektive relevant gesetzt. Damit wird die strukturell ungleiche Verteilung von politischer Macht und Einflussnahme thematisiert. Empowerment wirkt dabei als Grundgerüst *„eine(s) konflikthaften Prozess(es) der Umverteilung von politischer Macht, in dessen Verlauf Menschen oder Gruppen von Menschen aus einer Position relativer Machtunterlegenheit austreten und sich ein Mehr an demokratischem Partizipationsvermögen und politischer Entscheidungsmacht aneignen“* (a.a.O., S. 14).

Im zweiten begrifflichen Zugang bezieht sich Empowerment auf *„das Vermögen von Menschen, die Unüberschaubarkeiten, Komplikationen und Belastungen ihres Alltages in eigener Kraft zu bewältigen, eine eigenbestimmte Lebensregie zu führen“* (a.a.O., S. 15). Diese lebensweltlich buchstabierte Definition setzt Empowerment somit nicht *„in den makropolitischen Kategorien von politischer Entscheidungsmacht“* (ebd.) relevant, sondern *„stellt vielmehr eine gelingende Mikropolitik des Alltags in ihren Mittelpunkt“* (ebd.). Im dritten Zugang stehen reflexive Definitionen von Empowerment im Vordergrund. Darin sind Prozesse der Selbstbemächtigung impliziert, innerhalb welchen sich Betroffene aus eigener Kraft aus einer Abhängigkeits- und Schwächeposition befreien und zu aktiv handelnden Akteuren werden (a.a.O., S. 16). Berücksichtigt man – im vierten Zugang – noch den transitiven Wortsinn von Empowerment, so werden *„die Aspekte des Ermöglichens, der Unterstützung und der Förderung von Selbstbestimmung durch andere“* (a.a.O., S. 17) betont. Empowerment wird darin zu einer Art psychosozialen Praxis, welche das Ziel verfolgt, Menschen Ressourcen für ein gelingendes Lebensmanagement zur Verfügung zu stellen (ebd.). Über diese vier Zugänge wird deutlich, dass der Empowermentdiskurs auch auf andere normative Entwürfe gesellschaftlicher Praxis wie bspw. Autonomie, Mündigkeit und Emanzipation zurückgreift und verschiedene Ebenen<sup>16</sup> miteinbezieht. Im Versuch, den Empowermentprozess italienisch-sprachiger Bündner/innen inner- und ausserhalb

<sup>16</sup> Empowermentprozesse vollziehen sich auf vier analytisch miteinander verknüpften Ebenen: Auf der individuellen Ebene, auf der Gruppenebene, auf der institutionellen Ebene und auf der Gemeindeebene (vgl. Herriger, S. 86).

der BKS einem dieser vier Zugänge zuzuordnen, wird verständlich, dass die angebotene Strukturierung der Zugänge nicht ausreichend trennscharf ist und in mehreren Phasen des Prozesses Überschneidungen möglich werden. Empowerment wird im Rahmen dieser Arbeit als Mehrebenenkonstrukt diskutiert. Es wird dabei vorwiegend von einem politisch formulierten Empowermentbegriff ausgegangen, welcher auch selbstiniizierte und eigengesteuerte Prozesse der *Italianità* mitberücksichtigt. In Anlehnung an Herriger kann einerseits von einer Traditionslinie des reflexiven Empowermentverständnisses als Leitformel einer Politik der Selbstbemächtigung ausgegangen werden, andererseits gilt es auch die sozialen Empowermentprozesse auf der Makroebene der soziopolitischen Umwelt mitzudenken, was einer politisch buchstabierten Definition entspräche. Es werden Emanzipationsprozesse auf der Mesoebene der Kantonsschule untersucht, gleichzeitig gilt es, die politische Partizipation der *Italianità* im Kanton und allgemeine Interessen der kantonalen Bildungspolitik mitzuberücksichtigen. Analytische Prozesse auf der Mikroebene der Individuen sind für den Kontext dieser Arbeit zu vernachlässigen. Anhand eines Zusammenführens der Emanzipationsphasen an der BKS mit den kantonalen Politgeschehnissen, lässt sich entsprechend ein umfassendes Bild im Rahmen eines kantonalen Empowerments der *Italianità* rekonstruieren.

## 2.2 Macht- und anerkennungstheoretische Argumentation

Macht ist eine soziale Ressource, welche grundsätzlich allen zugänglich ist, aber in höchst ungleicher Weise asymmetrisch innerhalb der Gesellschaft verteilt ist (vgl. Bröckling 2003, S. 327). Asymmetrische Machtverhältnisse sind nicht als unveränderbar gegeben zu verstehen, sondern als solche, die fortwährend in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen konstruiert werden. Das bedeutet, dass die eigentliche Machtproduktion einerseits sozialstrukturell verursacht ist, sich andererseits auch aus den Wahlmöglichkeiten subjektiver und kollektiver Akteure in Bezug auf ihre Zugehörigkeiten ergibt. Eine Bearbeitung bestehender Ungleichheitsverhältnisse hat demzufolge zum einen auf der gesellschaftsordnenden Makro-Ebene anzusetzen, zum anderen sind diesbezüglich auch die auf der Meso-Ebene der Schulpraxis situierten Perspektiven als relevant zu setzen (vgl. Heite 2010, S. 191). Die Thematisierung bestehender Machtdefizite in der Gesellschaft manifestiert sich über politische und soziale Bewegungen und äussert sich in Anerkennungsbemühungen um Partizipationsmöglichkeiten (vgl. Kleve et al., 2003, S. 72ff.).

### 2.2.1 Kultur- und sprachsoziologische Perspektiven

In Pierre Bourdieus kultur- und sprachsoziologischen Ansätzen werden ebendiese relevanten Zusammenhänge zwischen Sprache, sozialer Schichtung und sozialen Machtverhältnissen

durchleuchtet. In seinen Schriften zu Reproduktionsmechanismen von Macht- und Ungleichheitsverhältnissen in der Gesellschaft kommt anerkennungstheoretischen Perspektiven eine zentrale Bedeutung zu (vgl. Balzer 2014, S. 534).

Nach Bourdieu ist jede *„Kommunikation mit sozialen Hierarchie- und Machtverhältnissen verwoben und lässt durch jeden sprachlichen Austausch, Machtverhältnisse zwischen den Sprechern bzw. zwischen den jeweiligen sozialen Gruppen, denen sie angehören, entstehen“* (Bourdieu 1990, S. 11). Dies ist in besonderem Masse auch für die Institution der Schule relevant, welche Bourdieu als *„einer der wirksamsten Faktoren der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung“* rezipiert (Bourdieu 2001, S. 25).

Im sprachsoziologischen Ansatz Bourdieus wird die soziale Ungleichheit als *„komplexes Zusammenspiel zwischen Besitzverhältnissen und symbolischen Hierarchien“* (vgl. Fürstenau & Niedrig 2011, S. 70) diskutiert. Insofern geht es bei jedem sprachlichen Austausch darum, „sprachliche Produkte“ (ebd.) auf ihre soziale Wertigkeit hin zu prüfen und das gegenüberstehende Subjekt entsprechend sozial einzuordnen. Dies erlaubt auf verlässliche Weise, den Gesprächspartner als kongenial, über- oder untergeordnet zu taxieren (a.a.O., S. 76). Im „Ringens um die soziale Vorherrschaft“ (Bourdieu 1990, S. 20) wird gemäss Bourdieu, eine Sprache bzw. eine Sprachform als dominante Sprache definiert, welche entsprechend nachhaltiger Einfluss auf nationale Bildungs- und Sprachpolitiken nimmt (ebd.). Die Legitimierung der dominanten Sprache ergibt sich insofern durch die Akzeptanz der Anderssprechenden. Damit stellt die allgemeine gesellschaftliche Anerkennung der dominanten Sprache als einzige legitime Sprache in allen Institutionen des Bildungswesens, den öffentlichen Verwaltungen, den politischen Instanzen, eine Form von „kultureller Hegemonie“<sup>17</sup> dar. *„Diese für offizielle Räume obligatorische Staatssprache wird zur theoretischen Norm, an der objektiv alle Sprachpraxen gemessen werden“* (Bourdieu, S. 20ff.). Die Bestimmung der dominanten Sprache stellt damit ein „Produkt politischer Herrschaft“ (ebd.) dar, welches innerhalb von Institutionen reproduziert wird und damit als Voraussetzung für die Entstehung sprachlicher Hegemonieverhältnisse fungiert (ebd.). Institutionen werden auf diese Weise zu ungleichheitsverstärkenden Kräften und stabilisieren durch ihre Strukturen die Anerkennung der dominanten Sprache. Vor diesem Hintergrund wird die Auffassung, dass schulischer Wandel nur im

<sup>17</sup> Der Begriff der „kulturellen Hegemonie“ geht auf den italienischen Politiker und Philosophen Antonio Gramsci zurück. Für Gramsci ist Hegemonie abgesehen vom strukturellen Zwang, das Moment, welches eine Gesellschaft zusammenhält. Insofern impliziert sie einen „aktiven Konsens der Regierten“ (vgl. Abercrombie et al. 1978, S. 153) im Sinne einer Zustimmung innerhalb der Gesellschaft. Kulturelle Hegemonie bedeutet demzufolge die freiwillige Unterwerfung bzw. die stillschweigende Akzeptanz von Interessen der dominanten Kultur (ebd.).

„Einklang mit gesellschaftlichen Hierarchien denkbar bzw. zugunsten sozialer Minderheiten“ eher unwahrscheinlich ist, gut nachvollziehbar (vgl. Fürstenau & Niedrig, S. 80).

*„Indem die Lehrkräfte so tun, als ob die Unterrichtssprache [...] die natürliche Sprache aller intelligenten und begabten Subjekte sei, können sie sich die Mühe einer technischen Kontrolle ihres eigenen Gebrauchs und des studentischen Verständnisses dieser Sprache ersparen und auch die schulischen Beurteilungen für gerecht halten, die doch in Wirklichkeit das kulturelle Privileg sanktionieren“* (Bourdieu 2001, S. 42).

Angesichts dieser ohnmächtig erscheinenden Ausgangslage – in Bezug auf ein mögliches transformatorisches Potential von Schulen – erleichtert es, dass in Bourdieus Ausführungen auch Ansatzpunkte anklingen, welche die Reformperspektiven von Schulen wieder optimistischer figurieren lassen. Demnach sei bspw. die Förderung und Aufwertung spezifischer Kompetenzen Angehöriger sprachlicher Minderheiten vor allem von bildungspolitischen Zielen und Strategien abhängig, die mit anderen gesellschaftlichen Bereichen, z.B. mit Sprachregelungen in öffentlichen Institutionen verwoben sein müssen (vgl. Fürstenau & Niedrig, S. 84). Das Transformationspotenzial sprachlicher Bildungspolitik könne insofern über die konzeptionellen Perspektiven auf Mehrsprachigkeit analysiert werden. Wird der Plurilinguismus einer Schule demzufolge eher als Kommunikationshindernis gesehen, so sei die bildungspolitische Strategie tendenziell auf die Reduktion von Komplexität ausgerichtet. Eine solch komplexitätsreduzierende Strategie konzentrierte sich damit auf der Durchsetzung einer nationalen Verkehrssprache. Werde hingegen das Recht auf pädagogische Anerkennung und Nutzung der eigenen Sprache betont, sei die bildungspolitische Reaktion eher eine Entfaltung von Komplexität in Form einer diversitätsfördernden Strategie (ebd.).

Die sprachlich-kulturelle Pluralität des Kantons Graubünden stellt seit jeher eine grosse Herausforderung dar, welche eine lange Tradition sprachbedingter Ungleichheiten mit sich führt. Insofern traten durch eine über ein Jahrhundert währende Vormachtstellung der deutschen Sprache – auch innerhalb der höheren Bildungslandschaft Graubündens – italienisch- bzw. romanischsprachige Bündner/innen in eine sprachlich-kulturelle Minderheiten-position, welche mit beträchtlichen Bildungsbenachteiligungen an der BKS und anderen öffentlichen Institutionen einherging. Gerade dieser Wandel von der bildungspolitischen Tendenz einer sprachlichen Assimilation zu einer diversitätsfördernden und identitäts-berücksichtigenden Handhabung der Existenz von Mehrsprachigkeit, erscheint auch für den Kontext der vorliegenden Arbeit interessant. Die von Bourdieu vorgebrachte Analyse konzeptioneller Perspektiven, hegt das Potenzial auch die Kontexte der bündnerischen Sprach- bzw. Bildungspolitik und die Entwicklungen an der BKS erhellen zu können. Die im folgenden Abschnitt ausgeführten institutionstheoretischen Zugänge ergänzen die

Analyse sprachlicher Machtverhältnisse im Sinne Bourdieus und versuchen mittels Erläuterung von Pfadabhängigkeiten überdies auf Beständigkeiten solch hegemonieller Strukturen einzugehen.

## 2.3 Institutionentheorie

### 2.3.1 Historischer Institutionalismus

Der Institutionenbegriff bezieht sich auf soziale Gegenstände bzw. sozial normierte Verhaltensmuster, innerhalb welchem Regelungsaspekte betont werden, welche auf die Verteilung und Ausübung von Macht, die Verfügung über Ressourcen oder auf den Zusammenhang von Abhängigkeitsverhältnissen Bezug nehmen (Mayntz & Scharpf 1995, S. 40).

Csigós theoretische Auseinandersetzung mit dem Historischen Institutionalismus (2006) erscheint dienlich für die Eruiierung und das Verständnis vorhandener Mechanismen innerhalb von Institutionen, welche Selbstverstärkungseffekte und Reproduktionsvorgänge befruchten. Der Ansatz ist insbesondere dahingehend konstruktiv, als dass durch ihn Pfadabhängigkeiten und Beständigkeiten innerhalb einer Institution eruiert werden können, welche sich möglicherweise im Hinblick auf Fortschrittsbemühungen und Wandlungsprozesse hemmend auswirken können. Das Konzept der Pfadabhängigkeit bildet den Kern des Historischen Institutionalismus. Pfadabhängigkeit (*path dependency*) meint, dass anfängliche institutionelle Festlegungen in einem Politikbereich einen vorgegebenen Entwicklungspfad einschlagen, welcher nur mit grossem Effort wieder verlassen werden kann. Das bedeutet, dass frühere Phasen geschichtlicher Genese für spätere Entwicklungen relevant sind (vgl. Csigó 2006, S. 43). Der Pfad wird somit zum Ausgangspunkt für die Bestimmung von Stabilität bzw. Wandel und dient der Beschreibung bzw. Erklärung institutioneller Kontinuität oder institutioneller Reformträgheit (vgl. Kirchner 2012, S. 109). Csigós Ansatz verdeutlicht, dass *„Institutionen, Macht unterschiedlich auf soziale Gruppen verteilen [...] und bestimmte institutionelle Strukturen gewisse Interessen bevorzugen“* (Csigó, S. 45) können, andere hingegen benachteiligen. Damit wird spezifischen Gruppen in unterschiedlichem Masse, Einfluss auf die politische Mitbestimmung zugesprochen, was mit einer systematischen Begünstigung bzw. Benachteiligung dieser einhergeht. Pfade zu verändern ist zwar möglich, bedarf jedoch grosser Impulse und politischen Drucks durch die Beteiligten (a.a.O., S. 45ff.). Welche Rahmenbedingungen für einen institutionellen Wandel gegeben sein müssen und inwiefern bestimmte Faktoren einen Pfadwechsel auslösen, bleibt innerhalb der historisch-institutionalistischen Konzeption jedoch unscharf.

Csigó macht darauf aufmerksam, dass auch eine eher „*akzidentelle Kumulation von Faktoren*“ (a.a.O., S. 47ff.) einen Pfadwechsel evozieren kann. Wobei solche Zufälligkeiten allem Anschein nach nur eine von mehreren Bestimmungsgrössen darstellen, welche institutionelle Veränderungen bewirken. Institutioneller Wandel kann anhand Csigós theoretischer Konzeption nur *ex post* konstatiert werden (ebd.). Diese Einbusse muss jedoch für die Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Forschungsinteresse nicht als nachteilig bewertet werden.

### 2.3.2 Akteurzentrierter Institutionalismus

Der Akteurzentrierte Institutionalismus beschränkt sein analytisches Potenzial nicht ausschliesslich auf politischen Institutionen, sondern betont überdies auch die Bedeutung von institutionellen Bedingungsfaktoren (vgl. Mayntz & Scharpf, S. 43). Diese bilden einen aktivierenden, ermöglichenden oder dezimierenden Handlungskontext.

Der Institutionenbegriff ist im Akteurzentrierten Institutionalismus sehr eng gefasst und legt den Fokus vorwiegend auf zusammenhängende Regelungsaspekte. Institutionen sind damit nicht ausschliesslich Produkt evolutionärer Entwicklung, sondern können intendiert formiert und mittels involvierter Akteure beeinflusst werden. Vor diesem Hintergrund ermöglicht der institutionelle Kontext Akteuren zwar einen Handlungsspielraum, wird aber nicht durch sie bestimmt (a.a.O., S. 45). Das Akteurhandeln ist für die Erklärung von Steuerungs- und Selbstorganisationsprozessen gesellschaftlicher Forschungsfelder zwar als eigenständige Variable zu verstehen, dennoch ist diese – auch bei unverändertem institutionellem Rahmen – in der Lage relevante „Veränderungen im Bereich des Handelns“ (a.a.O., S. 46) zu evozieren. Bei der Analyse bestimmter Strukturen ist es deshalb bedeutsam, den Einfluss der Akteure zu berücksichtigen. Gleichzeitig erscheint jedes Akteurhandeln ohne Bezug auf gegebene Strukturen ebenso nachteilig (ebd.).

Für den Kontext der vorliegenden Fallstudie können gerade die genauere Betrachtung bildungspolitischer Entwicklungen und damit einhergehende Pfadabhängigkeiten aufschlussreich sein; denn damit lässt sich möglicherweise ermitteln, inwiefern die bündnerische Bildungspolitik des 19. Jahrhunderts – bezüglich des seit jeher zum Kanton gehörenden Plurilinguismus – jahrzehntelang auf eine eher komplexitätsreduzierende politische Strategie rekurrierte. Zudem legitimiert die Theorie des Akteurzentrierten Institutionalismus die Mitberücksichtigung der Rolle involvierter Akteure innerhalb der Analyse. Bedeutenden Akteuren kann damit grösseres Erklärungspotenzial im Hinblick auf die Genese des Empowermentprozesses der *Italianità* zugesprochen werden.

## 3 Methode

Zur Erörterung der Emanzipationsphasen der Italienischen Sprache an der BKS werden ausschliesslich bereits vorhandene schriftliche Quellen verwendet, welche textthermeneutisch anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse untersucht werden. Die Menge an Textmaterial der Quellen wird zunächst paraphrasiert, in einem zweiten Schritt generalisiert und schliesslich einer Analyse unterzogen werden. Ein solch offenes Forschungsdesign dient gemäss Atteslander (2010) der „*Aufdeckung sozialer Sachverhalte, bei der durch die Analyse eines vorgegebenen Inhalts Aussagen über den Zusammenhang seiner Entstehung, über die Absicht seines Senders, über die Wirkung auf den Empfänger oder auf die soziale Situation gemacht werden*“ (vgl. Atteslander 2010, S. 203). Angesichts dieser distinktierten Offenheit im Forschungsdesign gilt es dennoch eine systematische, zielgerichtete Vorgehensweise zu verfolgen.

Der anschliessende Methodenteil beschreibt im ersten Abschnitt das Forschungsvorgehen und verbindet das inhaltsanalytische Verfahren mit dem induktiven Ansatz der *Grounded Theory*. Im zweiten Teil wird eingehend auf das verfügbare bearbeitete Quellenmaterial eingegangen. Die folgende Masterarbeit vermag nicht die historische Entwicklung exhaustiv zu rekonstruieren. Vielmehr soll mit dem vorhandenen Quellenmaterial in einer „*abnehmenden Abstraktion*“<sup>18</sup> möglichst spezifisch – unter Berücksichtigung eines akkuraten methodischen Vorgehens – auf die Fragestellung eingegangen werden. Methodologisch wird folgend auf die Verfahren der *Grounded Theory* von Corbin und Strauss rekurriert.

### 3.1 Methodologie

Die Entscheidung für den qualitativen Forschungsansatz der Inhaltsanalyse stützt sich auf die Überlegung, dass das Forschungsvorgehen dem Untersuchungsgegenstand nach flexibel ausgerichtet werden muss. Im Forschungsprozess wird eine soziale Wirklichkeit in Form einer Geschichtsschreibung konstruiert und ist damit nicht als objektiv gegeben zu verstehen (vgl. Lamnek 2005, S. 26). Die qualitative Inhaltsanalyse bietet eine Sammlung von Verfahren zur systematischen Textanalyse an, welche das gegebene Quellenmaterial evident auf eine Fragestellung hin zu interpretieren versucht (vgl. Atteslander, S. 196). Gerade die *Grounded Theory* stellt vor diesem Hintergrund einen spezifischen Forschungsstil dar, mit welchem die soziale Realität erforscht werden kann. Sie vermag bspw. eine Fragestellung zu erörtern, welche sich mit Individuen und Interaktionen

<sup>18</sup> Vgl. dazu Lindenberg, 1991.

zwischen Individuen, mit Beziehungen und Prozessen beschäftigt und sich in einem determinierenden strukturellen, gesellschaftlichen, historischen oder kulturellen Rahmen vollzieht. Die untersuchte Fragestellung soll ausschliesslich die „*notwendige Flexibilität und Freiheit geben, ein Phänomen in der Tiefe zu untersuchen*“ (Corbin & Strauss 1996, S. 22) und sicherstellen, dass „*noch nicht alle Konzepte, die in Bezug zu dem jeweils interessierenden Phänomenbereich stehen, gefunden und identifiziert wurden, zumindest nicht in dieser Population oder an diesem Ort*“ (ebd.). Ziel eines methodologischen Vorgehens nach *Grounded Theory* ist gemäss Corbin & Strauss „*das Erstellen einer Theorie, die dem untersuchten Gegenstandsbereich gerecht wird und ihn erhellt*“ (a.a.O., S. 9). Dabei wird ein systematisches Erheben und Analysieren von Datenmaterial, welches sich auf den Forschungsgegenstand bezieht, verfolgt. Einem solchen Vorgehen zufolge, entsteht zwischen dem Datenmaterial, der Analyse und dem theoretischen Hintergrund ein interdependentes Wechselverhältnis (a.a.O., S. 8). Am Anfang dieses Prozesses steht nicht die Theorie, sondern der Untersuchungskontext in seinem Ganzen. Welche relevanten Aspekte aus dem Kontext heraustreten, ergibt sich erst im Forschungsprozess (ebd.). Das forschungspraktische Verfahren der *Grounded Theory* soll keinen starren Leitlinien folgen, welche ein einziges korrektes Vorgehen vorgeben (a.a.O., S. 6). Vielmehr ist die Wahl einer bestimmten Vorgehensweise dem konkreten Forschungsinteresse anzupassen. Vorgegeben ist ausschliesslich ein induktives Vorgehen, welches beim Untersuchen des Quellenmaterials zur Herausbildung erster Hypothesen verhilft. Anhand des Datenmaterials werden ergo Hypothesen generiert und Konzepte herausgearbeitet. Konzepte entsprechen in der *Grounded Theory* den grundlegenden Elementen einer Theorie. Mit „*Offenem Kodieren*“<sup>19</sup> werden „*Konzepte identifiziert und in Bezug auf ihre Eigenschaften und Dimensionen entwickelt*“ (Corbin & Strauss, S. 54). Das „*Stellen von Fragen an die Daten*“ (a.a.O., S. 54ff.) und das „*Vergleichen hinsichtlich Ähnlichkeiten und Unterschieden zwischen jedem Ereignis, Vorfall und anderen Beispielen für Phänomene*“ (ebd.) bilden die grundlegenden analytischen Verfahren dafür (ebd.). Das gesamte Vorgehen kann als zirkulärer Forschungsprozess verstanden werden, welcher gemäss Corbin & Strauss dem „*Theoretischen Sampling*“ entspricht. Dieses Sampling ist „*so lange durchzuführen bis für jede Kategorie theoretische Sättigung erreicht*“ (a.a.O., S. 159) werden konnte. Von einer „*theoretischen Sättigung*“ kann dann ausgegangen werden, wenn keine bedeutsamen Daten in Bezug auf eine Kategorie mehr zu finden sind und die Beziehungen zwischen den Kategorien ausreichend validiert werden konnten (ebd.).

<sup>19</sup> „*Offenes Kodieren*“ meint den „*Prozess des Aufbrechens, Untersuchens, Vergleichens, Konzeptualisierens und Kategorisierens von Daten*“ (Corbin & Strauss, S. 43).

Vor dem Hintergrund dieser Ausführungen erscheint ein methodologisches Vorgehen nach *Grounded Theory* auch für die theoretische Darstellung dieser Masterarbeit einträglich, denn der gegebene Untersuchungskontext bezieht sich auf die Betrachtung des Einzelfalls Graubünden. Dies ist insofern relevant, als dass gerade der induktionslogische Ansatz der *Grounded Theory* Spielraum lässt, die relevanten Kategorien erst im Verlauf der Forschungsarbeit festzulegen und ein Ausgehen von bereits anerkannten Theorien vernachlässigt werden kann (a.a.O., S. 33). Dies bildet für die Erforschung des emanzipativen Prozesses der italienischen Sprache an der BKS eine substantiierte Ausgangslage.

### 3.2 Quellenmaterial und Zugang

Der Quellenumfang zur Untersuchung des gegebenen Forschungsgegenstands präsentierte sich umfangreich und tangierte mehrere Ebenen des bündnerischen Zusammenlebens. Es mussten demnach unterschiedliche Quellentypen berücksichtigt werden, welche für die Darstellung und Analyse der Fallstudie relevant waren. Zur Rekonstruktion der Emanzipationsphasen galt es, das Quellenmaterial in eine übersichtliche Ordnung zu bringen. Einerseits interessierten die Handlungen und Unmutsäusserungen der involvierten Akteure, welche in schulinternen Korrespondenzschriften, politischen Stellungnahmen und medialen Berichterstattungen Gehör fanden. Des Weiteren konnte anhand politischer Botschaften der Regierung, Kommissionsberichten, Gesetzesvorlagen und Parlamentsprotokollen, der die Geschehnisse umrahmende bildungspolitische Prozess eruiert werden. Jährlich herausgegebene Schulprogramme und Publikationen in den lokalen Medien gaben Aufschluss über die Entwicklungen an der Schule im Zusammenhang mit dem interessierenden Forschungsgegenstand. Die Durchsicht der Schulprogramme gab ausserdem Auskunft darüber, in welchem Jahr, in welcher Abteilung, in welcher Stundendotation und von wem, Italienisch als Zweitsprache bzw. *Italiano* als Erstsprache unterrichtet wurde.

Das Hauptaugenmerk lag dabei auf Quellenhinweisen mit Bezug auf Veränderungen des Italienischunterrichts. Entsprechende Hinweise wurden anhand weiterer Quellen, unter anderem mit Auszügen des Bündner Monatsblattes konsolidiert. Gerade in den Ausgaben des *Bündner Monatsblattes*, damals *Zeitschrift für Erziehungs-, Armenwesen und Volkswirtschaft*, waren verschiedene Artikel zur BKS vorzufinden, welche auf Neuerungen, Bestreben und Zielsetzungen innerhalb der BKS verweisen und welche zudem relevante Hinweise zur Fortentwicklung des Sprachunterrichts liefern konnten. Darin wurde zudem auch auf politische Protokolle aus Grossratssitzungen hingewiesen, welche Bestimmungen in Bezug auf angestrebte Sprachengesetze, Bestrebungen zur



Förderung der Minderheitensprachen im Kanton bezeugten und somit im Hinblick auf den Empowermentprozess der *Italianità* relevant waren. In der publizierten Abhandlung des Medizinstudenten A. Santi ist Einträgliches über die Position italienischsprachiger Schüler an der BKS aus der Perspektive der Betroffenen nachzulesen (vgl. KG 1880). Auch in diversen Artikeln des *Almanacco Grigioni Italiano* (AGI) und der *Quaderni Grigioni Italiani* (QGI) wird unter verschiedenen Foki auf die Geschehnisse innerhalb der Bündner Bildungslandschaft insbesondere der BKS zurückgeblickt. Diese Publikationen machen die Perspektive Italienischbündens nochmals verstärkt deutlich und sind dahingehend aufschlussreich, dass auf weitere involvierte Akteure und deren Wirken hingewiesen wurde. Das Quellenmaterial war vollumfänglich öffentlich zugänglich und konnte vorwiegend im Staatsarchiv Graubünden, im Archiv der BKS und in den Magazinen der Kantonsbibliothek Graubünden eingesehen werden. Es muss davon ausgegangen werden, dass das Quellenmaterial bereits im Rahmen seiner Archivierung gewisse Selektionen erfahren hat. Dies hatte – eingeschlossen der Auswahl der Autorin – in aller Voraussicht eine Datenreduktion zur Folge und nahm in bestimmter Hinsicht Einfluss auf die Forschungsergebnisse. Des Weiteren gilt zu berücksichtigen, dass sowohl das politische Quellenmaterial als auch die Publikationen der beteiligten Akteure nicht zuletzt Dokumente darstellen, welche eine Subjektivierung erfahren haben und entsprechend ausschliesslich eine Konstruktion der Wirklichkeit darstellen können.

## 4 Historischer Kontext

### 4.1 Die Sprachenverteilung Graubündens

Im Jahre 1880 präsentierte sich die Sprachenverteilung des Kantons Graubünden mit 46% Deutschsprechenden, 39.8% Romanischsprechenden und 13.6% Italienischsprechenden.<sup>20</sup>

Es gilt an dieser Stelle nochmals darauf hinzuweisen, dass Romanisch in fünf verschiedenen Idiomen gesprochen wurde und in den italienischsprachigen Talschaften verschiedene Dialektformen wie z.B. *Bargajot* oder *Pus'chiavin* die alltägliche Kommunikationssprache bildeten.<sup>21</sup>

<sup>20</sup> „Das heutige prozentuale Verhältnis hat sich zugunsten der Deutschen Sprache auf 59.9% verschoben, während die Anteile der Romanischen Sprache stark auf 21.9% und der Italienischen Sprache geringfügig auf 13.5% zurückgegangen sind“ (Metz 1991, S. 238).

<sup>21</sup> Sowohl die romanischen Idiome, als auch die italienischen Dialekte gehören heute noch zur sprachlichen Realität der bündnerischen Talschaften.

Ein signifikanter historisch-geografischer Erklärungsfaktor für die Dominanz der deutschen Sprache in Graubünden lässt sich damit substantzieren, dass der grösste Teil des Kantons nach dem deutschsprachigen Norden ausgerichtet ist. Die vier italienischsprachigen Täler Graubündens (Puschlav, Bergell, Misox und Calanca) laufen aus geografischer Perspektive nach Italien (Puschlav und Bergell) bzw. in den italienischsprachigen Kanton Tessin (Calanca und Misox) aus, sind vom restlichen Kanton durch das Alpengebirge getrennt und nur über Passübergänge erreichbar. In den Ausführungen Martin Schmidts zur „Schule Italienisch-Bündens“ von 1942 wird hervorgehoben, dass – unter Berücksichtigung der Auto- und Bahnzeit – „*der kürzeste Weg zwischen den einzelnen Tälern [...] über reichsitalienisches Gebiet, und die Kantonshauptstadt [...] fünf bis acht Stunden entfernt*“ war (Schmid 1942, S. 50).<sup>22</sup> Es ist insofern gut vorstellbar, dass diese Distanz im 19. Jahrhundert noch ausgedehntere Ausmasse annehmen musste. Der Ursprung für die Sprachenverteilung Graubündens ist neben den tradierten Bevölkerungsbewegungen in der historischen Entwicklung und den politischen Konstellationen zu sehen. So war Graubünden bis in die Neuzeit kein einheitlicher Staat, sondern ein Staatenbund, gebildet aus dem Gotteshausbund, dem Grauen Bund und dem Zehngerichtebund. Jeder dieser drei Staaten war wiederum ein Bund von autonomen Gemeinden und jeder der drei Bünde war zwei- oder dreisprachig. Relevant für die Konföderation war vorwiegend ein sicherheitspolitisches und ökonomisches Interesse (vgl. Dörig & Reichenau, S. 41).

Der Verlust des Veltlins an Italien nach dem Wiener Kongress ging mit einer bedeutenden Restriktion des italienischsprachigen Gebiets einher, welches sich seit jener Zeit auf die vier obengenannten Talschaften beschränkte (vgl. Todisco 1999, S. 22).

Der italienische Teil Graubündens umschloss eine Fläche von ca. 985 km<sup>2</sup>, was etwa einem Siebtel des gesamten Kantonsgebiet nahekam. In den italienischsprachigen Talschaften gab es seit jeher keine grössere Stadt, welche als sprachliches, kulturelles und wirtschaftliches Zentrum fungieren konnte. Ebenso fehlte auch ein zentraler postelementarer Ausbildungs- und Studienort im eigenen Sprachgebiet. Die italienischbündnerischen Talschaften mussten sich damit politisch nach Norden bzw. Chur ausrichten, waren aber sprachlich-kulturell eher mit dem Süden bzw. Südwesten verbunden (vgl. Willwer, S. 227ff.).

<sup>22</sup> Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass der San Bernardino-Tunnel das Misox erst seit 1967 ganzjährig mit dem übrigen Kanton Graubünden verbindet. Zuvor war zwischen 1818 und 1823, mit grosser finanzieller Unterstützung des Königreichs Sardinien-Piemont, der Bau einer Strasse für Frachtwagen und Postkutschen erbaut worden, welche aber in den Wintermonaten kaum passierbar war (vgl. <http://alpen-paesse.ch/alpenpaesse/san-bernardinopass/> [14.3.2015]).

#### 4.2 Wirtschaftliche Perspektiven in Italienischbünden

Die Tatsache, dass jegliche wirtschaftliche Prosperität der Talschaften über Jahrzehnte unterbunden wurde, wird schon in der Verschiebung der Bevölkerungs- und Vermögensverhältnisse zwischen dem Kanton und seinen italienischsprachigen Talschaften deutlich. Von 1850 bis 1930 hat sich die Bevölkerung des Kantons um einen ganzen Drittel – von 88'895 auf 126'340 Einwohner/innen – ausgeweitet, während die Talschaften die Anzahl ihrer Bevölkerung nur um einen Zwölftel – von 11'588 auf 12'567 – erhöhen konnten. Diese Verschiebung der Bevölkerungszahl nimmt erst dann entsprechende Bedeutung an, wenn die absoluten Zahlen zum Vergleich herbeigezogen werden. Während die Zunahme gesamtkantonal 37'445 ausmachte, betrug sie für die italienischsprachigen Täler nur 1'979 (vgl. BK 1938, S. 10ff.).<sup>23</sup> Betrachtet man die wirtschaftliche Situation genauer, so wird die missliche Lage der Talschaften umso mehr deutlich; 1886 besaßen die Talschaften einen Achtel des kantonalen Vermögens, 1933 nur noch einen Vierzehntel davon. Diese Entwicklungen hatten eine geistig-kulturelle Neuausrichtung innerhalb des Kantons zur Folge, welche zu einer verstärkten Entfremdung zwischen den italienischbündnerischen Talschaften und dem Kantonsinnern führten und von dieser Minderheit als bedrückend empfunden wurde.

Mit der gravierenden wirtschaftlichen Lage Graubündens, welche sich in den Talschaften in besonders evidenter Weise auftat, beschäftigten sich anfangs 20. Jahrhundert verschiedene Kantonsbürger. So schrieb bspw. der ehemalige Direktor der Rhätischen Bahn, Gustav Bener, über die Jahre nach 1907 im „Memorial über die Verkehrsentwicklung in Graubünden“:

*„Ein ebenso beängstigendes Bild bietet der am Bernhardin anschliessende Bezirk Moesa, obschon das Misoxertal seit 1907 die Sackbahn Bellinzona-Mesocco besitzt. Bevölkerungszahl und Vermögen stagnieren, der Viehbestand ist stark zurückgegangen und die Erwerbshebung ergibt sich wohl grösstenteils aus strengerer Steuereinschätzung“* (Bener 1926, S. 8).

Über das Puschlav äusserte sich 1929 der Schulinspektor Lanfranchi in einem Aufsatz „Brevi cenni sulle condizioni di vita e di lavoro nella Valle di Poschiavo“:

*„Pochi i benestanti e quasi tutti stranieri gli artigiani; è la stragrande maggioranza della popolazione costituita da contadini che vivono metà dell'anno sui monti e lavorano dalle stalle alle stelle. E in capo all'anno, se volge una buona annata, se il bestiame non si ammala, se si può vendere qualche capo grosso, se ... [...] se tutto va bene, anche i nostri contadini riescono a sbarcare il lunario più o meno bene. Chè, se*

<sup>23</sup> Diese Bevölkerungszunahme in den Talschaften ist aufgrund zweier Umstände – erstens der Errichtung von Wasserwerken und zweitens der Berninabahn – fast ausschliesslich dem Puschlav zuzuschreiben (vgl. BK 1938, S. 10).

*fallisse uno di questi molti se, a fine d'anno, chi tanto ha sudato si trova a mani vuote* (Lanfranchi 1929 In: BK 1938, S. 28).<sup>24</sup>

#### 4.3 Schulische Perspektiven in Italienischbünden

Die schulische Disposition der Talschaften war mit über Jahrzehnte währenden Missständen bzw. Prekaritäten verbunden und stellte für den Kanton aufgrund der sehr kleinen Bevölkerungszahl, der geografischen Zerrissenheit und konfessionellen Zweiteilung schon früh eine nur schwierig bearbeitbare Problematik dar. Die Elementarschule war noch bis weit ins 20. Jahrhundert rein italienischsprachig (vgl. Schmid 1942, S. 50). 1857 beklagte der Schulinspektor Lardelli, dass den italienischsprachigen Talschaften kein ausreichendes Unterrichtsmaterial zur Verfügung stünde<sup>25</sup>:

*„Nessuna raccolta di quesiti aritmetici, di canti infantili e popolari, nulla per la geografia e per la storia naturale che appena avesse modestamente corrisposto ai principi di Pestalozzi“* (Lardelli In: BK 1938, S. 110).<sup>26</sup>

Die Reaktion auf Lardellis Bericht waren *„gelegentlich recht schlechte Übersetzungen“* (Schmid, S. 51) deutschbündnerischer Schulbücher.<sup>27</sup>

Mitte des 19. Jahrhunderts herrschte im ganzen Kanton Graubünden akuter Lehrermangel, welcher sich mit besonderer Ausprägung in den italienischsprachigen Südtälern manifestierte (vgl. Metz 1991, S. 276). 1860 gab es im Kanton ausschliesslich 127 patentierte Primarlehrer, die übrigen Schulstellen waren von Priestern, Nonnen oder sonstigen Laien mit guter Bildung besetzt (vgl. Bazzigher 1904, S. 159). Im Jahre 1891 amtierten bspw. im Misox einzig zwei Lehrer mit Bündner Lehrpatent, der

<sup>24</sup> In freier deutscher Übersetzung der Autorin: „Wenige sind es die Gutbetuchten, und fast alles Ausländer die Handwerker; die übergrosse Mehrheit der Bevölkerung besteht aus Bauern, welche halbjährig auf der Alp leben und unaufhaltsam arbeiten. Am Anfang des Jahres, wenn ein gutes Jahr vorüber ist, wenn das Vieh nicht erkrankt ist, wenn man etwas Grosses verkaufen kann, wenn ... [...] wenn alles gut geht, schaffen es mehr oder weniger auch unsere Bauern über die Runden zu kommen. Wenn aber eines dieser 'Wenn', am Schluss des Jahres scheitern würde, so bliebe dem, der lange geschwitzt hat, nichts mehr in den Händen“.

<sup>25</sup> Der Inspektoratsbericht Lardellis wurde handschriftlich verfasst. Aufgrund der schlechten Leserlichkeit wird hier das im BK wiedergegebene Zitat übernommen.

<sup>26</sup> In freier deutscher Übersetzung der Autorin: „Keinen Sammelband arithmetischer Probleme, keine kindlichen oder volkstümlichen Lieder, nichts für die Geografie und für die Naturgeschichte, was auch nur in bescheidener Weise den Prinzipien Pestalozzis entsprochen hätte“.

<sup>27</sup> Bis gegen 1920 war die italienischbündnerische Schule ausschliesslich mit solchen aus dem Deutschen übersetzten Schulbüchern ausgestattet (vgl. BK, S. 11).

gesamte restliche Lehrkörper hatte entweder vorübergehende „Admission“<sup>28</sup> oder das Tessiner Patent (vgl. BK, S. 94). Es muss bedacht werden, dass Lehrpersonen, welche später in italienischer Sprache unterrichteten, ihre Ausbildung grösstenteils in einer deutschsprachigen Stadt und Schule erfuhren (a.a.O., S. 52ff.). Die Ausbildung der in den italienischsprachigen Talschaften unterrichtenden Lehrpersonen erfolgte wie erwähnt weitgehend an der BKS, welche bis fast Ende des 19. Jahrhunderts keine italienischsprachige Abteilung innehatte. Die Förderung der Muttersprache und die eigenkulturelle Ausbildung entfielen somit über Jahrzehnte lang gänzlich. Gerade weil die sprachlichen Verhältnisse nahezu untragbar waren, half man sich anfangs mit zehnwöchigen „Wiederholungskursen für Lehrer“ aus. Diese Kurse wurden fast durchgehend, bis Ende der 1870er-Jahre, unter der Leitung von Schulinspektor Lardelli, welcher die Errichtung eines „seminario regolare italiano“ schon im Dezember des Jahres 1857 vorgeschlagen hatte, durchgeführt (vgl. BK, S. 94).<sup>29</sup>

Zur Verdeutlichung, welche öffentliche Gesinnung in diesen Jahren – in Bezug auf den Umgang mit der mehrsprachigen Realität des Kantons – vorherrschte, sind auch die Ausführungen in der Ausgabe des *Bündnerischen Monatsblattes* (BM) vom Dezember 1850 zu beachten. Sie geben ausführlich über die – vorwiegend sprachbedingte – missliche Ausgangslage der Schulbildung im Engadin Auskunft. Darin wird bekundet, dass die Engadiner Schulen – auch wenn sie sich in den letzten Jahrzehnten stark verbessert hätten – ihre Aufgabe noch lange nicht erfüllen könnten und viele Kinder aus dem Engadin ihre Bildung deshalb auswärts suchen müssten. Diese Umstände führten dazu, dass der engadinischen Jugend, Zugang zur Realabteilung an der Kantonsschule gestattet wurde. Wenn aber die „geringe Betheiligung an der Kantons-Realschule“ (BM Dez. 1850) und der „massenhafte Besuch von Privatschulen“ (ebd.) in und ausserhalb des Kantons in Betracht gezogen werde, so müsse daran gezweifelt werden, dass die Kantonsschule in Chur den Bedürfnissen aus dem Engadin entsprechen könne (ebd.).<sup>30</sup>

*„Abgesehen davon, dass die Kantonsschule ausser dem Gymnasium und der Realschule auch noch das Lehrerseminar in sich fasst, werden die Schwierigkeiten, die sich einer für alle gleichvortheilhaften Wirksamkeit entgegenstellen, auch noch dadurch vermehrt, dass sie neben den deutschen auch*

<sup>28</sup> Mit Admission war die Zulassung zur Lehrtätigkeit ad interim gemeint.

<sup>29</sup> Die Kurse fanden „1854, 1872 und 1887 im Puschlav, 1864 und 1868 in Roveredo, 1875 in Soazza und 1878 in Grono“ statt (BK, S. 94).

<sup>30</sup> An dieser Stelle soll erwähnt sein, dass die *Italianità* Graubündens auch von der Vorarbeit der Romanen (Romanischsprachige Bevölkerung Graubündens), welche sich bereits Ende des 18. Jahrhundert für ihre Sprache wehrten, profitieren konnte (vgl. Tscharner, S. 204ff.).

*Sprachfremde – italienische und romanische – Zöglinge für alle jene verschiedenen Zwecke ausbilden soll“* (BM Dez. 1850).

Das Erlernen der deutschen Sprache sei aber...

*„für den Engadiner von grösster Wichtigkeit, einerseits wegen der politischen Zugehörigkeit zu einem grösstentheils deutschen Staatsganzen, andererseits aber wegen der mannigfachen gewerblichen Beziehungen vieler Engadiner zu Deutschland. Viele sind nämlich der Ansicht der beste Weg zur Erlernung der deutschen Sprache sei der, den jungen Menschen in eine Lage zu bringen, in welcher er von der Muttersprache kein Wort mehr vernehme und sich mittelst derselben auch schlechterdings nicht verständlich machen könne“* (BM Dez. 1850).

Man müsse also...

*„von den meisten Schülern annehmen, dass sie bei ihrem Eintritt in die deutsche Schule nicht im Stande sind, ihre Kenntnisse, die ihnen in der Muttersprache mitgetheilt worden sind, deutsch auszudrücken. Diese Kenntnisse müssen daher vorerst als nicht vorhanden betrachtet werden. Der Schüler muss um des deutschen Ausdrucks willen sich wieder mit Dingen beschäftigen, die er längst schon begriffen hat, und wenn man sich nicht etwa mit blossen Gedächtnisformeln begnügen will, so wird er sehr lange dabei aufgehalten werden. Aller Unterricht, den er jetzt geniesst, hat also nur insofern einen Werth für ihn, als er dadurch in der deutschen Sprache gefördert wird“* (BM Dez. 1850).<sup>31</sup>

Die Ausführungen des Bündner Monatsblattes beziehen sich zwar auf das romanischsprachige Engadin. Für die italienischsprachigen Talschaften kann aber von einer noch prekäreren Situation ausgegangen werden. Seit jeher verfügten die italienischen Talschaften Graubündens über keine eigene für alle zugängliche Mittelschule. Insofern sah sich der grösste Teil der italienischsprachigen Bündner Jugend, welche einer mittleren oder höheren Bildung nachkommen wollte, gezwungen dies an der rein deutschsprachigen Kantonsschule in Chur zu tun. Die schulische Ausgangslage in den italienischsprachigen Südtälern unterschied sich nicht nur beträchtlich von der des deutschsprachigen Graubündens, auch die Situation innerhalb der vier Talschaften präsentierte sich in sehr unterschiedlicher Weise. Im Misox z.B. bestand seit 1747 das *Ginnasio de Gabrieli*, welches im Jahre 1855 als *Istituto Sant'Anna* weitergeführt wurde. Im Puschlav hingegen wurde seit 1830 das

<sup>31</sup> Die Erziehungs- und Unterrichtsanstalt zu Fettau, welche nach 47-jährigem Bestehen im Jahre 1840 geschlossen wurde, ist anlässlich der Feststellung der misslichen schulischen Verhältnisse im Engadin wiedereröffnet worden. Die Schule sollte den sprachlichen Bedürfnissen besser entgegenkommen und evtl. auf einen Wechsel an die Kantonsschule in Chur vorbereiten können (vgl. BM April 1851).

*Istituto Menghini* geführt. Das Bergell und das Calancatal verfügten über kein postelementares Schulangebot. Die Misoixer und Puschlaver Katholiken schickten ihre Nachkommen vorzugsweise in Tessiner oder Italienische Schulen. Das Bergell und die reformierte Gemeinschaft des Puschlavs wählten eher die Institutionen innerhalb des deutschsprachigen Kantonsgebiets (vgl. Pieth 1945, S. 459).

Die weiteren privaten Mittelschulen im Kanton, also die Lehranstalt in Schiers, die Klosterschule in Disentis, das Friderizianum in Davos, das Knabeninstitut in Zuoz oder das Töchterinstitut in *Fettan* stellten für die *Italianità* im Kanton keine wirkliche Alternative zur Kantonsschule in Chur dar (vgl. Pieth, S. 459ff.). Erst um die Wende des 19. Jahrhunderts erhielten die Talschaften, dank der Errichtung des Proseminars in Roveredo (1888) und der Einrichtung der italienischsprachigen Seminarabteilung (1891) eine adäquate schulische Wahlmöglichkeit und damit einen besser ausgebildeten Lehrkörper (vgl. BK, S. 92).<sup>32</sup>

Die Idee, Sekundarschulen im Kanton einzuführen um der prekären Ausgangslage bezüglich mittlerer und höherer Bildung entgegenwirken zu können, war 1852 nicht neu. Schon im Jahre 1844 hatte der Grosse Rat den Erziehungsrat damit beauftragt, sich mit der Möglichkeit einer solchen Einführung auseinanderzusetzen. Die Sekundarschulen würden den Zweck verfolgen, der männlichen Jugend Graubündens, welche sich der Landwirtschaft oder einem anderen Gewerbe zu widmen gedenke, diejenigen Kenntnisse beizubringen, welche zu ihrem Berufe erforderlich sind. Ausserdem seien sie möglicherweise in der Lage auch das geografische Distanzproblem zu entschärfen. Die Realabteilung der Kantonsschule indessen sollte höhere Beamte, Handelsleute und andere Geschäftsmänner auf ihren Beruf vorbereiten. Somit würde die Sekundarschule den niederen, die Kantonsschule den höheren Zweck einer Realschule verfolgen (vgl. BM Feb. 1852). Die Bemühungen um die Schaffung von Sekundarschulen fanden aber vorerst in eher zurückhaltender Weise statt, denn gemeindeeigene Sekundarschulen sollten unter keinen Umständen die Kantonsschule in Chur konkurrenzieren. So wurde erst im Jahre 1907 eine eigene „Verordnung für die bündnerischen Sekundarschulen“ erlassen (vgl. Metz 2000, S. 217).

Innerhalb der neugegründeten Sekundarschulen des Kantons konnte frei zwischen Französisch und Italienisch als Fremdsprache gewählt werden. Anlässlich des Ausbaus der Sekundarschulen wurde 1919 die Fremdsprachenfrage im Grossen Rat diskutiert. Von 57 Sekundarschulen unterrichteten

<sup>32</sup> Unter Kapitel 5.4 wird ausführlich über die Gründung des Proseminars Roveredo und die Einführung der *Sezione italiana* am Lehrerseminar in Chur berichtet.

damals 42 nur das Französische. Der Wunsch nach Veränderung dieses Umstands wurde dahingehend begründet, dass Italienisch eine Kantonssprache sei und die Sekundarschule, als Volksschule, den kantonalen Verhältnissen gerecht werden müsse. Trotz berechtigt erscheinender Argumente wurde Italienisch nicht zur obligatorischen Fremdsprache an den Sekundarschulen des Kantons bestimmt (vgl. BK, S. 72ff.).

Abgesehen von der schulischen Problematik in Bezug auf das postelementare Angebot im Kanton ist ausserdem festzuhalten, dass die italienischsprachigen Talschaften im Verlaufe dieser siebenzig Jahre nie in der Erziehungsbehörde oder im früheren Erziehungsrat vertreten waren, obwohl die eigenen Voraussetzungen und die sich daraus ergebenden besonderen Bedürfnisse die Anwesenheit eines solchen Vertreters gerechtfertigt hätten (vgl. Kap. 5.5). Auch in den anderen kantonalen Behörden fehlte für die Talschaften jene Vertretung, welche auf die Schwierigkeiten hätte aufmerksam machen können. So wurde Jahrzehnte lang ohne richtiges Echo im Kantonsinnern intertalschaftlich, d.h. innerhalb der vier italienischsprachigen Talschaften diskutiert, weil man sich ansonsten einer fremden Sprache hätte bedienen müssen, welche nur „die Wenigsten recht handhaben“ (BK, S. 27) konnten. Die Talschaften verblieben bis weit ins 20. Jahrhundert mit nur sehr wenigen und nur bescheiden ausgestatteten Bibliotheken, mit kaum eigenen Werken, mit nur einzelnen wöchentlichen Presseblättern, welche nur mit grossen finanziellen Opfern erhalten werden konnten, völlig abseits des kantonalen Hauptgeschehens (ebd.).

#### 4.4 Die Ära Zandralli – Prolog

Die vier italienischsprachigen Talschaften bilden keine geografische Einheit, sondern sind durch tiefe Einschnitte anderssprachigen oder fremdländischen Bodens voneinander getrennt. Der kürzeste Weg zwischen den einzelnen Tälern führte im 19. Jahrhundert über italienisches Landesgebiet (vgl. BK, S. 12). Eine solche Entfernung innerhalb der Talschaften selbst, machte auch eine Verbindung untereinander äusserst schwierig. Aus diesen Jahren sind nur wenige Kontakte zwischen den Talschaften zu belegen und diese beschränken sich vor allem auf solche von der „Regierung auf dem Gebiete der Lehrerbildung“ (a.a.O., S. 13) durchgeführten Veranstaltungen. Diesbezüglich sind vor allem die, in allen italienischsprachigen Talschaften angebotenen und von Puschlaver und Bergeller Lehrern geleiteten Kurse, als initiale intertalschaftliche Begegnung zu nennen (ebd.). Erst mit der Gründung der Vereinigung *Pro Grigioni Italiano* (PGI) im Jahre 1918 setzte schliesslich eine erste intentionale Annäherung der Talschaften ein (ebd.).

#### 4.4.1 Die Pro Grigioni Italiano

Der historische Abriss zur schulischen und wirtschaftlichen Stellung der italienischsprachigen Talschaften verdeutlicht, dass die rezipierten Missstände insbesondere vor dem Hintergrund eines Vergleichs zum wirtschaftlich bessergestellten deutschsprachigen Kantonsinnern zu verstehen sind. Es war gerade die Gegenüberstellung der eigenen Ausgangslage zu den Verhältnissen des Kantonsinnern, welche als Motor emanzipativer Haltungsweisen und Entwicklungen fungierte.

Vor diesem Hintergrund ist folglich auch die Motivation zur Gründung der Vereinigung PGI zu verstehen. Die PGI wurde am 11. Februar 1918 von Arnaldo Marcelliano Zandralli gegründet. Zandralli wollte sich „*per il bene della sua gente*“ (Boldini 1968, S. 4) einsetzen und ein Gefäss politischer Stimme für die *Italianità* erschaffen.<sup>33</sup>

In der Ausgabe des *Almanacco dei Grigioni*<sup>34</sup> des Jahres 1957 sind die von Zandralli rezipierten Missstände in den Talschaften in stark politischer Formulierung ausgeführt. Zandralli betont darin, dass die Talschaften über Jahrzehnte lang nicht an den Errungenschaften des neuen, pulsierenden Lebens im Kantonsinnern partizipieren konnten. Sie seien rein sprachbedingt von jeglichem kulturellen und politischen Mitspracherecht ausgeschlossen gewesen. Bestrebungen um ein Solches hätten die absolute Disziplin dieser kleinsten Landesteile erfordert. Dies sei umso schwieriger gewesen, da diese sich untereinander gar nicht erst wahrgenommen hätten. Die Talschaften seien somit auf demographischer, kultureller und ökonomischer Ebene verelendet und hätten noch weit Schlimmeres erleben müssen, wenn nicht die Bewegungen um die kulturallinguistischen Selbstverständnisdiskussionen innerhalb der Eidgenossenschaft aufgekommen wären (vgl. AGI 1957, S. 38). Der konstitutive Gründungsauftrag der PGI kann insofern nur vor dem Hintergrund dieser Auffassung Zandrallis verstanden werden. Dieser verdeutlicht, dass die Bemühungen der PGI vorerst auf kantonaler Ebene ansetzen sollten (a.a.O., S. 8). Im ersten Statut der PGI wurden unter Art. 2 die Zielsetzungen der Vereinigung festgehalten:

„L'associazione si propone di favorire:

- a) ogni miglior intesa fra le Valli italiane e l'interno del Cantone e un più vivo attaccamento vicendevoles;
- b) ogni miglior contributo di vita nostra valligiana, alla vita cantonale;

<sup>33</sup> Aufgrund Zandrallis Wohnortes in Chur muss der Vergleich der Situation in den Talschaften zur ebensolchen im Kantonsinnern für ihn in beträchtlich verschärfter Weise zutage getreten sein.

<sup>34</sup> Die Zeitschrift *Almanacco dei Grigioni* wurde 1918 von der PGI gegründet.

- c) ogni miglior condizione di vita nelle valli e ogni studio che ad esse torni di lustro o di profitto“ (statuto-regolamento PGI, Art. 2, 1918, In: Boldini 1987, S. 23).<sup>35</sup>

In bestem Bewusstsein, dass in den Talschaften noch kein unifizierendes Selbstverständnis eines solidarischen *Grigionitaliano*<sup>36</sup> vorhanden war, richteten sich die initialen Bestrebungen der PGI gerade darauf aus.

In erster Linie sorgte man für eine äquivalente Vertretung der Talschaften im *comitato direttivo*<sup>37</sup> der Vereinigung und mit einem bescheidenen Anfangsbetrag von 2 Fr. Mitgliedbeitrags, welcher für Mitglieder mit Wohnsitz in den Talschaften um die Hälfte reduziert war, wurde zudem ein niederschwelliger Vereinsbeitritt sichergestellt (vgl. Boldini, S.11).<sup>38</sup>

Die Aktivität der Vereinigung PGI lässt sich in Anlehnung an Zandralli in drei Phasen einteilen. Für den in dieser Masterarbeit relevant gesetzten Zeitraum ist nur die erste Phase von 1918 bis 1931 von Bedeutung.<sup>39</sup> Diese wird in mehrere Wirkungsbereiche aufgeteilt und verdeutlicht das Operieren der PGI auf unterschiedlichen Ebenen. Im Rahmen kultureller Bemühungen wurde – wie erwähnt – bspw. der *Almanacco dei Grigioni*<sup>40</sup> gegründet. Das Periodikum zielte darauf:

„a far meglio conoscere tanto a noi quanto ad altri la gente nostra le nostre aspirazioni le nostre condizioni di vita le nostre vicende e così a risvegliare nell'interno del Cantone un più vivo interesse per queste nostre terre di confine, nelle Valli l'attaccamento vicendevoles“ (AGI 1919, S. 3).<sup>41</sup>

Die PGI untersuchte ausserdem die kulturellen und schulischen Problematiken<sup>42</sup> der Talschaften, organisierte kulturelle Konferenzen, künstlerische Ausstellungen und lud zu literarischer und

<sup>35</sup> In freier deutscher Übersetzung der Autorin: „Die Vereinigung beabsichtigt: a) das bessere Verständnis der Talschaften und dem Kantonsganzen und eine gegenseitige Verbundenheit, b) die ausgeweitete Teilhabe der Talschaften am kantonalen Leben, c) jegliche Bedingung, welche zur Verbesserung der talschaftlichen Lebensverhältnisse beiträgt und jegliches Studium, das den Talschaften Ruhm oder Ertrag bringen könnte, zu fördern“.

<sup>36</sup> Zur Herausbildung des Selbstverständnisses *Grigionitaliano* wird in Kap. 5.5 in den Ausführungen zur dritten Emanzipationsphase ausführlich Bezug genommen.

<sup>37</sup> In freier deutscher Übersetzung der Autorin: Vorstand.

<sup>38</sup> Im Jahre 1920 sprach der Grosse Rat der PGI einen einmaligen Unterstützungsbetrag von 3000 Fr. zu. Erst ab dem Jahre 1926 legte das kantonale Parlament schliesslich einen jährlichen Subventionsbetrag von 500 Fr. fest (vgl. Boldini, S. 26).

<sup>39</sup> Die zweite Phase legte Zandralli von 1931-1942 und die dritte ab 1942 fest (vgl. AGI, S. 33ff.).

<sup>40</sup> Die Zeitschrift wurde als *Almanacco dei Grigioni* gegründet und wurde im Jahr 1967 zum *Almanacco del Grigioni Italiano* umbenannt (vgl. Boldini, S. 25).

<sup>41</sup> In freier deutscher Übersetzung der Autorin: „uns und den Anderen unsere Leute, unsere Bestrebungen, unsere Lebensverhältnisse, unsere Ereignisse vorzustellen und so im Kantonsinnern ein lebendigeres Interesse für diese unseren Landsteile, und innerhalb der Talschaften eine gegenseitige Verbundenheit, zu erwecken“.

kultureller Aktivität ein. Das Wirken der PGI auf ökonomischer Ebene bezog sich auf die Darlegung landwirtschaftlicher und handwerklicher, sowie auf verkehrs- und hydrotechnische Schwierigkeiten in den Talschaften. Auf politischer Ebene setzte sich die PGI dafür ein, dass in allen Behörden und in den öffentlichen kantonalen Verwaltungen eine Repräsentanz Italienischbündens gewährleistet wurde. Ausserdem postulierte sie Italienisch als Pflichtschulfach an allen Sekundarschulen des deutschsprachigen Kantonteils. Auf nationaler Ebene engagierte sie sich Ende der 1920er-Jahre dafür, die *Rivendicazioni Grigionitaliane*<sup>43</sup> neben die *Rivendicazioni Ticinesi*<sup>44</sup> zu stellen und forderte die Gleichbehandlung dieser innerhalb der Eidgenossenschaft. Sie pflegte im Allgemeinen jedes das Selbstverständnis kräftigende Mittel. Diese erste bewegte Phase der PGI endete mit zwei bedeutenden Errungenschaften; die Vorstellung einer intertalschaftlichen Delegation bei der Regierung im Jahr 1930<sup>45</sup> und die Gewährung erster kultureller Subventionsbeiträge seitens des Bundes im Jahr 1931 (vgl. AGI, S. 33ff.).

Die heutige PGI besteht aus drei Sektionen in den Talschaften, wobei diejenige des *Moesano*<sup>46</sup>, sowohl das Misoix, als auch das Calancatal abdeckt. Zudem hat die PGI neun Sektionen ausserhalb Italienischbündens inne, welche in der übrigen Schweiz – in Basel, Bern, Chiasso, Chur, Davos, Lugano, Bellinzona, in der Westschweiz und in Zürich – verteilt sind (vgl. Adobati 2007, S. 21ff.).

#### 4.4.2 Die Pro Grigioni Italiano

Arnoldo Marcelliano Zandralli wurde am 4. August 1887 in Roveredo geboren. Dort verbrachte er seine gesamte Primarschulzeit und besuchte darauffolgend das Proseminar in seinem Heimatdorf. Im Jahre 1902 kam er nach Chur und besuchte während zwei Jahren das Lehrerseminar an der Kantonsschule. In Bern erwarb er 1907 ebenso das Sekundarlehrerpatent. Darauffolgend studierte er Pädagogik und Philosophie in Jena und Florenz und beendete 1909 seine akademischen Studien mit

<sup>43</sup> In Bezug auf die schulischen Bestrebungen sind bspw. die Reorganisation des Schulinspektorates in den Talschaften und die Bemühungen um eine italienischbündnerische Vertretung in der kantonalen Erziehungskommission zu nennen (vgl. Boldini, S. 11). Diese Entwicklungen werden unter Kapitel 5.5 genauer ausgeführt.

<sup>44</sup> In freier deutscher Übersetzung der Autorin: Italienischbündnerische Forderungen.

<sup>45</sup> Die *Rivendicazioni Ticinesi* erfolgten ebenso über die Vereinigung der *Pro Ticino*. Die Gründung der *Pro Ticino* geht aufs Jahr 1915 zurück (vgl. <http://www.proticino.ch/chi-siamo/la-nostra-storia/> (16.6.2015).

<sup>46</sup> Vgl. hierzu Boldini 1987, S. 28.

<sup>47</sup> Die Bezeichnungen „il Moesano“ und „Moesa“ fassen sowohl das Misoix, als auch das Calancatal zusammen und werden in dieser Form vorwiegend in jüngeren Publikationen verwendet.

dem Dokortitel in Italienischer und Französischer Literatur in Bern. Seine Dissertation 1910 stellte den Anfang seiner umfangreichen publizistischen Tätigkeit dar (vgl. AGI 1957, S. 28). Im darauffolgenden Jahr übernahm Zandralli die Stellvertretung des erkrankten Sprachenlehrers Prof. Gadiant an der Bündner Kantonsschule und wurde Ende Schuljahr unter Rektor Jecklin schliesslich als Italienisch- und Französischlehrer amtlich an die Kantonsschule gewählt. An der BKS unterrichtete Zandralli – von 1911 bis 1953 – 42 Jahre lang. Gemeinsam mit Prof. Emilio Gianotti u.a. widmete er sich dem muttersprachlichen Unterricht an der *Sezione italiana* des Schullehrerseminars der BKS (vgl. Kap. 5.3). Zandralli setzte sich ebenso für die ordentliche Berücksichtigung des Italienischen innerhalb der anderen Abteilungen der Kantonsschule ein. Der Pfarrer Sergio Giuliani, ehemaliger Schüler von Zandralli, schrieb im *Almanacco* des Jahres 1957:

*„Tutti gli studenti delle nostre valli che frequentarono la scuola cantonale dall’11 al 53, ebbero quale docente [...] lo Zandralli. [...], ma si può e si deve dire che per la scuola ha dato le sue migliori forze ed energie. E con vera passione si è impegnato per ottenere il sempre maggior riconoscimento alla Sezione italiana della nostra normale“* (AGI, S. 28ff.).<sup>47</sup>

Zandrallis Bemühungen reichten weit über die Kantonsschule hinaus. Der Misoixer engagierte sich an Konferenzen, in Kommissionen und vor den Bündner Behörden für die Italienische Sprache und gründete 1918 – wie erwähnt – die Vereinigung *Pro Grigioni Italiano*, welche er bis an sein Lebensende leitete (vgl. SP BKS 1952/53, S. 5).

Während zwei Jahrzehnten – von 1918 bis 1938 – redigierte Zandralli die jährlich herausgegebene Zeitschrift *Almanacco dei Grigioni*. Ebenso gründete und gestaltete er das vierteljährlich erscheinende kulturell-wissenschaftliche Periodikum *Quaderni Grigionitaliani* mit. Daneben pflegte er innerhalb, aber auch ausserhalb des Kantons eine rege Vortragstätigkeit und publizierte eine beachtliche Reihe von Schriften vorwiegend zu historischen bzw. kunsthistorischen Thematiken. Am 29. April 1957 würdigte die Universität Zürich Zandrallis Schaffen mit dem Ehrendokortitel. Die darauffolgenden Jahre waren für Arnoldo Marcelliano Zandralli von schwerer Krankheit geprägt, welcher er am 10. Juni 1961 schliesslich erlag (vgl. Boldini 1987, S. 102).

<sup>48</sup> In freier deutscher Übersetzung der Autorin: „Alle Studenten unserer Talschaften, welche die Kantonsschule vom (Jahr) 11 bis zum 53 besuchten, hatten als Dozenten den Zandralli. Man kann oder muss sagen, dass er für die Schule seine besten Kräfte und Energien gab. Und mit echter Leidenschaft hat er sich bemüht, immer die beste Anerkennung für unsere italienischsprachige Abteilung zu erhalten“.



Abb. 1. Portrait des Siebzigjährigen Arnoldo Marcelliano Zandralli. (StAGR, Signatur, StG RS 11).

## 5 Die Bündner Kantonsschule – eine Fallstudie

### 5.1 Die Vereinigung der evangelischen und katholischen Kantonsschule

Bis Anfang der 1840er-Jahre unterstand das bündnerische Schulwesen drei verschiedenen Behörden, zwei Kantonsschulräten und einem Erziehungsrat für die Elementarschulen. Letzterer verfügte aber über keine Entscheidungsbefugnisse (vgl. Pieth, S. 384). Das Jahr 1843 war in diesem Zusammenhang und im Hinblick auf eine Vereinigung der Kantonsschulen dahingehend bedeutend, als dass der Grosse Rat beschloss, die Aufstellung eines gemeinsamen Erziehungsrates beider Konfessionen zu bewilligen. Zwar bestand schon seit vorherigen Jahren eine solche gemeinsame Behörde, wobei diese aber keinen direkten Bezug zur BKS hatte (vgl. GdBeK, S. 12). So wurde am 19. Juni 1844 – trotz grosser bischöflicher Auflehnung – in überwiegender Mehrheit der Beschluss des Grossen Rates über die Aufstellung eines gemeinsamen Erziehungsrates unter Art. 1 KV/GR folgendermassen gesetzlich verankert:

*„Das gesamte Schulwesen des Kantons, namentlich die beiden Kantonsschulen und das Volksschulwesen mit Einschluss der öffentlichen von Privaten unternommenen Lehr- und Erziehungsanstalten, mit Ausnahme jedoch des bischöflichen Priesterseminars, wird einem*

*gemeinschaftlichen Erziehungsrath in dem Sinne übertragen, dass dieser alle Zweige des bürgerlichen oder weltlichen Unterrichts gemeinschaftlich zu leiten und zu beaufsichtigen habe, dass dagegen die Behandlung der auf den kirchlichen und religiösen Unterricht bezüglichen Fragen, sobald der eine Confessionstheil jener Behörde sie als solche erklärt, der betreffenden confessionellen Section abgesondert zukomme, und dass der katholische Theil in letzterer Beziehung die dem hochw. Bischöflichen Ordinariate laut kirchlichen Gesetzen zustehenden und anerkannten Rechte ungeschmälert fortbestehen lasse“* (GdBeK, S. 15).

In den folgenden Jahren wurden im Zusammenhang mit der neu gegründeten Behörde und der Unterhaltung zweier konfessionell getrennten Kantonsschulen Beschwerden verschiedener Parteien eingereicht, welche sich über überfüllte Klassen und fehlende Räumlichkeiten, ungleich verteilte Schulkosten und unterschiedliche Lehrerbesoldung beklagten (a.a.O., S. 19). Eine weitere Schwierigkeit stellten auch die zu unterschiedlichen Zeitpunkten festgelegten Schulferien dar. Während die Ferien der evangelischen Kantonsschule von Mitte Juli bis Anfang September dauerten, begannen die der katholischen Kantonsschule auf St. Luzi erst einen Monat später und dauerten zwei ganze Monate. Dies führte dazu, dass Lehrpersonen, welche an beiden Schulen unterrichteten, beinahe keine Ferien hatten (ebd.).

Aus den ebengenannten aufgetretenen Schwierigkeiten resultierte ein immer grösseres Angleichungsbedürfnis, welches sich vor allem in den Entscheidungen des Erziehungsrates manifestierte. Insofern wurde Anfang 1846 auch beschlossen, dass die Bibliotheken beider Kantonsschulen von den Lehrern, ohne Berücksichtigung der Konfessionen, benutzt werden durften (a.a.O., S. 30).

Im selben Jahr wurde in der Landesbehörde erstmals über eine Vereinigung der beiden Kantonsschulen gesprochen. Erst anlässlich einer ausserordentlichen Sitzung des Grossen Rates im März 1848 machte ein Mitglied darauf aufmerksam...

*„dass durch eine übertriebene Ausscheidung der Zöglinge beider Kantonsschulen die confessionellen Vorurtheile schon in das Herz der Jugend gepflanzt würden“* (GdBeK, S. 31).

Der Grosse Rat beschloss demzufolge:

*„Der Gr. Rath hält dafür, dass ein gemeinsamer Unterricht im Exerciren und Turnen, so wie in Chemie und Physik für die Zöglinge beider Kantonsschulen sehr zeitgemäss und wünschbar sei; der Erziehungsrath wird demnach beauftragt, bis zur diesjährigen ordentlichen Grossrathsversammlung zu*

*begutachten, in welcher Weise und zu welchem Zeitpunkte eine solche Vereinigung ins Leben zu rufen sei“ (GdBeK, S. 31).*

Kräftiger Widerstand gegen eine Vereinigung der Kantonsschulen, wurde vor allem von den Mitgliedern der katholischen Gemeinschaft geleistet.<sup>48</sup> Diese befürchteten, dass eine Vereinigung die unvermeidbare Folge mit sich ziehen würde, dass die Katholiken ihre Söhne nicht in diese Anstalt, sondern lieber in auswärtige Jesuitenschulen schicken würden (a.a.O., S. 32). Am Ende des Jahres 1848 wurde im Erziehungsrat anlässlich des grossrätlichen Auftrags Möglichkeiten zur Vereinigung der Kantonsschulen zu prüfen, auch über die schwierige Situation in romanisch- und italienischsprachigen Gegenden debattiert:

*„Auch ausserdem fehle es nicht an Bedenken und Schwierigkeiten; dahin gehöre z.B. die mangelhafte Schulbildung der Katholiken, namentlich aus romanischen und italienischen Gegenden, wo auch für die deutsche Sprache weniger geschehe, als in den dortigen Schulen evangelischer Confession“ (GdBeK, S. 33).*

Die Schulbehörde wandte sich aufgrund dieser umfangreichen Diskussionen mit folgender Erklärung wieder an den Grossen Rat:

*„Der Erziehungsrat theile die in jener ihm vorgelegten Frage liegende Ansicht der obersten Landesbehörde, dass die beiden Kantonsschulen mit der Zeit vereinigt werden sollen, und werde unentwegt auf die Verwirklichung derselben hinarbeiten; dagegen halte er es nicht für rathsam und namentlich nicht im Interesse des kathol. Schulwesens liegend, eine vollständige Vereinigung schon jetzt eintreten zu lassen“ (GdBeK, S. 33).*

Damit war beschlossen, dass der definitive Entscheid über eine Vereinigung der Schulen bis zur nächsten ordentlichen Versammlung des Grossen Rates aufgeschoben wurde. Die Bundesrevision entzog dem Kanton Graubünden im Jahre 1847 einen bedeutenden Teil seiner bisherigen Einkünfte. Dies führte dazu, dass schon im Juni 1848 über die Einführung eines neuen Steuersystems debattiert wurde. Die regelmässigen Ausgaben des Kantons wurden einer genauen Prüfung durch den Kleinen Rat und die Standeskommission unterzogen (ebd.).

Die missliche finanzielle Lage Graubündens, welche sich u.a. aus dem Wegfall der bisherigen Zölle auftat, machte in logischer Folge auch wieder auf die teure Ausgangslage mit zwei konfessionell getrennten Kantonsschulen aufmerksam (vgl. Metz 1991, S. 69). Am 4. November 1849 überbrachte

<sup>48</sup> Die Gegensätze zwischen Katholiken und Protestanten traten dieser Zeit auch aufgrund der Sonderbundereignisse in verschärfter Weise zutage (vgl. Pieth, S. 385).

die Standeskommission dem Erziehungsrat den Auftrag, ihr eine genaue Berechnung der Kosten einer vereinigten Kantonsschule und den damit verbundenen Ersparnissen zu unterbreiten. Das *corpus catholicum* ernannte daraufhin eine Kommission, welche die in Aussicht gestellten Geldmittel aufzubringen versuchen sollte. Tatsächlich versprach die bischöfliche Kurie den nötigen jährlichen Zuschuss zu leisten, knüpfte diesen aber an drakonische Bedingungen. So sollten bspw. alle bisher vereinigten Unterrichtsfächer wieder getrennt und der paritätische Erziehungsrat durch eine eigene katholische Schulbehörde ersetzt werden. Die Standeskommission schlug am 23. Mai 1850 dem Grossen Rat vor, die Aufhebung beider Kantonsschulen und die Gründung einer neuen, den Bedürfnissen des Landes entsprechenden paritätischen Anstalt für beide Landesteile zu gründen (GdBeK, S. 36ff.). Am 26. Juni 1850 entschied der Grosse Rat mit einer Mehrheit von 48 Stimmen schliesslich die definitive Vereinigung beider Kantonsschulen:

*„Es soll die Vereinigung beider Kantonsschule stattfinden. Herr Landammann Depouz erklärte zu Protokoll zu diesem Beschluss nicht gestimmt, vielmehr dagegen als einen Eingriff in die konfessionelle Freiheit Verwahrung eingelegt zu haben“ (GRV 26. Juni 1850).*

Schon am darauffolgenden 17. September 1850 begann das erste Schuljahr an der vereinigten Kantonsschule. Der Erziehungsrat beschloss vor allem aus finanziellen und die Konfessionsfrage respektierenden Gründen, jegliche Feierlichkeiten zur Eröffnung zu unterlassen, informierte jedoch das Volk über die Neuerungen der Einrichtung mittels eines in den drei Landessprachen verfassten Schulprogramms (vgl. GdBeK, S. 42). Die neue Kantonsschule zählte im ersten Schuljahr insgesamt 266 Zöglinge, darunter 56 Katholiken (davon nur 43 bündnerische) und 202 Reformierte. Die viel geringere Anzahl katholischer Jugendlicher zeigte deutlich den Widerstand der katholischen Geistlichkeit auf (a.a.O., S. 43). Der Bischof hatte dem Vereinigungsbeschluss zufolge einen Hirtenbrief an alle Bistumsgenossen erlassen, welcher vom Besuch der paritätischen Schule in dringender Weise abriet. Mit geringen Anpassungen wurde die Organisation der ehemaligen evangelischen Kantonsschule von 1848 auch für die neue Anstalt übernommen. So führte die neue paritätische Kantonsschule die drei Haupttrichtungen, Gymnasium, Realschule und Schullehrerseminar in gehabter Form weiter. Der Gymnasialunterricht stand, wie in der übrigen Deutschschweiz, unter starkem Einfluss des deutschen Neuhumanismus und wurde in sechs Jahreskurse aufgeteilt (vgl. Arquint 1984, S. 19).



Die Realabteilung hingegen konnte in vier Jahreskursen absolviert werden und diente der Vorbereitung auf praktische und kaufmännische Berufe.<sup>49</sup> Sie war vor der Einführung der Sekundarschulen im Kanton stärker frequentiert als die Gymnasiums- und Seminarabteilung der Schule (ebd.). Die dritte Abteilung der vereinigten Kantonsschule, das Schullehrerseminar, wurde wie die Realabteilung in vier Jahreskursen durchlaufen und blieb als einzige der Kantonsschulabteilungen bis zur Jahrhundertwende im Nikolaischulhaus in Chur untergebracht. Als der Vereinigung entsprungenes neues Lehrfach wurde die Instrumentalmusik, mit Vorzug des Orgelspiels, eingeführt. Die Religion und die mittlere und neuere Geschichte wurden nach Konfessionen getrennt gelehrt (vgl. BM Sept. 1850). Weiterhin konfessionell getrennt blieben von 1850 bis 1856 auch die beiden Konvikte, die im neuen Kantonsschulgebäude eingerichtet waren. In der Hausordnung vom 1. Dezember 1852 für die im Konvikt auf St. Luzi und im Schullehrerseminar wohnenden Kantonsschüler ist unter Paragraf 14 niedergeschrieben:

*„Den italienischen und romanischen Schülern ist es untersagt, sich in der gewöhnlichen Unterhaltung ihrer Muttersprache zu bedienen, eine Ausnahme hiervon zu machen ist nur den Präparanden im ersten Vierteljahr gestattet“* (Bazzigher 1904, S. 107).

Schon in der Lehrerkonferenz der evangelischen Kantonsschule von 1835 tauchte der Vorschlag der sogenannten *Präparandenklasse* auf, welche dazu dienen sollte, die *„grosse Verschiedenheit der eintretenden Schüler möglichst auszugleichen“* (GdBeK, S. 3) und die unteren Klassen aufgrund ihrer umfangreichen Schüleranzahl zu entlasten. Dieser wurde vom Schulrat erst zwei Jahre später wieder aufgenommen und dahingehend präzisiert:

*„Es ward zugestanden, dass eine solche Vorstufe nothwendig sei für Schüler aus romanischen Gemeinden, die in ihren Dorfschulen keine Gelegenheit fänden, sich die erforderlichen Vorkenntnisse im Deutschen zu erwerben; und mit Rücksicht auf diese vereinigte man sich zu dem Antrage, provisorisch für ein Jahr eine solche Klasse herzustellen, worin von einem tüchtigen Volksschullehrer alle Lehrgegenstände einer wohl ausgestatteten Gemeindeschule behandelt würden; werde dann die Klasse nicht hinreichend besucht, so könne man sie ohne weitem Nachtheil wieder fallen lassen“* (GdBek, S. 26).

<sup>49</sup> Die Realabteilung wurde 1864 in eine untere und obere Realabteilung aufgeteilt, wobei Erstere eine dreijährige allgemeine Vorbildung für die weitere Schulung zum praktischen Leben vermitteln sollte. Die obere Realschule wurde hingegen als zweijährige technische bzw. merkantile Abteilung geführt (vgl. SP BKS 1868/69, S. 9).

Auch die Konferenz der katholischen Kantonsschule<sup>50</sup> befürwortete die dringende Einrichtung von Vorbereitungsklassen an der vereinigten Kantonsschule (a.a.O., S. 27).

### 5.1.1 Die *Italianità* vor der Vereinigung

Schon vor der Vereinigung der beiden konfessionell getrennten Landesanstalten stellte die Sprachenfrage eine grosse schulische Herausforderung für die italienischsprechende Schülerschaft dar. Von Anfang an fand der gesamte Unterricht in beiden Anstalten in deutscher Sprache statt. Nichtsdestotrotz bestand schon in den 1830er-Jahren in beiden Kantonsschulen ein gewisses Bewusstsein dafür, dass die Behörden die Vielseitigkeit des Kantons allzu leicht zu vernachlässigen schienen. In Zusammenhang mit der evangelischen Kantonsschule sei der Eintritt in die Landesanstalt, welcher von einer durchwegs sehr ungleichen und teilweise mangelhaften Vorbildung der Schülerschaft geprägt war, oder die nicht ausreichende Berücksichtigung der Vielheit der Sprachen im Kanton zu nennen (vgl. Pieth, S. 379). Italienischsprechende mussten folglich bereits bei Eintritt in die Schule versuchen, die sprachliche Hürde mit viel zusätzlichem Zeitaufwand und Fleiss zu überwinden, um überhaupt dem allgemeinen Unterricht folgen zu können. Trotz der ihr gestellten Hürden war die *Italianità* an beiden Kantonsschulen von Beginn an vertreten. Die ersten zwei italienischsprachigen Schüler an der evangelischen Landesanstalt in Chur 1804/1805 waren zwei Bergeller Tommaso Gianotti von Soglio und Agostino Santi von Stampa (vgl. Michel 1954, S. 22).

Es ist davon auszugehen, dass die sprachbedingten Umstände dieser Jahre von den italienischsprachigen Schülern unzweifelhaft als bedrückend erlebt werden mussten.

Die katholische Landesschule, welche von 1833 bis 1842 in Disentis geführt wurde, erschien bezüglich der sprachlichen Problematik im Kanton etwas fortschrittlicher. Insofern kannte sie schon früh eine *Präparandenabteilung* mit Deutschunterricht für Knaben, welche nachher in die Mittelschule eintreten wollten. Auch als die katholische Schule ins Priesterseminar nach Chur verlegt wurde, blieb die *Präparanda* mit besonderer Berücksichtigung des Deutschunterrichtes in dieser Form bestehen, auch weil die Mehrzahl der katholischen Bevölkerung im Kanton italienisch- oder romanischsprechend war (vgl. Caliezi 1950, S. 177).

<sup>50</sup> An der katholischen Landesschule wurde eine Präparandenabteilung bereits seit 1833 geführt.

### 5.1.2 Die *Italianità* nach der Vereinigung

Die *Italianità* an der Kantonsschule blieb auch nach der Vereinigung der beiden Landesschulen eine sehr kleine Minderheit. In Bazzighers Ausführungen können für bestimmte Jahre die genauen Schülerzahlen nach Schulrichtung verfolgt werden. So verliessen bspw. von 1855 bis 1903 lediglich 15 italienischsprechende Knaben die Schule als Abiturienten<sup>51</sup>, zwei absolvierten die technische Abteilung<sup>52</sup> und lediglich ein Schüler schloss die Handelsschule<sup>53</sup> ab. Für das Schullehrerseminar präsentierte sich die Zahl italienischsprachiger Schüler, welche ein Diplom erreichten, folgendermassen: Bis zur Gründung des Proseminars Roveredo im Jahre 1888 konnten lediglich 29 Jünglinge von insgesamt 698 ein Lehrerdiplom erlangen.<sup>54</sup> Mit der Einrichtung des Seminars im Misox und der Einrichtung der *Sezione italiana* an der BKS stiegen die Absolventenzahlen der Seminaristen (vgl. Kap. 5.4). Als Lehrer der italienischsprachigen Schülerschaft wirkten von 1850 bis in die 1920er-Jahre 16 Lehrpersonen.<sup>55</sup>

Die Handhabung der Sprachenfrage an der Schule war mit einem langjährigen Entwicklungsprozess verbunden. Nach der Vereinigung ging es in erster Linie darum, Schülern italienischer und romanischer Muttersprache einen zusätzlichen Deutschunterricht zu bieten, welcher ihnen zu verbessertem Verständnis des Regelunterrichts an der Schule verhelfen sollte (vgl. Arquint, S. 20). Somit wurde – wie bereits erwähnt – neben dem Konviktleben auch die *Präparandenklasse* als Vorbereitungsschule für nicht deutschsprachige Schüler von der katholischen Kantonsschule in die vereinigte Kantonsschule übernommen. Die Vorbereitungsklasse wurde zwar nur ungern übernommen und man trachtete danach, sich dessen bald wieder entledigen zu können, da sie ein „*unerfreuliches und teures Anhängsel*“ (vgl. Caliezi, S. 178) darstelle. Gerade auch anlässlich der

<sup>51</sup> Der erste Abiturient wird am Gymnasium im Jahr 1855 genannt, dann folgen in grossen zeitlichen Abständen: 1857 ein Schüler, 1871 ein Schüler, 1879 ein Schüler, 1885 ein Schüler, 1888 ein Schüler, 1890 ein Schüler, 1892 zwei Schüler, 1894 zwei Schüler, 1897 ein Schüler, 1899 ein Schüler, 1900 ein Schüler, 1902 ein Schüler, 1903 ein Schüler. Insgesamt sind es acht Puschlaver, acht Bergeller (vgl. Bazzigher, S. 216ff.).

<sup>52</sup> Auf eine Gesamtzahl von 118 Schülern haben ein Misoxer (1889) und ein Bergeller (1901) die technische Maturitätsprüfung bestanden (vgl. Bazzigher, S. 229ff.).

<sup>53</sup> Von insgesamt zehn eingeschriebenen Schülern italienischer Muttersprache absolvierte lediglich ein Misoxer (1903) die Handelsschule (vgl. Bazzigher, S. 234). Was mit den anderen geschah, konnte der statistischen Übersicht nicht entnommen werden. Es ist anzunehmen, dass diese Zöglinge die Schule wieder verlassen hatten.

<sup>54</sup> Auf die Talschaften verteilt waren das zwei Misoxer, 14 Bergeller und 13 Puschlaver (vgl. Bazzigher, S. 235ff.).

<sup>55</sup> Georg Battaglia (1850-1864), Theodor Veraguth (1850-1865), Johannes Maurizio (1853-1862), Franz Constantin Rampa (1863-1864), Luigi Zanetti (1864-1871), Hieronymus Lorez (1870-1880), Johannes Bazzigher (1871-1912), Giovanni Andrea Scartazzini (1871-1874), Giovanni Lardelli (1874-1896), Jakob Candreia (1876-1883), Johannes Mader (1880-1896), Silvio Maurizio (1891-1899), Vittorio Barbato (1896-1904), Balser Puorger (1896-1936), Emilio Gianotti (1899-1933) und Arnoldo Marcelliano Zandralli (1911-1953) (vgl. Bazzigher, S. 205ff.).

Bestrebungen zur Gründung von Sekundarschulen im Kanton sei sie möglichst schnell abzuschaffen, da sie nur dazu diene „*des Deutschen unkundige(n) romanische(n) oder italienische(n) Knaben Deutsch zu lehren*“ (BM Feb. 1852) und nicht einmal diejenigen Kenntnisse voraussetze, welche in einer mittelmässigen Gemeindeschule erlernt werden können (ebd.).

Das Schuldirektorium wurde mehrmals vom Erziehungsrat mit der Prüfung beauftragt, ob die kostspielige *Präparandenklasse* nicht wieder abgeschafft werden könne, denn Gemeinden mit schwächeren Schulen würden sich damit in falscher Sicherheit wiegen und sich entsprechend weniger um eine solide Bildung der Schüler bemühen (vgl. Bazzigher, S. 108ff.). Tatsächlich wurde die Vorbereitungsklasse nur vier Jahre nach der Vereinigung der Kantonsschule wieder abgeschafft, um dann zwei Jahre später für längere Zeit wieder eingeführt zu werden.<sup>56</sup> Dem Schulprogramm des Jahres 1866/67 folgend, zeichnete sich in diesem Schuljahr ein neuer Ausbau der Vorbereitungsklasse ab. Die Präparanden erhielten neu, 9 bis 11 wöchentliche Stunden gesonderten Unterricht in Deutsch. Für das Rechnen, die Geschichte, die Geografie und die Naturgeschichte gab es keine Neuerung. Mit der ersten Regelklasse gemeinsam blieb nur der Religions- und Gesangsunterricht (vgl. SP BKS 1866/67, S. 5). Nach dem *Präparandenjahr* konnte entweder in die erste oder direkt in die zweite Regelklasse übergetreten werden (vgl. Caliezi, S. 178). 1876 beschloss der Grosse Rat trotz grossem Widerstand der Lehrerschaft die endgültige Aufhebung der *Präparanda* (vgl. SP BKS 1876/77). Für italienischsprachige Seminaristen wurde 1888, mit finanzieller Unterstützung des Kantons, mit dem Proseminar Roveredo einen ersten Ersatz für die *Präparandenklasse* gefunden (vgl. Kap. 5.4).<sup>57</sup>

Dieses sollte in erster Linie vor allem dazu dienen, auch für den italienischsprachigen Landesteil geeignete Lehrkräfte auszubilden (vgl. Pieth, S. 459). Die finanzielle Unterstützung des Proseminars durch den Kanton verdeutlicht, dass man sich auch auf politischer Ebene der misslichen postelementaren Lage in den Talschaften bewusst war. Es ist anzunehmen, dass die Hauptbestrebung des Kantons aber nicht in erster Linie der Verbesserung dieser schulischen Situation galt, sondern vielmehr die Ausbildung eines umfangreicheren Lehrkörpers protegiert wurde, welche dem

<sup>56</sup> Die Behörde entschied sich im Stichtentscheid für die Wiedereinführung der Präparandenklasse. Die Begründung dafür war, dass „im Deutschen ungenügend vorbereitete Schüler noch durch mehrere Klassen hindurch unter diesem Mangel zu leiden haben, sowie dass man romanischen Schülern so den Weg in's Seminar ebne und somit auch für Hebung der Volksschulen Sorge“ (Bazzigher, S. 109).

<sup>57</sup> Über die Abschaffung der Präparandenklasse, welche über mehrere Jahre ohne Ersatz blieb, schreibt der ehemalige Kantonsschüler A. Santi: „Indessen war diese Klasse noch immer ein, wenn auch schlechtes Bindeglied zwischen der Anstalt und dem italienischen Kantonstheil, und bis nichts Besseres an ihrer Stelle geschaffen war, hätte sie gewiss noch Existenzberechtigung gehabt. [...] Nichts, weder eine bessere, noch eine schlechtere Einrichtung kam an ihre Stelle (Santi 1880, S. 22).

gesamtkantonalen Lehrermangel entgegenzuwirken hatte. Nur drei Jahre später wurde schliesslich auch eine italienischsprachige Abteilung für das Schullehrerseminar an der Kantonsschule eingeführt.<sup>58</sup> Anfang 1890er-Jahre umfasste die vereinigte Kantonsschule also ein Gymnasium, eine Handelsschule, ein Technikum und ein Lehrerseminar mit einer deutschen und einer italienischen Abteilung (vgl. SP BKS 1891/92, S. 4ff.).<sup>59</sup> An der Kantonsschule, welche ihrem Auftrag als oberste Landesschule bestmöglich nachzukommen versuchte, wurden deutsch- romanisch- und italienischsprachige Zöglinge nebeneinander ausgebildet und die Schule wurde...

*„in ihrer komplizierten Organisation das Abbild der Vielgestaltigkeit des Landes und der ethnographischen, sprachlichen und konfessionellen Mannigfaltigkeit des Volkes“* (Pieth, S. 459).

Nach der Vereinigung war innerhalb der Handelsabteilung das Italienische an der Kantonsschule dem Französischen gleichgestellt. Am Gymnasium wurde Italienisch als zweite Fremdsprache gelehrt und für die Abteilung A der alten Sprachen blieb es fakultativ (vgl. SP BKS 1857/58, S. 37).

### 5.1.3 Die betroffene Stimme der Italianità

Über lange Zeit muss die italiensprachige Schülerschaft ihre Situation an der Kantonsschule als schicksalhaft bzw. prädestiniert verstanden haben und versuchte – so gut als möglich – den sprachlich-kulturellen Erwartungen der Landesanstalt zu genügen. In den im Jahr 1880 verfassten „Kritischen Glossen aufs Gymnasium Chur“ (Santi 1880) wird schliesslich eine erste anerkennungsfordernde Stimme aus der Schülerschaft laut:

*„Wenn man von der Kantonsschule als von einer Landesanstalt spricht, so ist damit gesagt, was sie eigentlich sein sollte, in Wirklichkeit aber nicht ist. Denn offenbar darf nur dann von einer Landesanstalt die Rede sein, wenn dieselbe in allen Theilen diesem Begriffe genügt. Das thut aber unsre Kantonsschule nicht, denn sie ignoriert eine ganze Nationalität unseres Kantons, welche, wenn auch klein, immerhin gegen 13'000 Seelen zählt. Dieser Umstand drückt der Kantonsschule den Stempel der Innationalität auf. [...] Mit um so grösserer Gewalt regt sich in uns das Bestreben, es womöglich zu verhindern, dass andere jugendliche Kräfte das Opfer einer unverantwortlichen Vernachlässigung werden. [...] Graubünden schliesst aber nicht nur Deutsch und Romanen in sich; auch Leute italienischer Sprache sind noch da,*

<sup>58</sup> Zur Einführung der *Sezione italiana* an der Kantonsschule wird in Kapitel 5.4, in den Ausführungen zur zweiten Emanzipationsphase eingehend berichtet.

<sup>59</sup> Auch an der Lehranstalt in Schiers wurde in diesen Jahren ein Vorkurs für Schüler aus den romanischen und italienischen Talschaften eingerichtet (vgl. Pieth, S. 460).

*Leute, die geistiger Bedürfnisse auch nicht bloss sind. Dieser Kantonstheil nun wird von der Kantonsschule ausgeschlossen. Ausgeschlossen sagen wir, denn seitdem das Gepräge der Präparandenklasse aufgehoben ist, welche der Anstalt das Gepräge der Nationalität noch wahrte, hat sich zwischen der Kantonsschule und dem italienischen Graubünden eine zurückschreckende chinesische Mauer aufgethürmt. – [...] Lasst uns mal eine Parallele ziehn zwischen einem Schüler deutscher und einem andern italienischer Zunge. Nehmen wir dabei an, es stehen beide in dem zum Eintritt in's Gymnasium vorgeschriebenen Alter. So werden beide auch die gleiche Geistesreife und unter gegebenen Umständen auch die gleichen Kenntnisse besitzen. Der einzige Unterschied, den man hier machen kann, liegt einzig und allein in einer Verschiedenheit der Muttersprache. Sollte nun dieser Umstand – die Nichtkenntnis eines Bischen Deutsch! – beim Italiener die unverantwortliche Folge nach sich ziehen dürfen, seinen jugendlichen, strebsamen Geist bis drei und mehr Jahre noch hinzuhalten, bevor er seine Gymnasialstudien beginnen kann? [...] Seht hin! Das italienische Graubünden ist in seinen geistigen Rechten verkürzt. [...] – Wie lange noch, wie lange noch wird es währen, [...] bis man zu einer vernünftigen Politik gelangt, dass es eine hohe Pflicht und ein eminentes Interesse des Staates ist, dafür zu sorgen, dass jedem Landestheil das Seine werde? [...]“* (KG, Santi 1880, S. 21ff.).

### 5.2 Das Lehrerseminar an der BKS

In den 1830er- und 1840er-Jahre verfestigte sich die Einsicht in die Bedeutung der Volksbildung und im Kanton wurden Bestrebungen zur einheitlichen Gestaltung des Schulwesens verfolgt. Der konfessionell gemischte Erziehungsrat entwarf demzufolge eine tiefgreifende Neuorganisation. Die Volksschule, die Kantonsschule und die privaten Lehranstalten wurden der kantonalen Gesetzgebung unterstellt. Auch der Grosse Rat stimmte 1853 der vorgeschlagenen neuen Schulorganisation zu. Diese ermächtigte den Erziehungsrat das Volksschulwesen einheitlich zu regeln. Die 1853 erlassene Schulordnung für die Volksschulen, verpflichtete die Gemeinden ab sofort zur Errichtung von Schulen, schrieb die Schulpflicht und Schuldauer<sup>60</sup> und die Beaufsichtigung des Unterrichts durch die Behörden fest (vgl. Pieth, S. 458).<sup>61</sup> Im ganzen Kanton fehlte es in diesen Jahren

<sup>60</sup> Die Pflicht zur Einrichtung von Dorfschulen und zu einer angemessenen Entlohnung der ausgebildeten Lehrkräfte, bildete lange bevor die Eidgenossenschaft das Primarschulobligatorium bestimmte, einen grossen Bildungsfortschritt für den Kanton (vgl. Metz, S. 76).

<sup>61</sup> Eine sporadische Beaufsichtigung des Unterrichtes durch Schulinspektoren wurde als dringend nötig erachtet, da noch im Jahre 1851 kaum ein Sechstel der im Kanton unterrichtenden Volksschullehrer eine seminaristische Ausbildung absolviert hatten (vgl. Arquint, S. 14).

an solide ausgebildeten Lehrkräften, was wohl mit einer sehr geringen Besoldung der Lehrkräfte zusammenhing.

*„Da standen unerfahrene junge oder lebensmüde, verbrauchte alte Männer im Dienst, die ohne Methode und ohne jede didaktische Ausbildung oft nur mit dem Stecken den Zöglingen das an Wissen eintrichterten, was sie für gut fanden“ (Metz 1991, S. 269).*

Insofern wurde die Wissensförderung und die Herausbildung von Verantwortungsgefühl dieser Gemeindelehrer zum wichtigsten Anliegen des Erziehungsrates.<sup>62</sup> Der Unterricht berief sich auf den klassischen Fächerkanon, wobei *„in italienischen und romanischen Schulen soweit tunlich auch auf den Unterricht in deutscher Sprache“* geachtet werden solle (ebd.). Gerade die Sprachenfrage bzw. welches Gewicht dem Deutschunterricht in Schulen italienisch- und romanischsprachiger Gemeinden zukommen sollte, stellte die Bündner Behörden vor grössere Schwierigkeiten. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts, durch die neue zentralistischere Staatsform, mit dominanter politischer, ökonomischer und kultureller Ausrichtung des Kantons nach Norden, gewann die deutsche Sprache gegenüber dem Italienischen bzw. Romanischen zusehends an Bedeutung (vgl. Arquint, S. 16). In Bezug auf die schulische Realität der italienischsprachigen Talschaften hatte die grössere Tragweite des Deutschen keinen strukturverändernden Einfluss. So wurde der Berücksichtigung des Faches Deutsch mit einer gewissen Distanz begegnet (ebd.).

Die neue Volksschulordnung nahm direkten Bezug auch auf das Schullehrerseminar der Kantonsschule, welches seit der Vereinigung eine der Abteilungen der Schule stellte. Zwar wurde schon seit 1820 an der Kantonsschule gesonderten Unterricht für sogenannte Schullehrerzöglinge an der evangelischen Kantonsschule geführt<sup>63</sup> (vgl. Bazzigher, S. 18). Dennoch konnte damit aber der Bedarf an Volksschullehrern bei weitem nicht gedeckt werden (vgl. Pieth, S. 390). Um dem Kanton hinsichtlich dieser misslichen Lage auszuhelfen, gründeten aktive Mitglieder des Schulvereins 1837 die Lehreranstalt Schiers. Einer der Mitgründer war damals der Pfarrer Peter Flury, welcher – nach Vorbild der Missions- und Armen Erziehungsanstalt Beuggen – dem Lehrerseminar auch eine Waisenanstalt angliederte. In Schiers wurden Schüler aufgenommen, welche eine bessere

<sup>62</sup> Im Jahre 1845 wurde durch den Erziehungsrat ein Repetierkurs für Lehrkräfte institutionalisiert und darauffolgend wurde einige Jahre danach schliesslich eine Verordnung über Bildung und Patentierung der Gemeindeschullehrer erlassen (vgl. Metz, S. 269).

<sup>63</sup> Auch die katholische Kantonsschule in Disentis unterhielt bereits vor der Vereinigung eine dreijährige Abteilung für Schullehrerkandidaten (vgl. Bazzigher, S.64).

Bildungsgelegenheit suchten, als sie in den dürftigen Bündner Volksschulen finden konnten. Als Waisenanstalt bot die Institution elternlosen und verlassenen Kindern eine Heimat.

Gleichzeitig fungierte die ebensolche als praktische Ausbildungsgelegenheit für die Schullehrerzöglinge, was sich gegenüber dem Churer Lehrerseminar lange als grossen Vorteil erwies (vgl. Pieth, S. 391). Trotz grosser Bemühungen der Anstalten in Chur und Schiers, die Organisation der Lehrerausbildung zu optimieren, gelang es nicht, dem Lehrermangel im Kanton entgegenzuwirken.

1851 berichtet das Bündner Monatsblatt über die ökonomische Stellung der Lehrer in Graubünden. Darin wird die Ansicht geäussert, dass in Ländern, in welchen die Lehrer gut besoldet sind, auch eine gute Schule zu finden sei. Es müsse also auch im Kanton Graubünden an dieser Stelle angesetzt werden, um eine wirkliche Verbesserung des Schulstandes zu erreichen. Für den Missstand der Schulen müsse auch der Staat verantwortlich gemacht werden, denn er setze sich nur ungenügend für die Lehrerbildung ein. So seien im Winter 1839/1840...

*„im ganzen evangelischen Landestheil nach dem amtlichen Berichte des Erziehungsrathes bloss 28 ehemalige Schullehrerzöglinge der Kantonsschule in Aktivität als Lehrer. Nimmt man als Maximum an, dass alle diese 28 noch jetzt Lehrer seien und seither durchschnittlich jährlich 4 Stipendianten aus der Kantonsschule austraten, und keine davon bis jetzt den Lehrerberuf verlassen, so bekommt man doch nur die sehr kleine Summe von 68 Lehrern, die mit Unterstützung des Kantons gebildet wurden. Nun sind aber im ganzen evangelischen Landestheil nach dem ebenfalls amtlichen Bericht des Erziehungsrathes vom Jahr 1850 – 287 Lehrer erforderlich“ (BM März 1851).*

Gemäss Bazzigher kann der 10. März 1852 als Gründungstag des Lehrerseminars bezeichnet werden (vgl. Bazzigher, S. 115). Der Schullehrerkurs wurde auf dreieinhalb Jahre angelegt und das Eintrittsalter legte man auf 14 Jahre fest (a.a.O., S. 117). Zur Sicherung des Bestands an Schullehrerzöglingen und der Erhaltung dieser Bildungsanstalt würden seitens des Kantons jährliche Stipendienbeiträge geleistet. Die aus der Anstalt entlassenen Zöglinge seien im Gegenzug dazu verpflichtet, eine bestimmte Anzahl Jahre – für einen Stipendianten mindestens acht Jahre – in einer Gemeinde des Kantons Schuldienst zu leisten. Zudem wurden die Schullehrerzöglinge gleich bei Eintritt in die Schule angehalten, eine fremde Sprache – mit Vorzug des Italienischen – zu lernen. Mit dem Ausbau des Schullehrerseminars wurden auch „pädagogische Blätter“ ins Leben gerufen, die in der kurzen Zeit ihres Bestehens, grosse Beachtung fanden (vgl. Metz, S. 270). 1883 wurde schliesslich auch der erste Lehrerverein gegründet, welcher durchgehend von Seminardirektoren präsidiert wurde (a.a.O., S. 279).

### 5.3 Erste Emanzipationsphase – Einführung des Muttersprachenunterrichts

Im Jahre 1863/64 durchlebte die Kantonsschule grössere Veränderungen. In der Junisession des Grossen Rates wurde über die mangelnden Leistungen der Kantonsschule debattiert. Die politischen Forderungen bezogen sich auf die „Auffrischung des Lehrkörpers“ (GRV Juni 1863) und dem Bedürfnis nach „eine(r) kräftigere(n) Leitung des höheren Schulwesens“ (ebd.). Am 22. Juni beschloss der Grosse Rat gar – aufgrund fehlender freundschaftlicher und kollegialer Zusammenarbeit – sämtliche Lehrstellen der Kantonsschule zu freier Bewerbung auszuschreiben (vgl. Michel 1954, S. 108). Bezüglich der Schulorganisation forderte der Erziehungsrat die „Anwendung grösserer Strenge bei den Prüfungen, Festsetzung eines für alle Schüler verbindlichen Wochenstundenmaximum von 36 Stunden [...], vermehrte Klassenteilungen als Mittel gegen die Überfüllung einzelner, besonders unterer Klassen“ (GRV Juni 1863) und dass alle anderen Klassen nicht mehr als 50 Schüler zählten. Mit der Reorganisation der Schule sollte versucht werden, innerhalb der Abteilungen eigene Klassen mit jeweils gesondertem Unterricht anzubieten und auf ein „Zusammenziehen der Klassen“ (Michel, S. 111) galt es – wenn immer möglich – zu verzichten.

Ende 1860er-Jahre bestand die Kantonsschule trotz der Reorganisation aus den drei bekannten Abteilungen: Gymnasium, Realschule und Lehrerseminar. Innerhalb der Abteilungen fand in der Regel – wie gehabt – gemeinsamer Unterricht statt, „nur in den Fächern, wo die Natur der Sache“ (vgl. SP BKS 1968/69, S. 19) es erforderte, konnte gesonderter Unterricht angeboten werden. Das Gymnasium konnte in sechseinhalb Jahreskursen<sup>64</sup>, die Realschule in fünf und das Lehrerseminar in vier Jahreskursen absolviert werden. Im Programm des Schuljahres 1868/69 ist nachzulesen, dass nur in der ersten bis dritten Realschule Italienisch unterrichtet wurde. Die Unterrichtsinhalte beschränkten sich in diesem Schuljahr für die erste Klasse auf „italienische Sprachenlehre in Regeln und Beispielen [...] mündlich und schriftlich durchgenommen“ (ebd.) und „verschiedene Erzählungen gelesen und theilweise nacherzählt“ (ebd.). In der zweiten Klasse wurden in jeweils fünf Wochenlektionen die Grammatik der ersten Klasse wiederholt, „verschiedene Gedichte ins Deutsche übersetzt“ (ebd.) und Aufsätze geschrieben. Im dritten Jahreskurs wurde Schillers Schauspiel „Der Neffe als Onkel“ „mündlich ganz und schriftlich bis zum III. Aufzug ins Italienische übersetzt und korrigiert“ (ebd.). Dieser Jahreskurs thematisierte zudem die „hervorragenden prosaischen Schriftsteller und deren Werke in den verschiedenen Jahrhunderten der italienischen Litteratur“ (ebd.).

<sup>64</sup> Die siebte Klasse bildete ausschliesslich einen halbjährigen Kurs (vgl. SP BKS 1868/69, S. 9).

Der gesamte Italienischunterricht wurde von Lehrer Luigi Zanetti übernommen, welcher den Unterricht nach wie vor auf Deutsch führte. Den Deutschunterricht besuchten Italienischsprachige mit den Romanischsprachigen (ebd.).

In den Schulnachrichten des folgenden Jahres findet sich ein interessanter Hinweis bezüglich der Handhabung des Deutschunterrichtes für Nichtdeutschsprachige in der Präparandenklasse:

*„Da der Unterricht an der Schule in deutscher Sprache ertheilt wird, so ist für Zöglinge der romanischen und italienischen Landesgegenden, welche des Deutsch noch nicht hinlänglich mächtig sind, im Uebrigen aber in der Gemeindeschule eine hinreichende Vorbildung erhalten haben, eine Vorbereitungsklasse (Präparandenklasse) eingeführt. In dieser erhalten sie gegenwärtig nur den Unterricht in Religion und Gesang mit der I. Klasse gemeinsam, den übrigen Unterricht für sich allein und in der Ausdehnung, dass fähigeren und zugleich fleissigen Schülern die Möglichkeit gegeben ist, in diesem Vorbereitungskurs die zum Eintritt in die II. Klasse erforderlichen Kenntnisse zu sammeln“* (SP BKS 1869/70, S. 4).

Als Eintrittsbedingung in die erste Klasse sollten die Schüler „genügende Sicherheit in der Formenlehre besitzen, geläufig und richtig lesen und im Stande sein, eine leichtere Fabel oder Erzählung, die vorgelesen wird, ohne grobe Fehler niederzuschreiben und über den Inhalt derselben, sowie auf andere freie Fragen in deutscher Sprache Auskunft“ (ebd.) geben zu können. Hier verdichtet sich die Vermutung, dass mit der Vorbildung der Gemeindeschule und dem Präparandenjahr höchstens vereinzelt unmittelbar in die zweite Klasse übergetreten werden konnte und Italienisch- und Romanischsprechende in aller Voraussicht mindestens ein Jahr länger – aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse – an der Kantonsschule verweilen.

Die Reorganisation der Schule brachte in Bezug auf die vermehrte Berücksichtigung der Italienischsprechenden keine Neuerungen, obwohl man sich schon seit einem Jahrzehnt bewusst war, dass...

*„wenn z.B. ein geborener Italiener sich nicht zu Privatunterricht in dieser Sprache verstehen wollte, so blieb ihm nichts übrig, als mit den Anfängern der I. Klasse italienische Formenlehre zu treiben“* (Bazzigher, S. 127).

Auf politischer Ebene wurde die Sprachthematik ab Ende der 1860er-Jahre vermehrt Inhalt der Verhandlungsdiskussionen. In den Regierungsverhandlungen des Grossen Rates vom 10. Juni 1868 bspw. kam die Angelegenheit anlässlich der Motion des Grossrates Foffa zur Sprache, welcher die dringende „Einführung eines obligatorischen Unterrichts für die Kantonsschüler italienischer Zunge in ihrer Muttersprache“ (GRV Juni 1868) nahelegte.

Die Forderungen wurden zur Begutachtung der Kommission für das Erziehungswesen weitergereicht (ebd.). Erst ein Jahr später, am 30. Juni 1869, nahm die Kommission für das Erziehungswesen erneut Stellung zur eingereichten Motion:

*„Dem Erziehungsrath wird die möglichst vollständige Ausführung des Grossrathsbeschlusses vom 10. Juni 1868, betreffend den Unterricht der Kantonsschüler italienischer Zunge in ihrer Muttersprache, dringend anempfohlen“* (GRV Juni 1869).

Es verging noch ein Jahr bis am 20. Juni die Frage nach obligatorischem Muttersprachenunterricht wieder aufgenommen wurde. Gemäss Verhandlungsprotokoll handelte es sich *„um die Einrichtung neuer Kurse, wo in italienischer Sprache und in der Regel nur für Italiener gelehrt würde“* (GRV Juni 1870). Nach Rücksprache mit dem Präsidenten des Erziehungsrates beantragte die Kommission, die Einführung eines solchen obligatorischen Sprachunterrichts mit zwei Wochenstunden. In Genehmigung des Antrages wurde beschlossen:

*„Der Erziehungsrath ist beauftragt dafür zu sorgen, dass wenn die verfügbaren Lehrkräfte es gestatten, den Kantonsschülern italienischer Zunge ein geeigneter, für dieselben obligatorischer Unterricht in ihrer Muttersprache in wenigstens zwei Stunden wöchentlich erteilt werde“* (GRV Juni 1870).

Die Lehrerkonferenz und der Erziehungsrat setzten den Beschluss in Tat um und noch im selben Schuljahr wurde zum ersten Mal *Italiano* als Muttersprachenunterricht eingeführt (vgl. Bazzigher, S. 155). Prof. Luigi Zanetti war der erste Lehrer, welcher nach dieser Beschlussfassung an zwei Klassen Muttersprachenunterricht für Italienischsprachige erteilte (vgl. Jecklin 1928, S. 12). Erst das Schulprogramm des darauffolgenden Jahres bringt schliesslich die schriftliche Bestätigung des ebensolchen Muttersprachenunterrichts:

*„Die Italiener erhalten von der Vorbereitungs-klasse an besonderen Unterricht in ihrer Muttersprache, wofür eine Stunde für die Präparanden, zwei Stunden für die erste und zweite Klasse und eben so viele Stunden auch für die dritte bis siebente Klasse, somit im Ganzen fünf Stunden ausgesetzt sind. Die Zahl dieser Schüler ist nicht gross und deshalb können mehrere Klassen ohne Gefahr der Ueberfüllung mit einander vereinigt unterrichtet werden“* (SP BKS 1871/72, S. 7).

### 5.3.1 Stundendotationen, Schülerzahlen, Lehr- und Lerninhalte

Im Schulprogramm des Jahres 1873/74 findet sich eine erste Gesamtübersicht der Schülerzahlen nach Sprachen getrennt erfasst, siehe Abb. 2. Der statistischen Zusammenstellung folgend waren in diesem Schuljahr 49 italienischsprachige Schüler an der Kantonsschule. Sieben Knaben besuchten die

Präparandenklasse, neun die gymnasiale Abteilung, 26 die Realschule und sieben das Schullehrerseminar. Überraschend erscheint, dass gemäss Schulprogramm ausschliesslich sechs dieser Schüler den Muttersprachenunterricht der dritten, vierten oder fünften Klasse besuchten (vgl. SP BKS 1873/74, S. 20). Worauf dieser Umstand zurückzuführen war, konnte dem Schulprogramm nicht entnommen werden.

Die Unterrichtsinhalte beliefen sich – in zwei Wochenlektionen – auf Gedichte der italienischen Literatur, „cursorischer Lektüre ausgewählter Abschnitte nach Ambrosiolì's Manuale della letteratura italiana, Band I und II“ und der Lektüre von Machiavelli's Principe (ebd.).

— 8 —

**4. Statistische Zusammenstellung des Schülerpersonals pro 1873/74.**

		Schüler.	Kathol.	Reform.	Secariten	Bündner.	Schweizer	Ausl.	Nach Sprachen.					Ital.	Mit.
									Dtsch.	Rom.	Ital.	Frans.	Neut.		
Präparanden	Klasse	9	5	4	—	4	1	4	—	—	7	2	8	1	
Gymnasialisten	I. Kl.	13	1	12	—	11	1	1	7	5	1	—	11	2	
Realschüler	"	44	11	32	1	37	5	2	18	18	8	—	38	6	
Gymnasialisten	II. "	12	—	12	—	12	—	—	6	2	4	—	2	10	
Realschüler	"	60	4	56	—	55	4	1	36	11	13	—	18	42	
Schullehrerzöglinge	"	24	8	16	—	24	—	—	9	15	—	—	13	11	
Gymnasialisten	III. "	9	1	8	—	8	—	1	5	4	—	—	3	6	
Realschüler	"	30	3	27	—	26	2	2	16	11	3	—	26	4	
Schullehrerzöglinge	"	27	10	17	—	27	—	—	18	6	3	—	3	24	
Gymnasialisten	IV. "	11	1	10	—	10	1	—	7	2	2	—	1	10	
Realschüler	"	7	2	5	—	4	3	—	5	1	1	—	—	7	
"	Techn.	9	1	8	—	8	—	1	7	1	1	—	—	8	
Schullehrerzöglinge	"	20	8	12	—	20	—	—	11	7	2	—	—	20	
Gymnasialisten	V. "	15	2	13	—	14	1	—	9	5	1	—	—	13	
Realschüler	"	1	—	1	—	1	—	—	1	—	—	—	—	1	
"	Techn.	1	—	1	—	1	—	—	1	—	—	—	—	1	
Schullehrerzöglinge	"	25	10	15	—	25	—	—	10	13	2	—	—	25	
Gymnasialisten	VI. "	6	2	4	—	6	—	—	1	5	—	—	—	6	
"	Techn.	7	1	6	—	7	—	—	4	2	1	—	—	7	
Seminaranten	IV. "	2	—	2	—	2	—	—	2	—	—	—	—	2	
"	V. "	3	1	2	—	3	—	—	3	—	—	—	—	3	
"	"	1	—	1	—	1	—	—	1	—	—	—	—	1	
		336	71	264	1	306	18	12	176	109	49	2	127	209	

Aus obiger Tabelle ergeben sich folgende Gesamtzahlen in den einzelnen Abtheilungen:

Gymnasialisten	73
Realschüler	149
Seminaranten	96
Schüler der Merkantilabtheilung	10
" " techn. Abtheilung	8
Total	336

Abb. 2. Gesamtübersicht der Schülerzahlen nach Sprachen getrennt; Schulprogramm des Jahres 1873/74. (StAGR, StG RK 24, Kursus 1873/74).

### 5.3.2 Lehrkörper

Luigi Zanetti wurde 1821 im Puschlav geboren. Dort verbrachte er seine gesamte Primarschulzeit bevor es ihn „zur Pflege humanistischer Studien“ (vgl. SP BKS 1870/71, S. 5) ins *collegio Gallio* in den bischöflichen Sitz von Como zog. Geschichtliche Ereignisse führten Zanetti als Freiwilligen „unter die piemontisch-lombardischen Fahnen in den Kampf gegen den verwünschten habsburgischen Gewaltherrn“ (a.a.O., S. 6). Erst im Sommer des Jahres 1864 wurde Zanetti schliesslich Italienischlehrer an der Kantonsschule. Das Schulprogramm 1870/71 beklagte zwar seine Sprechfertigkeit im Deutschen, sprach ihm aber nebst „entschiedener Lehrgabe“ (a.a.O., S. 7) eine ausserordentlich gründliche Kenntnis der italienischen Sprache und eine grosse Vertrautheit mit der entsprechenden Literatur zu (ebd.). Zanetti erschien – als erster Lehrer aus den Talschaften – insofern für den Muttersprachenunterricht prädestiniert und seinen Schülern wurden erfreuliche Fortschritte „in schriftlicher und mündlicher Handhabung des Italienischen“ (ebd.) attestiert. Zanetti wirkte bis ins Jahr 1871 an der BKS, bevor er im April desselben Jahres verstarb (ebd.).

An die Stelle Zanettis trat 1871 schliesslich Prof. Giovanni Andrea Scartazzini, welcher 1837 in Bondo geboren wurde und wie Zanetti an der Universität Basel Theologie studierte. Als er 1871 nach Chur kam, hatte er schon sechs Pastoraljahre hinter sich und sich bereits einen Namen als Koryphäe in der Literatur Dantes gemacht. Schon 1869 publizierte er sein erstes Werk zu Dante „Dante Alighieri, seine Zeit, sein Leben und seine Werke“. Scartazzini blieb nur drei Jahre an der Kantonsschule, wechselte danach als Institutsdirektor und Pfarrer nach Walzenhausen ins Appenzell (vgl. AGI 1957, S. 35).

Neben den beiden Lehrpersonen, welche in den 1870er-Jahren für die *Italianità* wirkten, soll im Folgenden auch auf die Rolle des derzeitigen Schuldirektors Johannes Bazzigher eingegangen werden. Bazzigher unterrichtete zwar vorwiegend alte Sprachen, Deutsch, Geschichte und nur wenige Lektionen Italienisch. Nichtsdestotrotz kam ihm als Rektor eine wichtige Rolle für die *Italianità* zu. Bazzigher wurde als Sohn eines Bergellers und einer deutschschweizerischen Mutter aus dem Avers in Casaccia geboren. Nach den Gymnasialstudien in Chur studierte Bazzigher klassische Philologie und Geschichte. Er kam 1871 an die BKS und wirkte bis 1883 als Lehrer bevor er schliesslich zum Rektor der BKS gewählt wurde. In den 14 Jahren seines Rektorates erwuchs die BKS an grösseren Entwicklungen.

Unter Bazzighers Leitung konnten an der Schule eine Turnhalle, ein neues Konvikt und schliesslich eine Abteilung für die italienischsprachige Schülerschaft (vgl. Kap. 5.4) institutionalisiert werden (vgl. Iseppi 2004, S. 157ff.). Es ist sicherlich Bazzighers Provenienz und seiner Nähe zur italienischbündnerischen Kultur zu verdanken, dass sich unter seiner Leitung ein gewisses

Verständnis für die nachstehende Situation der *Italianità* an der BKS herausbilden konnte und schliesslich die *Sezione italiana* daraus resultieren konnte.

### 5.4 Zweite Emanzipationsphase – Das Proseminar und die *Sezione italiana*

Gerade für den zukünftigen Lehrkörper, welcher später in den italienischsprachigen Talschaften unterrichten sollte, vermochte die Einrichtung des Muttersprachenunterrichtes nicht in zweckdienlicher Weise zu genügen. Es sei den Zöglingen der Talschaften aufgrund der geografischen Verhältnisse zudem nicht immer möglich, die Seminarkurse regelmässig zu besuchen (Bazzigher, S. 156). Diese unbefriedigenden Umstände führten dazu, dass ab den 1870er-Jahren die Gründung einer postelementaren Schule – vorwiegend für künftige Lehrpersonen – in den Talschaften wieder aufs Tapet der politischen Agenda gebracht wurde (ebd.).

#### 5.4.1 Das Proseminar Roveredo

Die Idee einer Schule zur Bildung des Lehrkörpers für die italienischsprachigen Talschaften geht auf den Schulinspektor Tommaso Lardelli zurück, welcher einen unzureichend ausgebildeten Lehrkörper – vor allem im Misox – bekundete. Schon im Dezember des Jahres 1857 lud ihn der Erziehungsrat ein, in einer beratenden Sitzung seine Ansichten über die Situation zu äussern. Dabei schlug er vor, eine *scuola pedagogica italiana* mit zwei oder drei Jahreskursen in Poschiavo zu gründen. Daraufhin wandte sich der Erziehungsrat an die Gemeinde Poschiavo, welche die Gründung solch einer Institution für sich prüfte. Aufgrund des allgemeinen Desinteresses von Seiten der katholischen Gemeinschaft<sup>65</sup> wurden die Pläne im Puschlav wieder fallen gelassen (vgl. QGI 1949, S. 225).

Die *conferenza Bregaglia*<sup>66</sup> wurde im Zusammenhang mit dem notdürftig ausgebildeten Lehrkörper im Bergell im Jahre 1872 nochmals bei den Behörden vorstellig. Sie erbat die Gewährung von Staatsstipendien für schon patentierte Lehrerzöglinge zu weiterer Ausbildung in ihrer Muttersprache. Der Erziehungsrat erkannte zwar die Notwendigkeit einer Unterstützung, bewertete den Stipendiovorschlag aber als ungünstig und nicht umsetzbar. Welche Argumente zu dieser Entscheidung führten, konnte dem Bericht nicht entnommen werden (vgl. Bazzigher, S. 156). Es war schliesslich Inspektor Lardelli, welcher 1871 die Angelegenheit erneut aufgriff und eine

<sup>65</sup> Die reformierte Gemeinschaft hatte ihrerseits die Summe von 1000 Fr. und die Nutzung gewisser Lokalitäten angeboten (vgl. QGI, S. 225ff.).

<sup>66</sup> In freier Übersetzung der Autorin: Lehrerkonferenz des Bergells.



entsprechende Motion im Grossen Rat einreichte. Diese wurde an den Erziehungsrat überwiesen, welcher im Mai des folgenden Jahres alle drei in den Talschaften tätigen Schulinspektoren zur Prüfung des Sachverhaltes einlud (a.a.O., S. 226).

Im Februar 1877 nahm der Schulinspektor A. Zoppi in einem Brief an den Erziehungsrat nochmals Stellung zur pädagogischen Problematik im Misox:

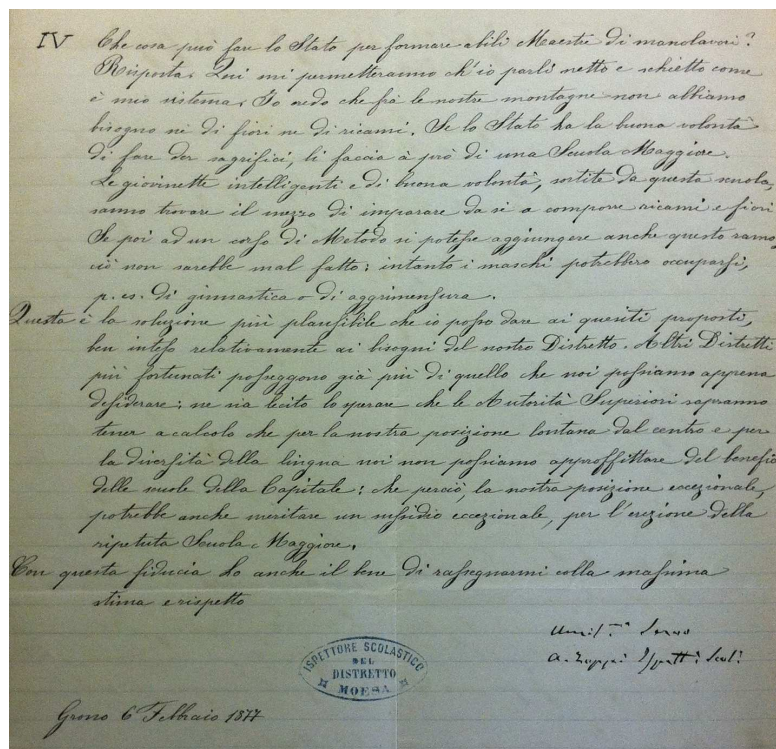


Abb. 3. Schulinspektor A. Zoppi an den Erziehungsrat, 6. Februar 1877 (Auszug) (StAGR, Signatur, XII 20 c 14 a-d. Bündner Lehrerseminar. Seminar Allgemeines).

Dieser Ausschnitt des zweiseitigen Briefs bezeugt, dass gemäss Zoppi im Jahre 1877 dringend eine gute scuola maggiore von Nöten gewesen wäre und der Staat dafür entsprechend Opfer aufbringen müsse. Denn wenn der Staat die ausserordentliche Position des Misox – weit entfernt von den Schulen der Hauptstadt – als solche ehrlich wahrgenommen hätte, so wäre auch entsprechend in

ausserordentlichem Masse in die Errichtung einer solchen Seminarschule investiert worden (Brief Zoppi 1877, S. 2). Trotz sichtlicher Einigkeit der drei Inspektoren, dass die Errichtung einer solchen Institution als unerlässlich zu beurteilen sei, teilte der Erziehungsrat 1882 mit einem Rundschreiben mit, dass die Umsetzung mit zu viel Aufwand verbunden wäre und deshalb nicht erbracht werden könne (vgl. QGI, S. 227).

Schon der Umstand, „dass der italienische Landesteil auch für sich allein kein kompaktes, abgerundetes Ganzes bildet, sondern in drei schmalen, durch hohe Gebirge und fremde Territorien von einander getrennten Landzungen ins italienische Gebiet hineinragt und überdies noch Angehörige zweier Konfessionen umschliesst“ (Bazzigher, S. 156), mache die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Umsetzung einer solchen Schule deutlich genug (ebd.).

Als im Jahre 1887 die noch akuter gewordene Lehrernot im Misox die Missstände nochmals in verschärfter Weise verdeutlichte, wurde die Angelegenheit abermalig – diesmal mit grosser Entschiedenheit – aufgegriffen.

„Der Mangel an tüchtigen, patentierten oder wenigstens admittierten Lehrern für die Volksschulen der italienischen Landestheile, namentlich des Moesa-Bezirktes veranlassten den Erziehungsrath, mit den Gemeinden dieser Talschaft durch den Schulinspektor Unterhandlungen zu pflegen über die Errichtung einer Fortbildungsschule zur Hebung der Bildung im Allgemeinen, und insbesondere zur Bildung von Schullehrern. Zu letzterem Zwecke soll das Institut die Zöglinge in drei Jahreskursen, speziell auch durch genügenden Unterricht in der deutschen Sprache, zum Besuche des Lehrerseminars, und zwar zum Eintritt in die dritte Klasse desselben befähigen“ (GRV Juni 1888).

Die hier ausgeführten bildungspolitischen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Bearbeitung des mangelnden Lehrkörpers im Misox und in den übrigen Talschaften bezeugen auf dezidierte Weise, dass mehrjährige und immer wieder unterbrochene Verhandlungen des Erziehungsrates mit den Gemeinden der italienischen Talschaften vonnöten waren, bis im Herbst 1888 schliesslich das Proseminar Roveredo mit dreijähriger Kursdauer eröffnet werden konnte.

Aufgrund des grössten Mangels an patentierten Schullehrern im Misox und gescheiterten Verhandlungen mit dem Tessiner Seminar, wurde die Schule schliesslich in Roveredo errichtet (ebd.).<sup>67</sup>

<sup>67</sup> Es hatten sich mehrere Gemeinden des Misox für die Übernahme der Schule beworben, wobei am Schluss der Verhandlungen im 1888 noch Roveredo und Mesocco um die Schule konkurrierten. Die endgültige Wahl fiel auf die Gemeinde Roveredo, da





Abb. 4. Proseminar Roveredo (Stanga, P. [1992]: La scuola popolare roveredana. Poschiavo; STAGR, Signatur, RS 6).

Gemäss Grossratsprotokoll wurde der Erziehungsrat im Juni bevollmächtigt, die Gemeinde bei der Errichtung der Fortbildungsschule in Roveredo finanziell zu unterstützen. Für die einmalige Anschaffung von Lehrmitteln und musikalischen Instrumenten sollte seitens des Kantons die Summe von 1200 Fr. gesprochen werden. Gleichzeitig wurde auch die finanzielle Beihilfe an der Deckung der jährlichen Unterhaltskosten mit bis zu 2000 Fr. und einem Stipendienbeitrag an die Lehrerröglinge von je 100 Fr. zugesprochen (vgl. GRV Juni 1888).<sup>68</sup>

Das Projekt einer solchen Schule wurde seitens der legislativen Behörden begrüsst und dessen Verwirklichung erschien insofern notwendig, als dass der erforderlichen Ausbildung in italienischer Sprache, an der Kantonsschule in Chur nicht entsprochen werden könne. Im Grossratsprotokoll wird

die Bewerbung von Mesocco erst nachträglich eingereicht wurde und ein Abkommen mit Roveredo bereits getroffen worden war (vgl. GRV Juni 1888).

<sup>68</sup> Im Jahre 1913 wurde der Kantonsbeitrag auf 4500 Fr. erhöht. Dieser, für die wirtschaftlich bescheidenen Verhältnisse des Kantons Graubünden hohe Betrag verdeutlicht die Bedeutung, welche der Schule dazumal beigemessen wurde (GRV Nov. 1920).

zudem ausgeführt, dass es nicht Absicht sei, „nur halb gebildete Lehrer für die italienische Landbevölkerung heranzuziehen“ (ebd.). Die solide Ausbildung für den Lehrerberuf erfordere aber *par force* den Besuch des kantonalen Seminars in Chur, insofern müsse die Fortbildungsschule in Roveredo in erster Linie dafür sorgen, „dass der Italiener am Proseminar in der deutschen Sprache soweit unterrichtet werde, um einen deutschen Vortrag gehörig zu verstehen“ (GRV Juni 1888).

Das Proseminar umfasste einen dreijährigen Kurs<sup>69</sup> der darauf ausgerichtet war die Klassen auf die Kantonsschule vorzubereiten. Nach dem Besuch des Proseminars musste noch die dritte und vierte Seminararklasse in Chur absolviert werden, um das kantonale Lehrdiplom zu erlangen. Anhand des Proseminars versuchte man also einerseits die Sekundarschulbildung, andererseits die Bildung der ersten Seminararklasse zu vermitteln (vgl. BK, S. 95). Mit der Einführung des Proseminars verbesserten sich die Umstände unversehens und die Schule wurde als die einzige Verbindung zwischen dem Misox und dem Kantonsinneren angesehen (a.a.O., S. 96). Auch in den Verhandlungen des Grossen Rates vom 27. Mai 1891 wird dem Proseminar „erfreuliches Gedeihen“ (GRV Mai 1891) attestiert. So wurde in diesen Verhandlungen über die „Erhöhung des Staatsbeitrages an das Proseminar Roveredo von Fr. 2000 auf Fr. 3000 und die Schaffung einer neuen Lehrstelle an Kantonsschule und Seminar, hauptsächlich für das Italienische“ (ebd.) diskutiert. Der Erziehungsrat und die Standeskommission hatten sich in dieser Sache bereits positiv ausgesprochen, so dass der Grosse Rat die Angelegenheit an diesem Tag endgültig besiegeln konnte. Der Erziehungsrat solle für „diese Stelle einen tüchtigen, wissenschaftlich gebildeten Mann italienischer Zunge“ (ebd.) wählen. Entsprechend wurde im selben Jahr der vorherige Direktor der Schweizerschulen in Bergamo, Silvio Maurizio, als neue Lehrkraft für die italienische Seminarabteilung angestellt (vgl. Bazzigher, S. 211). Mit Ende des ersten dreijährigen Kurses und der beschlossenen Wahl einer geeigneten Lehrkraft stand schliesslich der Übergang in die Kantonsschule Chur an und die Wege für die italienische Seminarabteilung waren damit geebnet.

#### 5.4.2 Einführung der italienischen Abteilung

Die neue *Sezione italiana* war vorerst ausschliesslich für die übertretende Schölerschaft des Proseminars Roveredo bestimmt. Erst einige Jahre später wurden auch Zöglinge aus dem Bergell, Puschlav und Calancatal zugelassen. An der italienischsprachigen Abteilung erhielten die Seminarlehrerzöglinge gesonderten Unterricht im Deutschen und in ihrer Muttersprache. Der Muttersprachenunterricht für die Seminaristen wurde in grossen Teilen mit Schölern anderer

<sup>69</sup> Ein Jahreskurs dauerte jeweils neun Monate (vgl. QGI 1949, S. 227).

Abteilungen zusammengeschlossen. *Storia* und *storia naturale*<sup>70</sup> wurden in italienischer Sprache unterrichtet und waren anfänglich auf die vierte und fünfte Klasse beschränkt. Im Jahre 1908 wurde die *Sezione italiana* schliesslich auch auf die dritte Klasse ausgeweitet und 1911 konnte sogar eine sechste Klasse eingeführt werden (vgl. Michel, S. 236ff.).

*„Die wichtige Aufgabe der italienischen Abteilung besteht darin, auf dem kulturpolitisch so bedeutsamen Gebiet der Lehrerbildung und Volksschule die Annäherung und Verbindung zwischen dem italienisch- und dem deutschsprachigen Kantonsteil zu fördern und zu gewährleisten, wobei die Italianità der Südtäler keine Beeinträchtigung erleiden, sondern vielmehr sorgfältige Pflege und weitgehende Berücksichtigung erfahren soll“* (Michel, S. 237).

Das Proseminar Roveredo liess von Anbeginn auch Mädchen an die Schule zu, so dass im Schuljahr 1891/1892 neben zwei Knaben auch sechs Mädchen den Übertritt in die Kantonsschule wagten.<sup>71</sup> Dies war folgend Anlass dazu, die Zulassung von Mädchen an der Kantonsschule auch auf die anderen Abteilungen auszuweiten. Nur die Handelsabteilung blieb einer weiblichen Schülerschaft noch weitere Jahre verschlossen. Begründet wurde diese Beschränkung damit, dass mit der Töchterhandelsschule der Stadt Chur schon eine entsprechende Alternative bestünde (ebd.).

#### 5.4.3 Stundendotationen, Schülerzahlen, Lehr- und Lerninhalte

Noch im Schuljahr 1891/92 mussten Italienischsprachige für den Eintritt ins Lehrerseminar der Kantonsschule die Deutschkenntnisse des zweiten Kursus der romanischen Abteilung besitzen. So waren dies:

*„richtiges und fertiges Lesen; Sicherheit in der Formenlehre, Kenntnis des einfachen Satzes und der leichteren Formen des zusammengezogenen Satzes, Unterscheidung der einzelnen Sätze in einer Satzverbindung und einem Satzgefüge; mündliche und schriftliche, grammatikalisch und orthografisch möglichst richtige Wiedergabe einer mitgetheilten Erzählung oder Inhaltsangabe eines leichten, erzählenden Gedichtes“* (vgl. SP BKS 1891/92, S. 4).

Diese Auflagen unterschieden sich nicht in beträchtlicher Weise von denjenigen der Deutschsprachigen.<sup>72</sup> Sollten romanisch- und italienischsprechende Zöglinge den erforderlichen

<sup>70</sup> In freier deutscher Übersetzung der Autorin: Geschichte und Naturgeschichte.

<sup>71</sup> Bis anhin waren Mädchen nur vereinzelt und nur mit besonderen Gesuchen an der Kantonsschule aufgenommen worden (vgl. Michel, S. 237 oder auch Jecklin, S. 12).

<sup>72</sup> Folgend sind hier die Eintrittsaufgaben in die deutsche Abteilung zum Vergleich aufgeführt: „Kenntnis der Formenlehre, des erweiterten einfachen und des zusammengezogenen Satzes, sowie des leichteren Satzgefüges; richtiges und geläufiges Lesen

Kenntnissen noch nicht entsprechen können, so konnten Vorbereitungsstipendien in Anspruch genommen werden (a.a.O., S. 8). Die Schulnachrichten verweisen schliesslich auf die neu eingeführte Abteilung für Italienischsprachige:

*„Unsere heurige Schulchronik muss in erster Linie eines neuen Triebes gedenken, der am reichsgegliederten Organismus unserer Landesanstalt hervorgesprossen ist. Wir meinen die neue Abtheilung für italienisch geborene Seminaristen aus dem Proseminar in Roveredo, die mit letztem Herbst für die IV. Klasse (III. Seminarklasse) in's Leben getreten ist. Während die 8 Zöglinge dieser Abtheilung den ganzen übrigen Unterricht mit den anderen Seminaristen besuchen, erhalten sie gesonderten Unterricht im Deutschen, im Italienischen und in der Geschichte und zwar mit 5 wöchentlichen Stunden in den beiden ersten Fächern und mit 3 Stunden in der Geschichte. Ihren Ausbau wird diese Abtheilung freilich erst im nächsten Kursus erhalten, wenn sich der IV. Klasse auch eine V. mit ungefähr ebenso viel Sonderunterricht angereicht haben wird. Dann erst wird auch ein Urtheil über die Zweckmässigkeit der ganzen Einrichtung möglich sein. Sollte dasselbe, wie wir annehmen, günstig ausfallen, so wird es nicht ausbleiben, dass auch Zöglinge aus den anderen italienischen Thalschaften des Kantons in diese Abtheilung eintreten werden, wo sie bei wesentlich geminderten Anforderungen im Deutschen ihre Muttersprache viel ausgiebiger, als dies bisher möglich war, pflegen können“* (SP BKS 1891/92, S. 8).

Den Schulnachrichten des nächsten Kursus kann zwar kein „Urtheil über die Zweckmässigkeit der ganzen Einrichtung“ (SP BKS 1892/93, S. 9) entnommen werden, jedoch wird auf den Ausbau einer 5. Klasse hingewiesen, was darauf schliessen lässt, dass die neue Einrichtung zufriedenstellen konnte. Insgesamt seien 15 Zöglinge in der Abteilung eingeschrieben, wobei sieben die 4. und acht die 5. Klasse besuchen würden.

Zwei der ebengenannten Schüler hätten das Proseminar Roveredo nicht absolviert, was insofern bestätigt, dass die Abteilung tatsächlich – wie gemäss Schulchronik des Jahres 1891/92 vorgesehen war – für die Schülerschaft aller italienischsprachigen Täler geöffnet wurde (ebd.).

Betreffend der Unterrichtsinhalte in der Muttersprache waren für die erste und zweite Klasse der anderen Abteilungen in zwei Wochenlektionen die *„lettura e spiegazione: 1. Cuore del De Amicis. 2. Odissea trad. Pindemonti. Grammatica per le scuole normali del Parato. Componimenti“* vorgesehen. Von

---

einer längeren Erzählung oder eines erzählenden Gedichtes aus dem in der 1. Klasse der Kantonsschule gebrauchten Lesebuchs; fachlich und formell richtige Wiedergabe oder Umschreibung des Gelesenen; Gewandtheit in der Abfassung leichter Erzählungen und Beschreibungen als Aufsätze“ (vgl. SP BKS 1891/92, S. 3ff.).

der dritten bis fünften Klasse sollten die *„lettura e spiegazione: 1. della Vita militare del De Amicis; 2. dell’ Eneide trad. del Caro. Componimenti. Sez. 2 Lettura e spiegazione della Divina Commedia, 16 canti dell’Inferno, 1 del Purgatorio e 1 del Paradiso. I primordi della lingua italiana, vite di Dante, Petrarca e Boccaccio secondo il manuale della Storia della letteratura del Maffei. Componimenti“* bearbeitet werden (vgl. SP BKS 1891/92, S. 25). Für die vierte Klasse der Seminarzöglinge war der Muttersprachenunterricht mit einer Dotation von fünf Wochenlektionen deutlich intensiver. Im letzten Seminarjahr sollten den neun, im Schuljahr 1891/92 in der *Sezione italiana* eingeschriebenen Seminaristen, folgende Inhalte vermittelt werden: *„Lektüre: L’Iliade del Monti, il Sacro Macello del Cantù, Filippo dell’Alfieri, Brani della Crestomazia Rinaldi. Gramm: Etimologia del Fornaciari. Componimenti vari“* (SP BKS 1891/92, S. 36). Wie erwähnt übernahm Prof. Maurizio neben dem Muttersprachenunterricht auch den Deutschunterricht und die Geschichte für Italienischsprachige, welcher sich im Deutschen in fünf Wochenlektionen auf folgende Lerninhalte belief: *„Lektüre: An die Geschichte anschliessend: Stücke aus dem Lesebuch für die 3. Stufe der Primarschule des Kantons Bern, W. Tell, Donna Ottavia. Fiori, Konversation. Einzelnes aus der Formenlehre im Anschluss an die schriftlichen Uebungen“* (SP BKS 1891/92, S. 35).

Für die Geschichte sah der Lehrplan der letzten Seminarklasse die *„Vicende fisiche e geologiche della terra; i periodi preistorici: i Celti; la dominazione romana; il preside retico investito de’ 3 poteri; Caracalla, l’aumento delle imposte e i municipi; la dominazione dei Franchi, il feudalismo ed il monachismo; i Carolingi, i Sassoni e le immunità del vescovo di Coira; trasformazione dei vassallaggi in signorie territoriali, i cavalieri e le loro signorie; origine delle giudicature e le prime libertà popolari; la storia dell’impero da Carlo Magno al 1500; la storia patria dalla franchigia urana alla costituzione del 48“* vor (SP BKS 1891/92, S. 42).

Drei Jahre nach der Einrichtung der *Sezione italiana* berichtet die Schule über einen ausserordentlich grossen Zudrang zu den Aufnahmeprüfungen und auch der Vergleich der *„statistischen Zusammenfassungen der Frequenz der bündnerischen Kantonsschule“* der Schuljahre 1890/91, 1891/92, 1892/93 und 1893/94 bezeugen, dass die italienischsprachigen Kantonsbezirke fortlaufend mehr Schüler stellen konnten (vgl. SP BKS 1890/91, 1891/92, 1892/93, 1893/94).

Genaue Schülerzahlen konnten den Schulprogrammen aufgrund ungenauer Erfassung, bspw. plötzliches, erst in späteren Jahren erfasstes Ableben einzelner Schüler und nicht mehr leserlicher statistischer Übersichten nicht entnommen werden. Das Schulprogramm des Kursus 1903/04 stellt schliesslich folgende Zusammenfassung bereit: *„Von 88 Absolventen zwischen 1893-1912 sind 56 durch diese Abteilung gegangen, wovon 53 Misoxer, 1 Bergeller und 2 Puschlaver; 32 dagegen durch die deutsche Abteilung: 4 Misoxer, 9 Bergeller und 19 Puschlaver“* (vgl. SP BKS 1903/1904, S. 26).

#### 5.4.4 Fremdsprachenunterricht

Bezüglich des Fremdsprachenobligatoriums am Lehrerseminar der Kantonsschule waren für die *Italianità* – wenn auch nur kurz – die Ereignisse des Jahrs 1871 bedeutend. So wurde am 28. August durch den Stichentscheid des Präsidenten des Erziehungsrates bestimmt, dass nur das Italienische als Fremdsprache gelernt werden dürfe. Dieser Entscheid wurde aber bald – schon zwei Jahre später – wieder gelockert und es kam zur freien Wahl zwischen Italienisch oder Französisch (vgl. Bazzigher, S. 154ff.). Erst 1920 trat die italienischbündnerische Delegation diesbezüglich mit einer Motion wieder an den Grossen Rat. Die Motion Zanetti wurde zur Prüfung entgegengenommen und das Departement befragte daraufhin die Lehrerkonferenzen. Diese sprachen sich in grosser Mehrheit mit folgender Begründung gegen die Festlegung des Italienischen als obligatorische Fremdsprache aus:

*„Französisch ist für Graubünden eine Landessprache wie das Italienische: es ist die Weltsprache und die Fremdenverkehrssprache“* (GRV Nov. 1921).

Besonders der Lehrerkonferenzbericht der italienischsprachigen Konferenzen erscheint in Bezug auf diese Angelegenheit interessant. So ist im Bericht der Moesa und des Bergells nachzulesen:

*„Wir befürworten sehr, dass unsere Sprache im Kanton besser verbreitet werde, und wünschen, dass an unserem Lehrerseminar in Chur den Zöglingen eingeschärft werde, bei der Wahl eher das Italienische als eine andere Sprache zu wählen. Bei den obwaltenden besonderen Umständen indessen halten wir das absolute Obligatorium nicht als opportun“* (GRV Nov. 1921).<sup>73</sup>

Inwiefern diese besonderen Umstände zu deuten sind, konnte nicht abschliessend geklärt werden. Es ist anzunehmen, dass sie sich auf die Bedeutung des Französischen innerhalb der Handelsbeziehungen des Kantons bezogen. Neben den Lehrerkonferenzen hatte sich auch die Erziehungskommission gegen das Italienischobligatorium ausgesprochen. Der Kommissionsreferent des Grossen Rates nahm folgendermassen dazu Stellung:

*„Es ist richtig, dass die vermehrte Pflege des Italienischen zum besseren Sichverstehen beitragen würde. Der gleiche Grund kann für das Französische geltend gemacht werden. Unsere Altvoordern haben auch kein Obligatorium gehabt und sie haben sich mit ihren italienischen Mitbürgern glücklicherweise ausgezeichnet verstanden. Das Französische ist für uns Bündner ebensowohl eine Landessprache als das Italienische. Es ist darum ebenso nötig, dass wir französisch lernen, oder sogar noch nötiger, indem die*

<sup>73</sup> Von 25 Lehrerkonferenzen hat sich ausschliesslich die Konferenz Bernina ausdrücklich für das Italienischobligatorium ausgesprochen (vgl. GRV Nov. 1921).

*Beziehungen zwischen Deutsch- und Französischschweizern mehr zu wünschen lassen, als die Beziehungen zwischen Deutschbündnern und Italienischbündnern. [...] Damit entsteht ein gewisser Seelenkonflikt zwischen der eidgenössischen und der rein kantonalen Seele, die schliesslich in jedem Bündner stedt. Man lasse es daher bei der Parität der Fremdsprachen [...]. In einem sprachlich gemischten Kanton müssen die Minderheiten sich mit den Tatsachen abfinden. [...] Die Italienischsprechenden sollen nicht die Deutschsprechenden zwingen wollen, diese oder jene Fremdsprache einer anderen vorziehen zu müssen“* (GRV Nov. 1921).

Die Motion Zanetti wurde folglich abgelehnt und bis in die 1930er-Jahre kam diese Angelegenheit nicht mehr zur Sprache.<sup>74</sup>

#### 5.4.5 Lehrkörper

Das vorausgehende Kapitel zum Proseminar in Roveredo nahm bereits Bezug auf die neu zu besetzende Lehrstelle für die italienischsprachige Abteilung der Kantonsschule. Die Wahl fiel wie erwähnt auf den Lehrer Silvio Maurizio von Vicosoprano, welcher sich 1882 selbst am Churer Seminar diplomierte und nach weiteren Studien in Leipzig und Italien seit 1884 die Schweizerschule in Bergamo führte. Neben der Seminarklasse übernahm Prof. Maurizio auch den Italienischunterricht in der 1. Klasse, sowie im 1. Kurs der fünften und im 3. Kurs der siebten Klasse (vgl. SP BKS 1891/92, S. 32). Von 1891 bis 1899 führte er die *Sezione italiana* und unterrichtete *Italiano*, Deutsch und *Storia*. Die Schülerschaft der anderen Abteilungen wurde in besonderen Klassen von Giovanni Lardelli und Vittorio Barbatto in ihrer Muttersprache unterrichtet (vgl. Michel, S. 237). 1899 verliess Prof. Maurizio die Kantonsschule um das Direktorenamt an der Schule in Legnano zu übernehmen. Sein Erbe traten die Lehrer Emilio Gianotti und Balser Puorger an. Prof. Gianotti übernahm den Muttersprachen- und Deutschunterricht, Prof. Puorger dagegen die Fächer Geschichte und Naturgeschichte.

Der Bergeller Gianotti wuchs in Stampa auf und trat als sechzehnjähriger Knabe ins Schullehrerseminar der Kantonsschule ein. 1885 verliess er die Schule als diplomierter Lehrer. Nach einem absolvierten Schuljahr in Soglio folgte er seinem Jugend- und Studienfreund Silvio Maurizio an die Schweizerschule nach Bergamo. Einige Jahre später kehrte er in die Heimat zurück und übernahm die Gemeindeschule in Vicosoprano. Im Jahre 1899 entsprach er dem Ruf der Kantonsschule und übernahm neben der genannten *Sezione italiana* auch eine Anzahl Turnstunden.

<sup>74</sup> Inwiefern die Motion Zanetti in den 1930er-Jahren weiterbearbeitet wurde, konnte in Anbetracht des zeitlichen Rahmens dieser Masterarbeit nicht weiterverfolgt werden.

Gianotti pflegte auch eine beachtliche publizistische Aktivität. Er redigierte bspw. die Wochenzeitung *Bregaglia*, arbeitete für das Bündner Monatsblatt und den *Almanacco dei Grigioni* (vgl. SP BKS 1935/36, S.13ff.). Über das Leben des Prof. Puorgers weiss man, dass er in Ramosch im Engadin aufwuchs und die Realschule in Sent besuchte. Sein Vater betrieb in Carrara (IT) ein Drogeriegeschäft und Puorger nahm im Anschluss an die Realschule das dortige Angebot der *Scuola tecnica* an. Nach den Jahren in der Toscana absolvierte auch er das Lehrerseminar in Chur und wirkte in Mesocco als Lehrer. Auch Puorger kam 1890 an die Schweizerschule in Bergamo und 1896 schliesslich an die Kantonsschule nach Chur, wo er zunächst Fremdsprachen und kaufmännische Fächer unterrichtete. Zwei Jahre später übernahm er einen Teil des Unterrichts an der italienischsprachigen Abteilung. Auch der dreisprachige Puorger publizierte viel unter anderem seine Erzählungen und Novellen in verschiedenen Kantonsblättern wie bspw. im *Chalender Ladin*, im *Fögl d'Engadina* oder auch im *Almanacco dei Grigioni* (vgl. SP BKS 1943/44, S. 39ff.). Ab 1908 übernahmen schliesslich die Romanisten Emilio Gianotti und Arnoldo Marcelliano Zandralli<sup>75</sup> den Unterricht an der *Sezione* (ebd.).

#### 5.4.6 Das Ende des Proseminars

Wie erwähnt nahm das Proseminar in Roveredo einen guten Anfang. Ohne weiteres Aufnahmeverfahren konnte man 1891 Seminarzöglinge in die Kantonsschule übertreten lassen. Damit wurde das Proseminar zu einer Schule mit einer Organisation und Lehrerwahl, welche der Genehmigung der Bündner Regierung unterstand und deren Prüfungen von regierungsrätlichen Vertretern beaufsichtigt wurden (vgl. BK, S. 96). Doch schon 1907 wurde die umfassende kantonale Beaufsichtigung fallen gelassen und das Dasein der Schule wurde auf die „Stufe jeder anderen dreijährigen Sekundarschule zurückgedrängt“ (ebd.), wobei ein besonderer finanzieller Beitrag des Kantons beibehalten wurde. Eine Ursache dafür war unter anderem auch, dass am Seminar in Chur eine italienische Abteilung schon für die erste Seminarklasse errichtet wurde (ebd.).<sup>76</sup> 1910 wurde ausserdem die Sekundarschule Mesocco gegründet, was das Schicksal des Proseminars unwiderruflich besiegelte. Im Grossen Rat wurde intensiv über das weitere Schicksal des Proseminars diskutiert. Es wurden bspw. Anläufe gemacht, um den kantonalen Subventionsbeitrag auf den üblichen Beitrag für Sekundarschulen zu reduzieren oder der Schule den Betrag gar ganz abzusprechen. Im Zentrum der Diskussionen stand also vorwiegend die teure Subventionierung der

<sup>75</sup> Über die Person A. M. Zandralli ist bereits im Prolog unter Kap. 4.4.2 ausführlich berichtet worden. Bezüge zu seinem Wirken für die *Italianità* sollen Eingang in die Auseinandersetzungen der dritten Emanzipationsphase (vgl. Kap. 5.5) finden.

<sup>76</sup> Die erste Seminarklasse an der Kantonsschule entsprach der letzten Proseminarklasse (vgl. BK, S. 96).

Schule. Es gab aber auch Grossratsmitglieder die sich ausdrücklich für die Erhaltung der Schule aussprachen. Diese betonten, „dass man mit logischen Argumenten das Proseminar nicht verteidigen könne, aber mit den Argumenten des Herzens und der Politik“ (GRV Nov. 1920). Des Weiteren wurden Stimmen laut, welche bekräftigten, „dass aus staatspolitischen Gründen man danach trachten solle, die Mesolcina noch mehr an den Kanton heranzuziehen und ihr keinen Vorwand geben, sich abzusondern und über Vernachlässigung ihrer Interessen zu klagen“ (ebd.).

Obwohl das Proseminar in Roveredo das Potenzial gehabt hätte, das gesamte Mittelschulproblem der Talschaften ansatzweise zu lösen, hat die Schule zu keinem Zeitpunkt seiner Existenz, eine Institution der Lehrerbildung für ganz Italienischbünden dargestellt.

„Die Schule hat nicht alle Hoffnungen erfüllt. Sie ist nicht ein Proseminar für alle italienischen Talschaften geworden und auch nicht für die ganze Mesolcina [...]. Es ist auch richtig, dass es Sekundarschulen gibt, die dasselbe leisten, wie das Proseminar Roveredo und für den Eintritt in die Kantonsschule ebenso gut vorbereiten und dabei keine Stipendien und keine besonderen Subventionen des Kantons erhalten“ (GRV Nov. 1920).<sup>77</sup>

Möglichweise auch weil nie „klare Einsicht darüber geherrscht“ (BK, S. 98) hat, welche Zielsetzungen die Schule genau verfolgen sollte. Ihre Gründung war 1888 alltagspraktisch und politisch motiviert, wobei sie ihre eigentliche Berechtigung schon bei der Gründung der Misoxer Sekundarschule verlor. Trotzdem dürfe nicht vergessen werden, dass die Schule „anerkanntermassen segensreich gewirkt“ (GRV Nov. 1920) habe, denn es sei „zu einem guten Teil“ (ebd.) ihr zu verdanken, „wenn nunmehr eine genügende Anzahl italienisch sprechender Lehrer zu Verfügung“ (ebd.) stehe.

### 5.5 Dritte Emanzipationsphase – Die PGI und das neue Selbstverständnis

Mit dem Jahr 1911 teilten sich ausschliesslich zwei italienischbündnerische Lehrer den gesamten Italienischunterricht an der Kantonsschule. Zum einen war dies der im Prolog (Kap. 4.4.2) bereits eingeführte Misoxer Arnaldo Marcelliano Zandralli, welcher neben grossen Teilen des Muttersprachenunterrichts in allen Abteilungen, auch in einem bedeutenden Lektionenpensum an

<sup>77</sup> Die Kritik richtete sich vor allem an die Gemeinde Roveredo, welche ihren Verpflichtungen nicht in vollem Umfange entsprochen habe. So seien z.B. nie genügend Lokalitäten zur Verfügung gestellt worden, das versprochene Anschauungsmaterial fehle nach wie vor und auch in Bezug auf die Lehrerwahlen habe man sich nicht an die Vorschriften gehalten (vgl. GRV Nov. 1920).

der *Sezione italiana* unterrichtete.<sup>78</sup> Der Bergeller Emilio Gianotti hingegen übernahm den übrigen Muttersprachenunterricht, den Deutschunterricht für die *Sezione* und Sport (vgl. AGI 1957, S. 39). Neben seiner Lehrtätigkeit an der BKS engagierte sich Zandralli auch ausserhalb der Schule für die italienischsprachige Bevölkerung im Kanton und kann damit als bedeutendster Akteur im Empowermentprozess der bündnerischen *Italianità* angesehen werden.

Der Tessiner Schriftsteller und Poet Francesco Chiesa postulierte 1913 in einer seiner Reden „*Le sentiment national*“ die Wiederherstellung ethnischer, sprachlicher und kultureller Werte.<sup>79</sup> Es waren ebensolche Stimmen, die bei Zandralli unifizierende Überzeugungen aufkommen liessen. Unter Berücksichtigung der Geschehnisse und Erfahrungen im Zusammenhang mit dem ersten Weltkrieg, welche mit interstaatlichen und internationalen Eroberungen einhergingen, ideologisierte auch Zandralli das Verständnis einer Schweiz mit „universellem Charakter“ (vgl. Boldini 1968, S. 5). Innerhalb eines solchen Verständnisses verloren sprachliche, ethnische und kulturelle Unterschiede an segregierender Bedeutung; dies entsprechend der Idee eines Föderalismus als demokratisches Prinzip, in welcher die individualistische Tradition über allem steht. Die nationalen Errungenschaften – im Sinne Chiasas – sollten auch auf kantonaler Ebene realisiert werden können; dies wollte Zandralli nicht vorwiegend im Namen der besonderen Interessen einer einzelnen Talschaft erreichen, sondern vielmehr im Ausdruck einer ethnisch-linguistischen Einheit in Form eines *Grigionitaliano* begründen (ebd.).

Zandralli gewann vor diesem Hintergrund insofern die Einsicht, dass die italienischsprachigen Täler – zur Verbesserung ihrer Lage – den Weg über eine verstärkte Partizipation und Mitgestaltung innerhalb der kantonalen Politik gehen mussten. Unter Berücksichtigung der deutlichen Unterschiedlichkeiten innerhalb der Talschaften, versprach sich Zandralli mehr politisches Mitspracherecht im Kantonsinnern, würden die Talschaften als Einheit mit gleicher Sprache und gleichen Interessen auftreten.

Die Vereinigung der PGI bildete sich aus dem ebensolchen Bedürfnis heraus, die italienischsprachigen Talschaften einander anzunähern und fungierte von Beginn an als Bindeglied unter den ebensolchen. Die von der PGI 1918 gegründete Zeitschrift *Almanacco dei Grigioni* wurde als Mittel zur Herausbildung unifizierender Entwicklungen eingesetzt. Die Idee eines solidarischen

<sup>78</sup> Gemäss Schulprogramm 1911/12 unterrichtete Zandralli auch einige Lektionen Französisch (vgl. SP BKS 1911/12).

<sup>79</sup> In Chiasas Ausführungen wird ein Schweizer Staat proklamiert, in welchem sich drei unterschiedliche Völker gemeinsam für ein besseres Leben einsetzen. Gleichzeitig betont er aber auch die Wichtigkeit dem eigenen Wesen treu bleiben zu können (vgl. Chiesa 1913).

*Italienischbündens*, eines *Grigionitaliano* sollte dieser Südregion Graubündens eine Form geben und gleichzeitig eine Stimme in der kantonalen Politik verleihen. Die Bemühungen der PGI ein neues Selbstverständnis zu propagieren, lösten in den Talschaften die verstärkte Wahrnehmung der anderen italienischsprachigen Talschaften aus und liessen Parallelen eigener lokaler Schwierigkeiten mit den solchen der anderen italienischsprachigen Talschaften in deutlicherer Weise sichtbar werden. Damit begannen sich die südbündnerischen Täler in ihrer Position als kantonale und nationale Minorität mit gleichen bzw. ähnlichen Problemstellungen zu erkennen. Die PGI fungierte innerhalb dieses Prozesses als intertalschaftliche kräftemobilisierende Instanz, welche das Potenzial entfaltete zwischen der Lebenswelt der *Italianità Grigionitaliana* einerseits, und den Entscheidungsträgern der Verwaltung und der Behörden andererseits, zu vermitteln. Dieses intertalschaftliche Verständnis der eigenen Identität gewann auch im Zusammenhang mit den Anerkennungsbemühungen der *Italianità* auf nationaler Ebene an Bedeutung. So sollte der *Grigionitaliano* – neben dem Tessin – auch als Teil der italienischen Schweiz anerkannt und berücksichtigt werden.

Ganz so geradlinig, wie es die hier ausgeführte Darstellung möglicherweise anmuten lässt, verlief der Prozess der Solidarisierung unter den Talschaften nicht. Vielmehr verlief dieser im Kontext von wiederkehrenden Rückschritten und Misserfolgen. Die folgenden Ausführungen bezüglich eines neugeschaffenen Selbstverständnisses *Grigionitaliano* sind auch vor diesem Hintergrund zu verstehen.

Im *Almanacco dei Grigioni* des Jahres 1922 macht Zentralli auf das unsolidarische Verhalten der Bevölkerung innerhalb der unterschiedlichen Talschaften Italienischbündens aufmerksam. Dabei bezieht er sich auf das Wahlverhalten der Talschaften im Zusammenhang mit der Volksabstimmung vom 22. Mai 1921 über das Strassenverkehrsgesetz und das Luftfahrtgesetz. Einerseits beklagt er die geringe Wahlbeteiligung der Stimmberechtigten in den Talschaften. Man überliesse die Entscheidungsmacht mit dieser Gleichgültigkeit der Bevölkerung im Kantonsinnern und vergesse nur allzu oft, dass diese in eigenem Interesse handeln würde (vgl. AGI 1922, S. 46). Es sei ausserdem unerfreulich, dass benachbarte Gemeinden so unterschiedlich abstimmen würden; fast im Sinne eines gegenseitigen Widerstands (ebd.).

Man müsse doch angesichts sehr ähnlicher Lebensumstände innerhalb der Talschaften, in welchen die Leute die gleiche Mentalität hätten, vielmehr die gleichen Interessen vertreten (ebd.). Die Ressentiments der Talschaften könnten im Kantonsinnern nur dann in gebührender Weise rezipiert werden, wenn sie sich kollektiv, solidarisch und einstimmig manifestierten (ebd.). Zentralli bekräftigte, man wolle mit der Idee des *Grigionitaliano* nicht eine Fusion der Talschaften befördern. Dennoch sei die politische Zusammenarbeit der Talschaften aber eine *conditio sine qua non* um eine

nachhaltige Lösung der Problematiken innerhalb der Talschaften erreichen zu können (a.a.O., S. 47). Diese Zusammenarbeit könne nur über zwei Exponenten des öffentlichen italienischbündnerischen Lebens, über die mediale Berichterstattung und über die grossrätliche Vertretung realisiert werden (ebd.).

Schon seit Jahrzehnten äusserten mehrere Vertreter aus den italienischsprachigen Talschaften das Bedürfnis nach einer stärkeren heimischen Vertretung in der Erziehungsbehörde. Die in diesem Zusammenhang emergierenden Unmutsäusserungen machte die PGI zu einem ihrer allerersten Politika als neugegründeter Verein. Das Präsidium der PGI erbat in einem Schreiben des 1. Juni 1918 das kantonale Erziehungsdepartement um die Ausweitung der Erziehungskommission von drei auf fünf Mitglieder. Im Bericht der PGI des Jahres 1920 ist nachzulesen, dass die Aufnahme eines Vertreters Italienischbündens dringend notwendig erscheine, als dass die kulturellen Aspirationen und didaktisch-schulischen Interessen in den Talschaften als bedeutend unterschiedlich zu den ebensolchen im Kantonsinnern zu bewerten seien (vgl. APGI 1920, S. 47).

*„Ond'è che nell' interesse delle Valli e del Cantone tutto, fa d'uopo accingersi coscienti allo studio di nuovi bisogni e delle nuove questioni onde darne una soluzione adeguata e finita. Ma ciò può avvenire solo in intima relazione colla suprema Autorità scolastica [...]. Di là la necessità per le Vallate italiane di avere una costante rappresentanza [...] che, conoscente delle precipue condizioni valligiane, si faccia interprete delle nostre aspirazioni e dei nostri interessi in fatto di cultura, di scuole, di insegnamento, e che, questi allacciando e accordando con quelli dell'interno del Cantone, ne mantenga costante l'affiatamento“* (APGI 1920, S. 47).<sup>80</sup>

Am 20. Mai des Jahres 1919 wurde im Grossen Rat die Sprachenfrage wieder aufgenommen. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass die *„ländlichen Verhältnisse nicht genügend berücksichtigt werden. In den italienischen Talschaften können die Lehrer weder deutsch noch italienisch genug, weil auf der Kantonsschule zu viel literarisch und zu wenig linguistisch gearbeitet werde“* (GRV Mai 1919).

Dem Postulat der PGI, zwei italienischsprachige Mitglieder in die Erziehungskommission zu wählen, könne aufgrund *„verfassungsmässiger Gründe“* (ebd.) nicht entsprochen werden. Es werde jedoch

<sup>80</sup> In freier deutscher Übersetzung der Autorin: „Es ist unabdingbar, dass man sich – im Interesse der Talschaften und des gesamten Kantons – dem Studium der neuen Bedürfnisse und der neuen Fragestellungen widmet, damit eine angemessene und reife Lösung gefunden wird. Dies kann aber nur in enger Beziehung zu den Erziehungsbehörden geschehen [...]. In Folge dessen also die Notwendigkeit einer Vertretung, welche die gegenwärtige Lage in den Talschaften kennt, sich für unsere Bestrebungen und Interessen bezüglich Kultur, Schule, Unterricht einsetzt und das mit dem Kantonsinneren gemeinsame Zielstreben fortdauernd hält“.

eine italienischsprachige Person bei der Behandlung von Traktanden, die den italienischen Kantonsteil betreffen, „mit beratender Stimme“ (ebd.) beigezogen.

Die Zahl der Kommissionsmitglieder war durch die kantonale Verfassung bestimmt (vgl. APGI 1920, S. 14ff.). Eine Änderung der Mitgliederzahl hätte demzufolge einer vom Volk angenommenen Verfassungsänderung bedurft, was aller Voraussicht nach mit einem zu grossen Aufwand verbunden gewesen wäre. Zwar hatte das Begehren der PGI gewisse Zustimmung in der Regierung erhalten und den Talschaften wurde immerhin eine heimische „beratende Stimme“ innerhalb der sie betreffenden Sitzungen der Erziehungskommission zugesprochen. Nichtsdestotrotz muss dieser Beschluss für die Talschaften zu wünschen übrig gelassen haben, da nur zweimal tatsächlich ein Talschaftsvertreter zu den Sitzungen eingeladen wurde. Diesen Umständen entsprechend wurde die PGI 1927 erneut beim Erziehungsdepartement vorstellig (vgl. BK, S. 130). Das Erziehungsdepartement begründete die vereinzelt Einladungen damit, dass nicht wiederholt die gleiche Expertenstimme aufgeboden werden könne und an den – unter italienischbündnerischem Beisitz – stattgefundenen Sitzungen zudem auch weitere, nicht an der Sitzung traktandierte Anliegen der Talschaften bearbeitet werden konnten und sich weitere Sitzungen deshalb entfielen (vgl. APGI 1928, S. 12ff.). Es mussten insofern mehr als zwanzig Jahre vergehen bis den Forderungen der *Italianità* bezüglich einer italienischbündnerischen Vertretung in der Erziehungsbehörde – Ende 30er-Jahre – stattgegeben wurde (vgl. Boldini 1987, S. 27).

Eine andere Entwicklung im Zusammenhang mit der Herausbildung des Selbstverständnisses einer gemeinsamen Identität *Grigionitaliano* nahm das zweite Ersuchen der PGI bezüglich der Reorganisation des Schulinspektorates für Italienischbünden. Im Jahr 1918 hatte nur der Bezirk Moesa einen eigenen italienischsprachigen Schulinspektor, das Bergell und das Puschlav hingegen waren der Aufsicht eines romanischsprachigen Schulinspektors unterstellt, welcher auch das Oberengadin inspektorierte. Die PGI wandte sich in dieser Angelegenheit mit der Forderung zur Nominierung eines einzigen, für alle vier Talschaften zuständigen, italienischsprachigen Schulinspektors wieder an die Regierung. Dieser sollte „*promuovere quell'unità di indirizzo e di azione didattico-scolastici, quella intensità di vita scolastico-culturale da cui solo si può attendere la redenzione educativa della nostra gente*“ (APGI 1920, S. 51).<sup>81</sup>

<sup>81</sup> In freier deutscher Übersetzung der Autorin: „fördern jener didaktisch-schulischen Richtungseinheit, jener schulisch-kulturellen Lebensintensität von der allein die erzieherische Herauslösung unserer Bevölkerung zu erwarten ist“.

Der Kleine Rat hatte bereits 1918 einen einzigen Inspektionsbezirk, welcher das gesamte italienischbündnerische Kantonsgebiet umfassen sollte, ins Auge gefasst und als einzigen Aufseher Italienischbündens den bisherigen Inspektor des Bezirks Moesa, Giovanni Schenardi, nominiert. Aufgrund der Ablehnung Schenardis sah sich das Departement gezwungen, die Inspektoratsstelle öffentlich auszuschreiben. Dies löste innerhalb der Talschaften heftige negative Reaktionen aus. Man befürchtete die Bevormundung durch den, einer der Talschaften entstammenden Schulinspektor und eine entsprechend einseitige Interessensvertretung. Die Proteste führten dazu, dass Ende 1920 nochmals drei Schulinspektoren – für jeden Bezirk einen eigenen – Aurelio Ciocco für den Bezirk Moesa, Adolfo Lanfranchi für das Puschlav und Silvio Maurizio für das Bergell gewählt wurden (vgl. Boldini, S. 16).

Für die PGI muss diese Entwicklung ein erneuter Misserfolg bedeutet haben. Zwar war nun jeder Bezirk einem italienischsprachigen Schulinspektor unterstellt, jedoch konnten die von der PGI verfolgten Unifizierungsbemühungen – im Sinne eines neuen Selbstverständnisses *Grigionitaliano* – damit nicht in gewünschter Weise weiterentwickelt werden. Nichtsdestotrotz nahmen die Geschehnisse dieser Jahre bedeutenden Einfluss auf die Fortentwicklung der politischen Bewegungen der nächsten Jahre. Wenn auch das Konzept des Selbstverständnisses *Grigionitaliano* nicht unbedingt der eigentlichen Wahrnehmung der Identität eines Puschlavers, eines Bergellers, eines Misoxers oder eines Calanchiners entsprach, so vermochte es immerhin als politisches Konzept seine Dienste erbringen. Die buchstäblichen, auf politischer Ebene stattfindenden *Rivendicazioni Grigionitaliane* – unter neugewonnenem, politischem Selbstverständnis – nahmen schliesslich Ende der 20er-Jahre ihren Anfang und dauerten bis weit in die 40er-Jahre des 20. Jahrhunderts hinein. Neben den weiteren Bestrebungen innerhalb des Kantons, welche über die PGI, bspw. die Reorganisation des Lehrerseminar an der BKS<sup>82</sup>, ein Italienischobligatorium an Sekundarschulen<sup>83</sup>, die Errichtung eines Progymnasiums für das Bergell und das Puschlav oder die Stipendienerrhöhung für weitere Studien an höheren Instituten für die italienischsprachige Lehrerschaft gefordert wurden, vollzogen sich die *rivendicazioni* auch auf zwei weiteren Ebenen (vgl. APGI 1930, S. 18ff.).

Einerseits galt es die eigene Position innerhalb der italienischen Schweiz zu stärken, denn die geografische Lage und die sprachlichen Voraussetzungen der Talschaften machten in Kultur- und

<sup>82</sup> Anlässlich der Neubesetzung der Lehrstelle von Prof. Puorger wurden 1936 Vorschläge der PGI zur „*riorganizzazione dei nostri studi magistrali*“ (vgl. APGI 1920, S. 18ff.) dem Erziehungsdepartement eingereicht, welche massive Verbesserungen der *Sezione italiana* zur Folge hatten (ebd.).

<sup>83</sup> Vgl. diesbezüglich GRV 1920 Mai.



Bildungsfragen seit jeher gezwungenermassen auch eine gewisse Anlehnung an den Kanton Tessin notwendig. Vor diesem Hintergrund versuchten die Talschaften andererseits auf nationaler Ebene, Anerkennung als Angehörige der *Svizzera Italiana*<sup>44</sup> zu erringen.

Die Herausbildung des Selbstverständnisses *Grigionitaliano* bildete sich insofern nicht unmittelbar aus den Entwicklungen der BKS heraus, sondern reichte weit über ihren Kontext hinaus. Nichtsdestotrotz standen die Entwicklungen der dritten Emanzipationsphase in engem Zusammenhang mit der Kantonsschule. Dieser Zusammenhang wurde in erster Linie durch den Hauptakteur Zandralli, welcher in der Rolle als Italienischlehrer an der BKS und gleichzeitig Gründer der PGI auf doppelter Ebene wirkte. Einerseits nahm seine forschende Interessenspolitik in der Verteidigung der *Italianità* direkten Einfluss auf die Entwicklungen des Italienischunterrichts an der BKS; gleichzeitig vermittelte er als Lehrkraft das Selbstverständnis *Grigionitaliano* in etlichen Schulstunden an seine Schülerschaft, welche ebendieses in verinnerlichter Weise weitertrugen.



Abb. 5. Arnoldo Marcelliano Zandralli auf einer Schulreise; rechts hinter ihm sein Lehrerkollege Renato Stampa (Boldini, R. [1987]: *Una vita per quattro valli*; KBC, Signatur, Uu 111).

<sup>44</sup>Der Begriff der *Svizzera Italiana* geht – Mitte des 19. Jahrhunderts – auf den Bundesrat Stefano Franscini zurück. Die *Svizzera Italiana* bezog sich damit auf das Tessin und die südlichen Bündner Täler, als eine regionale, interkantonale Einheit (vgl. Tschärner, S. 201).

## 6 Abschliessende Betrachtung und Ausblick

Diese Masterarbeit beleuchtet den siebenjährigen emanzipativen Entwicklungsprozess der *Italianità* an der Bündner Kantonsschule und bettet diese Entwicklungen in einen kantonalen Empowermentkontext ein. Die Arbeit diskutiert, inwiefern die BKS als Ort fungierte, in welchem sich emanzipative Entwicklungen herausbilden und weiterentwickeln konnten. Sie nimmt Jahrzehnte in den Forschungsfokus, in welchen der bündnerische Plurilinguismus als Hindernis und der Umgang mit dem ebensolchen als beträchtliche Schwierigkeit rezipiert wurde. Die damalige Bildungspolitik spielte sich vorwiegend in der deutschsprachigen Stadt Chur ab, in welcher nur am Rande ein Bewusstsein über die Lebensbedingungen der abgelegenen italienischsprachigen Talschaften des Kantons vorhanden war. Eine Politik, die in erster Linie die Bedürfnisse einer deutschsprachigen Kantonsbevölkerung vertrat, auch weil sie über die solchen der Anderen vorerst keine wirkliche Vorstellung hatte. Erst mit der im Jahre 1853 vom Kanton erlassenen Schulordnung und der Pflicht, in jeder Gemeinde des Kantons, je nach Zahl der schulpflichtigen Kinder, eine oder mehrere Schulen zu schaffen (vgl. Metz, S. 261), richtete sich die kantonale Bildungspolitik allmählich auch auf die italienisch- und romanischsprachigen Talschaften aus.

Insbesondere der Mangel an befähigten Lehrkräften, setzte den Kanton einem Handlungsdruck aus, seine Pflichten auch in den Talschaften in zufriedenstellendem Masse zu erfüllen. Dieses zweckgebundene Interesse des Kantonsinnern für die Verbesserung der schulischen Situation innerhalb der Talschaften stand einem Bedürfnis der – auf der anderen Seite stehenden – *Italianità* nach mehr Mitspracherecht in der Bildungspolitik direkt gegenüber. Genau inmitten dieser Wechselwirkung, zwischen politisch-wirtschaftlichen Interessen in Chur und sozial-kulturellen Bedürfnissen in den Talschaften, ist die BKS in ihrer Funktion als bedeutendste Schule für mittlere und höhere Bildung des Kantons anzusiedeln. Sie widerspiegelte gewissermassen die damalige, vorwiegend am Kantonsinnern orientierte Bildungspolitik, war aber gleichzeitig von Anbeginn mit einer plurikulturellen bzw. plurisprachlichen Realität konfrontiert.

Die BKS stand damit vor einer herausfordernden Aufgabe. Einerseits fungierte sie als Umsetzungsinstanz bildungspolitisch motivierter Direktiven, andererseits musste sie in ihrer Funktion als substantielle postelementare Bildungsinstitution äusserst disparate Ausbildungszwecke erfüllen und eine sehr heterogene Schülerschaft gleichzeitig ausbilden. Die Einführung des Muttersprachenunterrichts bspw. und auch die Errichtung der *Sezione italiana* ergaben sich nicht unbedingt aus der grösseren Anerkennung der *Italianità* gegenüber, sondern waren in erster Linie



bildungspolitisch motiviert und standen in direktem Zusammenhang mit dem in den italienischsprachigen Talschaften besonders prekären Mangel eines gut ausgebildeten Lehrkörpers.

Die Einführung des Muttersprachenunterrichts (vgl. Kap. 5.3) mag vielleicht in erster Betrachtung als bedeutende Entwicklung für die *Italianità* an der BKS bewertet werden und stellte damals sicherlich einen ersten grossen Fortschritt dar. In Wirklichkeit ist die tatsächliche Wirkung der Einführung von zwei Wochenstunden als eher bescheiden zu bewerten. Die Schülerschaft wurde in verschiedenen Klassen mit stark unterschiedlicher Vorbildung unterrichtet und es kamen Zöglinge aus allen verschiedenen Abteilungen der Schule in den Genuss ebendieses Unterrichts. Folglich wurden diesem Unterricht sehr unterschiedliche Lehrplananforderungen entgegengebracht. Es ist anzuzweifeln, dass unter diesen Bedingungen ein für die Mehrheit gewinnbringender Unterricht angeboten werden konnte. Insofern verwundert es nicht, dass die BKS von vielen italienischbündnerischen Zöglingen nach den ersten Schuljahren wieder verlassen wurde. Schon die Aufnahmebedingungen in die zweite Klasse der BKS<sup>85</sup> – u.a. „*richtiges Wiedergeben mitgeteilter Erzählungen [...] und einen Gedanken mannigfach ausdrücken zu können*“ (SP BKS 1861/62, S. 4) – lassen grosse Zweifel aufkommen, dass die italienischsprachige Schülerschaft in diesen Jahrzehnten je eine reelle Möglichkeit gehabt hätte, an dieser Schule, in gleichvielen Schuljahren wie deutschsprachige Bündner/innen reüssieren zu können.

Eine deutlich einträglichere Effizienz kann der *Präparandenklasse* zugeschrieben werden. Immerhin eröffnete diese für die *Italianità* – ohne den erforderlichen Mehraufwand zu übersehen – eine substanzielle Möglichkeit am Bildungsangebot der BKS in tunlicher Weise teilhaben zu können.

Im Zusammenhang mit der zweiten Emanzipationsphase (vgl. Kap. 5.4) hat die Quellenbearbeitung ein etwas aussichtsreicheres Bild ergeben. Betreffend den Zusammenhang zwischen dem an der BKS integrierten Schullehrerseminar und dem (Self-)Empowermentprozesses der *Italianità* ist von einer eigenen Entwicklung auszugehen. Die Ausbildung eines ordentlich ausgebildeten Lehrkörpers hat in Italienischbünden bis Ende des 19. Jahrhunderts eine äusserst unbefriedigende Situation dargestellt und beschäftigte die Erziehungskommission bis ins 20. Jahrhundert hinein. Die Gründung des Proseminars in Roveredo war – wie erwähnt – in erster Linie politisch motiviert und hatte erst in zweiter Instanz mit dem Empowerment der *Italianità* zu tun. Für die Einführung der *Sezione italiana* an der BKS war es – dessen ungeachtet – ausschlaggebend und es ist bspw. gerade den

<sup>85</sup> Gemeint ist der Übertritt von der *Präparandenklasse* in die Kantonsschule.

Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Proseminar zuzuschreiben, dass die Zulassung des weiblichen Geschlechts an der BKS initiiert wurde.

Das Proseminar mag in seinen ersten Jahren insofern einen guten Ersatz für die aufgehobene *Präparandenklasse* gewesen sein, war aber letztendlich nicht in der Lage, ausreichend auf die Kantonsschule vorzubereiten.

Der Errichtung der italienischsprachigen Abteilung ist – als gewichtige Emanzipationsphase für die *Italianità* – schliesslich grössere Bedeutung beizumessen. Nichtsdestotrotz gilt es aber auch deren direkte Wirkung – im Sinne einer Verbesserung der Zustände an der BKS – unter Berücksichtigung gewisser Faktoren nicht zu überschätzen. Grundsätzlich wurden alle Fächer, ausgenommen der Muttersprache, der Geschichte und der Naturgeschichte, nach wie vor auf Deutsch unterrichtet. Zudem wurden die dritte und die vierte bzw. die fünfte und die sechste Klasse in den Fächern Naturgeschichte und Geschichte gemeinsam unterrichtet (vgl. SP BKS 1890/91, 1891/92, 1892/93, 1893/94). Für den Muttersprachenunterricht hingegen wurden auch die Schüler anderer Abteilungen zusammengenommen. Obwohl die *Sezione italiana* zusammen mit dem Proseminar für den auf der Makroebene angesetzten kantonalen Empowermentprozess der *Italianità* signifikant war und deren Ausweitung in späteren Jahren einen weiteren Schritt in Richtung Gleichstellung der *Italianità* an der BKS bedeutete, kann die *Sezione italiana* in diesen hier fokussierten sieben Dezennien für die italienischbündnerische Schülerschaft kaum jemals befriedigt haben. Diese Tatsache belegen auch die statistischen Übersichten in den Schulprogrammen, worin einzusehen ist, dass Puschlaver und Bergeller sich über zwei Jahrzehnte lieber in die deutschsprachige Abteilung einschrieben. Auch Renato Stampa, welcher ab 1933 an der italienischsprachigen Abteilung unterrichtete, erachtete die Bezeichnung *Sezione italiana* später als unzulänglich. So sei doch die beschränkte Anzahl Lektionen in der Muttersprache, in unterschiedlichen Altersklassen, nicht ausreichend um von einer italienischsprachigen Abteilung sprechen zu können (vgl. QGI 1961, S. 252).

Bei Betrachtung der statistischen Zusammenstellungen der Schülerzahlen an der BKS über den hier relevant gesetzten Zeitraum von siebzig Jahren, konnte zwar keine detaillierte Übersicht der Entwicklungen im Zusammenhang mit den Schülerzahlen erreicht werden, jedoch lässt sich mit deutlicher Sicherheit sagen, dass der Besuch der Kantonsschule von der italienssprachigen Kantonsjugend wohl nie einem der Bevölkerungszahl angemessenen Verhältnis entsprochen hat. Obwohl die Kantonsschule die bedeutendste Erziehungs- und Bildungsanstalt mittlerer und höherer Bildung im ganzen Kanton darstellte und es auch bis in die heutige Zeit geblieben ist, konnten die gymnasiale und die technische Abteilung kaum je italienischbündnerische Zöglinge aufweisen, was –

in Anbetracht inexisterter gymnasialer Alternativen für die *Italianità* im Kanton – als klare Benachteiligung der *Italianità* bewertet werden muss. Das Misox blieb über die ganzen Jahre und für alle Abteilungen der Kantonsschule äusserst untervertreten. Das Lehrerseminar existierte für die italienischsprachige Schülerschaft von 1850-1890 kaum. Erst die Einrichtung des Proseminars in Roveredo und der *Sezione italiana* am Lehrerseminar vermochte den Zuzug aus dem italienischen Kantonsteil – wenn auch nur in bescheidener Weise – zu beleben.

Ab den 1890er-Jahren schienen ausschliesslich das Seminar und die Handelsabteilung für ItalienischbündlerInnen in Betracht zu fallen, d.h. vor allem die Abteilungen, auf welche die Sekundarschulen bzw. das Proseminar ausreichend vorzubereiten vermochten. Es kann aufgrund der hier bearbeiteten Quellen in aller Deutlichkeit davon ausgegangen werden, dass die Kantonschule über diese siebzig Jahre eine in grössten Teilen deutschsprachige Schule darstellte.

Hinsichtlich der Relevanz der dritten Emanzipationsphase ist zu konstatieren, dass sich das Konzept des *Grigionitaliano* als neues Selbstverständnis der bündnerischen Identität nicht aus der talschaftlichen Alltagspraxis ergeben hat. Vielmehr ist es als künstlich erzeugtes politisches Mittel anzusehen, womit eine geschlossenere, wirkmächtigere Interessensvertretung vorgebracht werden konnte. Es ist auszuschliessen, dass sich tatsächlich eine intertalschaftliche Identität als solche herausgebildet hat. Durch den Einsatz der PGI entstanden aber mit den Jahren nichtsdestotrotz profunde Beziehungen zwischen den italienischsprachigen Tälern, welche bis in die heutige Zeit überdauert haben.<sup>86</sup> Insofern war die Entfaltung dieses politischen Selbstverständnisses eines solidarischen *Grigionitaliano* – im Sinne eines politischen (Self-)Empowerment – auch für die Fortentwicklung des Empowerment-prozesses der *Italianità* ab den 1920er-Jahren von grosser Bedeutung. Die Gründung der PGI und die Ereignisse innerhalb der hier untersuchten dritten Emanzipationsphase bildeten insofern den Anstoss für die Hochzeit des (Self-)Empowermentprozesses der *Italianità* ab den 1920er-Jahren, welcher ab dann auch stark nationalen Charakter annahm.

Für das Misox bspw. weitete sich die Verbindung zum Tessin auch auf wirtschaftliche und sanitäre Fragen aus (vgl. BK, S. 50). Das „*Comitato pro rivendicazioni etniche, economiche e politiche della Valle Mesolcina*“<sup>87</sup> wurde bspw. mit einer Reihe von Forderungen an die Regierung vorstellig. Die

<sup>86</sup> In diesem Zusammenhang können die Einsetzung eines gemeinsamen Steuerkommissärs für alle Talschaften, die Ernennung eines gemeinsamen Schulinspektors und einzelne Bildungskurse für Lehrpersonen genannt werden (vgl. BK, S. 14).

<sup>87</sup> Zu den *Rivendicazioni Grigionitaliane* vgl. auch QGI Mai 1938.

Forderungen waren damals dem Programm der PGI entnommen und anfangs der 20er-Jahre noch stark auf die Lage des Misoxs ausgerichtet. In einem zweiten Anlauf 1924 – in der grossrätlichen Frühjahrssession – war es schliesslich schon die gesamte italienischbündnerische Vertretung im Grossen Rat, welche entsprechende Forderungen stellte. Ab den 20er-Jahren lehnte sich Italienischbünden stark an die *Rivendicazioni Ticinesi* an, mit welchen auf nationaler Ebene bereits eine stärkere Berücksichtigung des Kantons Tessin innerhalb der Schweiz erreicht werden konnte.

Noch 1927, als die kulturelle Forderung des Tessins betreffend einer jährlichen Subvention von 100'000 Fr. hängig war, gelangte auch die PGI an den Bundesrat mit dem Gesuch, Italienischbünden dem Tessin entsprechend gleich zu behandeln (vgl. BK, S. 49). Das Eidgenössische Departement des Innern nahm bezüglich der Angelegenheit insofern Stellung, als man noch „*ben lontani da qualsiasi decisione*“<sup>88</sup> (ebd.). sei und Italienischbünden ging damit vorerst leer aus.

Die *Rivendicazioni Ticinesi* fanden erst 1929 Zustimmung durch die Bundesbehörden, was in einen besonderen Schulsubventionsbetrag von 40 Rp. pro Kopf mündete. Schon ein Jahr später erhielt schliesslich auch die Vereinigung der PGI einen jährlichen Beitrag – allerdings nur von 6000 Fr. anstatt der beantragten 10'000 Fr. – zuerkannt (a.a.O., S. 51). Trotz bescheidener Erfolge wurde Italienischbünden in diesen Jahren, neben dem Tessin, höchstens als Randfigur der Italienischen Schweiz rezipiert und konnte an den vom Tessin erkämpften Privilegien nur in sehr bescheidener Weise teilhaben. In diesem Zusammenhang erscheint für Italienischbünden folgende Erscheinung in besonderem Masse einschneidend; die weitreichende Nicht-Berücksichtigung seitens der *Radio Svizzera Italiana* (ebd.).

Anhand des eben ausgeführten Ausblicks in die Jahre nach dem hier untersuchten Zeitrahmen wird nochmals in verstärkter Weise deutlich, dass der (Self-)Empowermentprozess der *Italianità* seinen Abschluss nicht mit der dritten Emanzipationsphase fand, sondern damit vielmehr erst richtig begann und bis in die heutige Zeit fort dauert. Die Entwicklungen der hier untersuchten siebzig Jahre sind – wenn die Fallstudie nun in einen grösseren Kontext gestellt werden kann – insofern als anfänglicher Mikro-Empowermentprozess zu verstehen, welcher die ganze Entwicklung ins Rollen brachte. Während dem die ersten beiden Emanzipationsphasen vorwiegend eine Empowermententwicklung darstellen, in welcher sich die *Italianità* mit „fremder Hilfe“ *empowern* konnte, stellt die dritte Emanzipationsphase in Anlehnung an Hur (2006) die Erweiterung des Einflusses auf das eigene Leben und die Veränderung der Umstände durch die gemeinsame Aktion

<sup>88</sup> In freier deutscher Übersetzung der Autorin: „weit entfernt von jeglicher Entscheidung“.

mit anderen (*Grigionitaliano*) dar. Insofern begründet die letzte Emanzipationsphase auch die Bezeichnung der untersuchten Entwicklungen als (Self-)Empowermentprozess im Sinne eines Selbstbemächtigungsprozesses. Die Bezeichnung ist insofern opportun, da ansonsten impliziert werden könnte, dass die *Italianità* vorwiegend durch andere *empowert* wurde.

Dies würde der wissenschaftlichen Konzeption von Empowerment stark widersprechen, denn für gelingende Empowermentprozesse braucht es eine Bearbeitung der Ungleichheit sowohl auf der gesellschaftlichen sozialpolitischen Makroebene, gleichzeitig hängen sie aber auch vom Willen und Können der sozialen Gruppe ab (vgl. Heite 2010, S. 191). Dies meint auf den Kontext der bündnerischen *Italianità* bezogen, dass für das Empowerment ihrer selbst, einerseits ihr handlungsorientierter Selbstbestärkungswille, andererseits die sozialpolitischen Interessensentwicklungen erforderlich waren. Die Bearbeitung der Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der *Italianità* an der BKS war Gegenstand von Interaktionen in einer Konstellation von mehreren Akteuren mit teilweise stark unterschiedlichen Handlungsinteressen. Es kann insofern von einem Aggregateffekt einer Mehrzahl interdependenter Akteure ausgegangen werden. Im Forschungsverlauf ist deutlich geworden, dass die Interaktionsprozesse zwischen den Akteuren komplex waren und deren Interdependenzen anlässlich dieser Masterarbeit nur ansatzweise bearbeitet werden konnten. Die holotische Erfassung der filigranen Systeme von Wechselwirkungen innerhalb der Beziehungen und Bindungen der involvierten Akteure hätte bspw. eine soziale Netzwerkanalyse erforderlich gemacht.

Aus macht- und anerkennungstheoretischer Perspektive ist im Zusammenhang mit der vorliegenden Fallstudie vor allem der Rolle der bündnerischen Sprach- und Bildungspolitik im Empowermentprozess Beachtung zu schenken. Dass sie über Jahrzehnte eher eine politische Strategie mit Tendenz zur „Reduktion von Komplexität“ (vgl. Fürstenau & Niedrig, S. 84) verfolgte und mit der Dominantsetzung der Deutschen Sprache ein „Produkt politischer Herrschaft“ (Bourdieu 1990, S.20ff.) entstehen liess, wird bspw. noch aus den politischen Verhandlungen der 1920er-Jahre deutlich (vgl. Kap. 5.4.4). Zwar kann ebendiesen Grossratsverhandlungen entnommen werden, dass man sich der Lage in den Talschaften bewusst war und eine Förderung der Italienischen Sprache für ein besseres gegenseitiges Verständnis wünschenswert sei, jedoch fiel man die Schlussentscheide trotzdem wiederholt zum Nachteil der *Italianità*. Wenn im Verlaufe dieser siebzig Jahre auf politischer Ebene Entscheidungen zugunsten der *Italianità* gefallen sind, so waren diese nicht vorwiegend einer weitläufigeren Anerkennung der Kantonsminderheit zuzuschreiben, sondern vielmehr volkswirtschaftlich begründet. Auch die BKS verstärkte in den ersten Jahren ihrer Existenz

eine ebensolche assimilierende Politik in dem sie bspw. die Selektion bei der Zulassung an die Schule u. a. aufgrund von Fähigkeiten in der Anwendung der Deutschen Sprache vornahm, die Förderung der Muttersprache vernachlässigte oder die Nutzung der Italienischen Sprache am Konvikt verbot (vgl. Bazzigher, S. 107). Gerade dieser eingeschlagene Pfad einer solch diversitätsnegierenden Institutionspolitik erschwerte bzw. verhinderte über Jahre hinweg einen nachhaltigen Wandlungsprozess in Richtung eines anerkennenden und identitätsberücksichtigenden Fortschritts für die *Italianità* (vgl. Csígyó 2006). Erst durch das Wirken verschiedenster Akteure wie die Lehrer Zanetti, Maurizio, Zentralli und Anderer, durch das Rektorat Bazzigher, die Schulinspektoren der Talschaften und die PGI konnte schliesslich tiefgründig Einfluss auf vorhandene Machtmechanismen genommen werden. Auch wenn die BKS am Ende ihrer ersten siebzig Existenzjahre noch weit entfernt von einer Gleichstellung der drei Kantonssprachen innerhalb ihrer Strukturen war, so darf ihr, und der sie umrahmenden bündnerischen Bildungspolitik aber dennoch zumindest ein Pfadwechsel attestiert werden. Inwiefern dieser Pfadwechsel den fortlaufenden (Self-) Empowermentprozess der *Italianità* beeinflusste, kann ausschliesslich mittels weiterer Auseinandersetzungen geklärt werden.

Abkürzungsverzeichnis

AGI	Almanacco Grigioni Italiano
APGI	Annuario della Pro Grigioni Italiano
Art.	Artikel
BKS	Bündner Kantonsschule
BK	Bericht der Kommission zur Untersuchung der kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Italienisch-Bündens
BM	Bündnerisches Monatsblatt
BR	Botschaft der Regierung
BV	Bundesverfassung
Fr.	Schweizer Franken
GRV	Grossratsverhandlung
GdBeK	Geschichte der Bündnerischen evangelischen Kantonsschule (1831-1850)
Kap.	Kapitel
KBG	Kantonsbibliothek Graubünden
KG	Kritische Glossen
Komm. BV	Kommentar Bundesverfassung
KV/GR	Kantonsverfassung Graubünden
lit.	litera
PGI	Pro Grigioni Italiano
Prof.	Professor
PT	Pro Ticino
QGI	Quaderni Grigionitaliani
Rp.	Schweizer Rappen
SpG	Bundesgesetz über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften
SP BKS	Schulprogramm Bündner Kantonsschule
StAGR	Staatsarchiv Graubünden
VZG	Volkszählung Graubünden

Quellen- und Literaturverzeichnis

**Ungedruckte Quellen**

Brief der Schulinspektors Zoppi an den Erziehungsrat vom 6. Feb. 1877 (StAGR, Signatur, XII 20 c 14 a-d. Bündner Lehrerseminar. Seminar Allgemeines).

BK [Bericht der Kommission zur Untersuchung der kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Italienisch-Bündens]: Mai 1938 (StAGR, Signatur, CB II 1233).

**Gedruckte Quellen**

AGI [Almanacco Grigioni Italiano] (1919): Poschiavo: Tipografia Menghini (StAGR, Signatur, StG RS 11).

AGI (1922): Poschiavo: Tipografia Menghini (StAGR, Signatur, StG RS 11).

AGI (1957): Poschiavo: Tipografia Menghini (StAGR, Signatur, StG RS 11).

Arquint J. (1984): Zur Entwicklung der Volks- und Mittelschule in Graubünden. Chur: Standeskanzlei (KBG, Signatur, Uu 4451 SA).

APGI [Annuario della Pro Grigioni Italiano] (1920): Poschiavo: Tipografia Menghini (KBG, Signatur, Uz 63).

APGI (1928): Poschiavo: Tipografia Menghini (KBG, Signatur, Uz 63).

APGI (1930): Poschiavo: Tipografia Menghini (KBG, Signatur, Uz 63).

Bazzigher J. (1904): Festschrift zur Hundertjahr-Feier der Bündnerischen Kantonsschule 1904. Geschichte der Kantonsschule nebst Beiträgen zur Statistik der Schule von 1850-1904. Davos-Platz: Buchdruckerei Davos A.-G. (StAGR, Signatur, StG RK 22).

Bener G. (1926): Memorial über die Verkehrsentwicklung Graubündens 1886-1923. Chur: Leuberger & Gradolf (StAGR, Signatur, StG RBr 17/1).

BM [Bündnerisches Monatsblatt] 1850a, September. Erziehungswesen. Organisation der vereinigten Kantonsschule. Nr. 6, Chur (StAGR, Signatur, StG RS 2).

BM 1850b, Dezember. Schulbildung der Engadiner und die Privatanstalt zu Fetta. Nr. 9, Chur (StAGR, Signatur, StG RS 2).

BM 1851a, März. Über die ökonomische Stellung der Lehrer in Graubünden. Nr. 3, Chur (StAGR, Signatur, StG RS 2).

BM 1851b, April. Die Schulbildung der Engadiner und die Privat-Anstalt zu Fetta. Nr. 4, Chur (StAGR, Signatur, StG RS 2).

BM 1852a, Februar. Über Errichtung von Sekundarschulen im Kanton Graubünden. Nr. 2, Chur (StAGR, Signatur, StG RS 2).

BM 1852b, März. Über die Reorganisation des bündnerischen Schullehrerseminars. Nr. 3, Chur (StAGR, Signatur, StG RS 2).

BM 1853a, September. Einleitende Worte zum Schlussakt der Kantonsschule. Nr. 9, Chur (StAGR, Signatur, StG RS 2).

BM 1853b, Oktober. Erziehungswesen. Patentierung der Schullehrer. Nr. 10, Chur (StAGR, Signatur, StG RS 2).

BM 1854a, März. Zum Repetierkurs für italienische Volksschullehrer. Nr. 3, Chur (StAGR, Signatur, RS 2).

BM 1854b, Oktober. Zur Geschichte der Kantonsschule. Nr. 10, Chur (StAGR, Signatur, StG RS 2).

BM 1859, Juli. Rede des Herrn Rektor Heinrich Schällibaum. Nr. 7, Chur (StAGR, Signatur, StG RS 2).

BM 1862a, November. Über die Frage: welche Schwierigkeiten stehen der gedeihlichen Entwicklung der Volksschule in den Gebirgsgebenden im Wege. 13. Jg., Nr. 11, Chur (StAGR, Signatur, StG RS 2).

- BM 1862b, Dezember. Über die Frage: welche Schwierigkeiten stehen der gedeihlichen Entwicklung der Volksschule in den Gebirgsgebenden im Wege (Schluss). 13. Jg., Nr. 12, Chur (StAGR, Signatur, StG RS 2).
- BM 1863a, Mai. Ein Votum über bündnerische Schulfragen. Über das Minimum der Lehrerbesoldungen. 14. Jg., Nr. 5, Chur (StAGR, Signatur, StG RS 2).
- BM 1863b, September. Bericht über die Kantonallehrerkonferenz von 1863. Schulkursus 1863/64. 14. Jg., Nr. 9, Chur (StAGR, Signatur, StG RS 2).
- BM 1864a, Januar. Bericht über die Kantonallehrerkonferenz von 1863 (Schluss). Notizen aus der Schule. 15. Jg., Nr. 1, Chur (StAGR, Signatur, StG RS 2).
- BM 1864b, Mai. Die Verlegung des Lehrerseminars in eine Landgemeinde. 15. Jg., Nr. 5, Chur (StAGR, Signatur, StG RS 2).
- BM 1864c, Juni. Über die Verlegung des Lehrerseminar in eine Landgemeinde (Schluss). 15. Jg., Nr. 6, Chur (StAGR, Signatur, StG RS 2).
- BM 1865d, September. Die Kantonsschule. Lehrplan und Frequenzverhältnisse derselben. 15. Jg., Nr. 9, Chur (StAGR, Signatur, StG RS 2).
- Boldini R. (1968): Breve storia della Pro Grigioni Italiano dal 1918 al 1968. A cura della Pro Grigioni Italiano. Per il cinquantenario dell'associazione. Poschiavo: o.V. (KGB, Signatur, Br 222:10).
- Boldini R. (1987): Una vita per quattro valli. Dottore honoris causa Arnoldo Marcelliano Zendralli 1887-1961. A cura della Pro Grigioni Italiano. Poschiavo: Tipografia Menghini (KGB, Signatur, Uu 111).
- Bornatico G. R. (1956): Nei Grigioni. Le valli di lingua italiana; l'Engadina, terra ladina; Coira, capitale tra i monti. Lugano: Tipografia la buona stampa (KGB, Signatur, Bc 318: 2 a).
- BR [Botschaft der Regierung]: Botschaft der Regierung an den Grossen Rat vom 18. November 2014, Heft Nr.10/2014-2015, S. 587ff.
- BV [Bundesverfassung]: Art. 109a BV 1948, Art. 18, Art. 69, Art. 70 Abs. 1, Abs. 3-5 BV 1999.
- Caliezi B. (1950): Die Romanen und die deutsche Sprache an der Kantonsschule. Bündner Schulblatt, Band 10, Heft 4, 1950-1951. S. 177-187 (KGB, Signatur, Bz 208).
- Chiesa F. (1913): Le sentiment national Suisse. Genève: Kündig (KGB, Signatur, Hb 1026).
- GdBeK [Geschichte der Bündnerischen evangelischen Kantonsschule]: Geschichte der Bündnerischen evangelischen Kantonsschule vom Jahre 1831 bis zum Jahre 1850. Zugabe zum SP BKS von 1861. Chur: Druck von Leonh. Hitz (KGB, Signatur, Bg 129).
- QGI [Quaderni Grigionitaliani]: Lardelli T.: La mia biografia con un po' di storia di Poschiavo nel secolo XIX. 1934/1935, Band 4, Heft 4 (StAGR, Signatur, StG RS 6).
- QGI: Spadini S.: Le Rivendicazioni Grigioni Italiane. 1938/39, Band 8, Heft 2 (StAGR, Signatur, StG RS 6).
- QGI: Zendralli A.M.: La Prenormale di Roveredo. 1949/50, Band 19, Heft 3 (StAGR, Signatur, StG RS 6).
- QGI: Stampa R.: Ricordando il collega della Sezione italiana. 1961, Band 30, Heft 4 (StAGR, Signatur, RS 6).
- QGI: Stanga P.: La scuola popolare roveredana. 1992, Band 61, Heft 4 (StAGR, Signatur, RS 6).
- QGI: Iseppi F.: 200 anni d'italianità alla Scuola Cantonale grigione. 2005, Band 74, Heft 1 (StAGR, Signatur, RS 6).
- GRV [Grossratsverhandlung] (1850). Vereinigung der Kantonsschulen, 26. Juni (StAGR, Signatur, StG GV).
- GRV (1863). Leistungen der Kantonsschule, 6. Juni., Schulorganisation, 22. Juni (StAGR, Signatur, StG GV).

- GRV 1868). Motionen. 1. Italien. Sprachunterricht an der Kantonsschule; 2. Überhäufung der Schüler mit Unterricht, 10. Juni (StAGR, Signatur, StG GV).
- GRV (1869). Schulwesen, Bericht, Beschlüsse. Einführung Muttersprachenunterricht, 30. Juni (StAGR, Signatur, StG GV).
- GRV (1870). Einrichtung neuer Kurse in ital. Sprache, 20. Juni (StAGR, Signatur, StG GV).
- GRV (1888). Fortbildungsschule und Proseminar im Moesa-Bezirk, 7. Juni. Erziehungs- und Armenwesen, Kommissions-Bericht, Kantonsschule. Obligator. Ital. Unterricht, 20. Juni. Motion, betr. Lehrerbildung für die italien. Landestheile, 23. Juni (StAGR, Signatur, StG GV).
- GRV (1891). Proseminar Roveredo, Kantonsschule, neue Lehrstelle, 27. Mai (StAGR, Signatur, StG GV).
- GRV (1919). Erziehung- und Armenwesen, Mangelnde Berücksichtigung der ländlichen Verhältnisse, 20. Mai. Comitato für ethnologische Ansprüche der Mesolcina, 20. Mai (StAGR, Signatur, StG GV).
- GRV (1920). Erziehung- und Armenwesen, 18. Mai. Beitrag an Sekundarschule und Proseminar Roveredo, 24. November (StAGR, Signatur, StG GV).
- GRV (1921). Italienisch als obligatorische Fremdsprache am Seminar. Motion Zanetti, 26. November (StAGR, Signatur, StG GV).
- Jecklin C. (1928): Aus dem Leben der Bündner Kantonsschule in den letzten 50 Jahren. Chur: Sprecher, Eggerling & Co. (StAGR, Signatur, StG RBr 10/5).
- KG [Kritische Glossen auf das Gymnasium Chur und aufs Gymnasialwesen überhaupt]: Santi A., Buchdruckerei von Gebr. Casanova, Chur: 1880 (StAGR, Signatur, XII 20c 14d).
- KV/GR [Kantonsverfassung Graubünden]: KV/GR 1844, Art. 1/ KV/GR 1854/ KV/GR 1880 Art. 45, Art. 50./ KV/GR 2003 Art. 3, Art. 7.
- Michel J. (1954): Hundertfünfzig Jahre Bündner Kantonsschule 1804-1954. Festschrift zur 150-Jahrfeier im Auftrag des Kleinen Rates des Kantons Graubünden. Chur: Kommissionsverlag F. Schuler (KGB, Signatur, Bg 365 a).
- Pieth F. (1945): Bündnergeschichte von Friedrich Pieth. Chur: F. Schuler (StAGR, Signatur, StG RG 6).
- Schällibaum J.H. (1858): Geschichte der bündnerischen evangelischen Kantonsschule: Von ihrer Entstehung an bis zum Jahr 1830. In: BM, Nr.9-12. Chur: Pargäzti und Felix (StAGR, Signatur, StG RS 2).
- Schmid M. (1942): Die Bündner Schule. Zürich: Europa Verlag AG (StAGR, Signatur, StG RK 80).
- Schmid M. (1945): Graubündens Sprachverhältnisse und Sprachenpflege. Archiv für das schweizerische Unterrichtswesen, Band 31, S.13-19 (StAGR, Signatur, StG RBr 10/14).
- SP BKS [Programm der Bündnerischen Kantonsschule]: (StAGR, Signatur, StG RK 24, Kursus 1857/58).
- SP BKS: (StAGR, Signatur, StG RK 24) Kursus 1861/62; 1866/67; 1868/69; 1869/70; 1870/71; 1871/72; 1873/74; 1876/77; 1890/91; 1891/92; 1892/93; 1893/94; 1903/04; 1911/12; 1935/36; 1943/44; 1952/53.
- SpG [Bundesgesetz über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften]: Art. 2 lit. a SpG 2010.

### Sekundärliteratur

- Abercrombie N. und Bryan S. (1978): The Dominant Ideology Thesis. In: The British Journal of Sociology 29, 2, 149 - 170.
- Adobati Bondolfi R. (2007): Per saperne di più...sulla Pro Grigioni Italiano. Chur: PGI.
- Atteslander P. (2010): Methoden der empirischen Sozialforschung. Berlin: Erich Schmidt Verlag.

- Balzer N. (2014): Die Anerkennung der Macht: Zum Zusammenhang von Verknennung und Anerkennung. In: Spuren der Anerkennung. Studien zu einer sozial- und erziehungswissenschaftlichen Kategorie. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 533 – 572.
- Bourdieu P. (1990): Die Ökonomie des sprachlichen Tauschens. In: Ders., Was heisst sprechen? Die Ökonomie des sprachlichen Tauschens. Wien: Braumüller.
- Bourdieu P. (2001): Die konservative Schule. In Ders., Wie die Kultur zum Bauern kommt. Über Bildung, Schule und Politik. Hamburg: VSA-Verlag.
- Bröckling U. (2003): You are not responsible for being down, but you are responsible for getting up. Über Empowerment. In: Leviathan, Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Volume 31, Issue 3. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft, S. 323 - 344.
- Burzan N. (2011): Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Corbin J. und Strauss A. (1996): Grounded Theory, Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Weinheim: Beltz Verlag.
- Csigó M. (2006): Institutioneller Wandel durch Lernprozesse. Eine neo-institutionalistische Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dalhoff M. (2011): Zur (Un-)Möglichkeit von Widerstand gegen Unterdrückung und Herrschaft. Ein Vergleich des Theaters der Unterdrückten mit Ansätzen herrschaftsfreier Bildung. Wien: LIT Verlag GmbH & Co.
- Dörig H.R. und Reichenau C. (1982): 21/2-sprachige Schweiz. Zustand und Zukunft des Rätomanischen und des Italienischen in Graubünden – Abklärungen und Empfehlungen einer Arbeitsgruppe. Disentis: Desertina Verlag.
- Falanga G. (2010): Ein Kompass durch das geliebte Chaos. Berlin: Christoph Links Verlag GmbH.
- Feldhender D. (1992): Psychodrama und Theater der Unterdrückten. Frankfurt am Main: Wilfried Nold.
- Fürstenau S. und Niedrig H. (2011): Die kultursoziologische Perspektive Pierre Bourdieus: Schule als sprachlicher Markt. In: Fürstenau S. und Gomolla M., Migration und schulischer Wandel: Mehrsprachigkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 69 - 87.
- Gilardoni (2006): Italianità. In: Historisches Lexikon der Schweiz. <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D27283.php?topdf=1/> (2.5.2015).
- Glaser A. (2014): Bundesgericht, II. öffentlich-rechtliche Abteilung, 12. Juli 2013, 2C\_806/2012, 2C\_807/2012; Urteilsbesprechung. In: ZBl 115/2014, Sprachenrecht – Schul- und Bildungswesen Graubünden, Zürich: Schulthess, S. 39.
- Greiffenhagen M. (1973): Emanzipation. Hamburg: Hoffmann & Campe.
- GRV (2015): <http://www.gr.ch/DE/institutionen/parlament/protokolle/2015/April/04> (14.6.2015).
- Habermas J. (1968): Erkenntnis und Interesse. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hardt M. (2003): Italianità im Spiegel der italienischen Literatur der Gegenwart. In: Grimm R. et al. (2003): Italianità. Ein literarisches, sprachliches und kulturelles Identitätsmuster. Tübingen: Gunter Narr Verlag Tübingen.
- Heite C. (2010): Anerkennung von Differenz in der Sozialen Arbeit. Zur professionellen Konstruktion des Anderen. In: Kessel F. und Plösser M. (Hrsg.): Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 187 - 200.
- Herriger N. (2014): Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer GmbH.
- Hur H.M. (2006): Empowerment in Terms of Theoretical Perspectives: Exploring a Typology of the Process and Components across Disciplines. Journal of Community Psychology 34, S. 523 - 540.

- IAP (2015): <http://alpen-paesse.ch/alpenpaesse/san-bernardinopass/> (14.3.2015).
- Iseppi F. (2004): Italianità e docenti grigionitaliani alla Cantonale. In: [Gesamtred. u. wissenschaftl. Projektleitung: Lechmann Gion ; AutorInnen: Braschler Karl et al.; Hrsg.: Kultur- und Studienstiftung Bündner Kantonsschule]: 200 Jahre Bündner Kantonsschule. Chur: Verlag Bündner Monatsblatt, S. 153-166.
- Kägi-Diener R. (2012): In: Ehrenzeller B. et al. (2012): Die Schweizerische Bundesverfassung. St. Galler Kommentar. 2. Auflage. Zürich: Dike Verlag [zitiert: BV Komm. Autor/-in, N zu Art.]
- Keupp H. (1992): Riskante Chancen aktueller gesellschaftlicher Umbrüche und ihre Bedeutung für den Behindertenbereich. In: Frühförderung Interdisziplinär 2/1992, S. 145 - 156.
- Kirchner S. (2012): Wer sind wir als Organisation? Organisationsidentität zwischen Neo-Institutionalismus und Pfadabhängigkeit. Frankfurt am Main: Campe Verlag GmbH.
- Kleve H. et. al. (2003): Differenz und Soziale Arbeit. Sensibilität im Umgang mit dem Unterschiedlichen. Uckerland: Schibri Verlag.
- Lamnek S. (2005): Qualitative Sozialforschung. 4., vollständig überarbeitete Ausgabe. Weinheim/Basel: Beltz Verlag.
- Lempert W. (1972): Leistungsprinzip und Emanzipation. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lempert W. (1973): Zum Begriff der Emanzipation. In: Greiffenhagen M. (1973): Emanzipation. Hamburg: Hoffmann & Campe. S. 216 - 226.
- Lindenberg S. (1991): Die Methode der abnehmenden Abstraktion. Theoriegesteuerte Analyse und empirischer Gehalt. In: Esser H. und Troitzsch K. (Hg.): Modellierung sozialer Prozesse, Bonn, S. 29 - 78.
- Mayntz R. & Scharpf F. W. (1995): Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. In: Mayntz R. & Scharpf F. W. & Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Hg.), Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung. Frankfurt am Main: Campus Verlag. S. 39 - 72.
- Metz P. (1991): Geschichte des Kantons Graubünden. Band II. 1848-1914. Chur: Calven Verlag.
- Metz P. (2000): Auf- und Ausbau des Schulwesens. In: Handbuch der Bündner Geschichte. 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. Verein für Bündner Kulturforschung. Chur: Verlag Bündner Monatsblatt, S. 211 - 228.
- Mollenhauer K. (1970): Erziehung und Emanzipation. München: Juventa.
- Neumann A. (2009): Sprachensterben in Europa. Rechtliche Massnahmen zur Erhaltung von Minderheitensprachen. Wien: Wilhelm Braumüller Universitäts-Verlagsbuchhandlung.
- PGI (2015): <http://www.pgi.ch/index.php/il-grigionitaliano/lingua-e-cultura/> (6.6.2015).
- PT (2015): <http://www.proticino.ch/chi-siamo/la-nostra-storia/> (16.6.2015).
- Rathgeb C. (2002): Streifzug durch die neuere Verfassungsgeschichte Graubündens. In: ZGRG Nr. 3/02. Tamins: Arcas Verlag, S. 104 - 116.
- Rathgeb C. (2003): Die Verfassungsentwicklung Graubündens im 19. Jahrhundert. Zürich: Schulthess.
- Riehl C.M. (2003): Italianità als Problem. In: Grimm R. et al. (2003): Italianità. Ein literarisches, sprachliches und kulturelles Identitätsmuster. Tübingen: Gunter Narr Verlag Tübingen.
- Seckinger M. (2015): Empowerment. In: Otto/Thiersch (Hg.) (2011): Handbuch Soziale Arbeit, 5.A., München: Ernst Reinhard, GmbH & Co KG Verlag.
- Todisco V. (1999): Una finestra sul Grigioni italiano. Poschiavo: Tipografia Menghini.
- Tschärner B. (2000): Sprachkontakt und Gesellschaft. In: Handbuch der Bündner Geschichte. 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. Verein für Bündner Kulturforschung. Chur: Verlag Bündner Monatsblatt.
- VZG (2014): [www.bfs.admin.ch/](http://www.bfs.admin.ch/) (2.1.2015).
- Willwer J. (2006): Die europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen in der Sprachpolitik Frankreichs und der Schweiz. Stuttgart: Ibidem Verlag.